

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis ...
Einzelhefte ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen ...

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 19. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Klarheit in der Partei!

Der Parteiauschuß zur Reichskonferenz der Opposition.

Der Parteiauschuß der Sozialdemokratischen Partei nahm am Donnerstag zu der durch die Reichskonferenz der Opposition geschaffenen Parteistellung Stellung. Das war unumgänglich nötig, nachdem sich am 7. Januar d. J. die vereinigte Parteioption in Berlin zu einem Kongress versammelt hatte, um sich unter der Führung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft als selbständige Organisation innerhalb der Partei zu konstituieren.

Seit mehr als 1 1/2 Jahren reißt die Opposition in anormen Flugblättern und dort, wo sie die Gelegenheit dazu hat und Gehör findet, auch in Versammlungen, die Politik der Mehrheit der Partei mit allen Mitteln, vor allem denen persönlicher und gehässiger Kampfmittel herunter. Bei jeder Gelegenheit wird versucht, die Aktionen der Partei zu durchkreuzen, insbesondere war und ist es dabei darauf abgesehen, die Friedensarbeit der Partei vor den Genossen des In- und Auslandes zu diskreditieren.

So blieb der Opposition nichts anderes übrig, als selbst die Spaltung zu vollziehen und sie vollzog sie, weil sie sie als Folge ihrer eigenen Politik vollziehen mußte. Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft setzte ihre ganze Kraft nicht im Kampfe gegen die Gegner, sondern im Kampfe gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein.

Die auf dieser Reichskonferenz beschlossene Resolution führt nach der Leipziger Volkszeitung den Titel: „Resolution über die Organisation der Opposition.“ Das ist der glatte Beweis dafür, daß sich die Opposition als selbständiger fester Parteikörper organisiert hat.

Die links von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft stehenden anarcho-syndikalistischen Gruppen wissen ganz genau, daß sie auch nach dem Kriege niemals die Mehrheit in der Partei bekommen werden. Sie wissen, daß für die Durchsetzung ihrer Parteiziele die Gründung einer eigenen Partei unerlässlich ist.

Mit allen Mitteln! Auch vor der Sprengung der Parteiorganisation scheut die Opposition nicht zurück; denn die Bildung einer Partei innerhalb der Partei bedeutet praktisch nichts anderes.

Es ist Rebeneinanderarbeiten aus, wenn der Ehrentitel Parteigenosse nicht zum Hohngewort werden soll. Als die Parteioption deshalb am 7. Januar ihr Werk krönte, konnte die Gesamtpartei nicht länger zusehen.

Der Parteiauschuß hat am Donnerstag zu dieser Situation Stellung genommen. Wir geben die in namentlicher Abstimmung mit 29 gegen 10 Stimmen von ihm beschlossene Resolution weiter unten wieder. Die Sprache dieser Resolution ist klar. Sie konnte nicht anders lauten, wenn nicht das gesamte Parteileben völliger Anarchie anheimfallen soll. Das aber darf nicht sein. Das zu verhindern, sind wir denen schuldig, die in der schwersten Zeit des Reiches draußen Heim und Herd verteidigen und denen wir die Partei, die sie mit großem Verdienst erhalten müssen.

Den Bruch mit der Partei hat die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft mit ihrem weiter links stehenden Anhang vollzogen. Die berufenen Führer der Partei haben aus diesem Vorgehen nur die notwendige Konsequenz gezogen. Sie sind damit in Übereinstimmung mit der ganzen Tradition der Partei, die in Partei und Gewerkschaften stets jegliche Sonderorganisation verurteilt und jeder Willkürfreiheit niemals eine Störung ihrer Aktionen geduldet hat.

Heber die Sitzung des Parteiauschußes geht uns folgender Vorbericht zu:

Die Tagesordnung des am Donnerstag im Reichstagsgebäude zusammengetretenen Parteiauschußes lautete:

- 1. Stellungnahme zur gegenwärtigen Situation und zu dem Sonderparteiweg der Opposition;
2. Sonstiges.

Bei Beginn der Beratung wurde festgestellt, daß der erste Punkt natürlich auch eine Stellungnahme zu der durch die Ablehnung des Friedensangebots geschaffenen Lage ermöglige.

An seinem einleitenden Referat erklärte Ebert nachdrücklich, daß nunmehr an dem reinen Verteidigungscharakter des Krieges auf Seiten Deutschlands und seiner Verbündeten kein Zweifel mehr bestehen könne.

Nach eingehender Besprechung der Entwicklung des Parteilebens und seiner Führung durch die Opposition kam Ebert zu dem Schluß, daß die Einberufung, die Verhandlungen und Beschlüsse der Konferenz der Opposition vom 7. Januar ihre Spaltungsabsicht offenkundig machen und mit dem Willen und Geist des Parteistatus dermaßen unvereinbar sind, daß dies im Interesse der Partei offen ausgesprochen werden müsse und hieraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen seien.

In der sehr gründlichen Diskussion schlossen sich die Redner der Mehrheit dem Referenten an, nicht ohne daß mehrere von ihnen ihrem tiefen Schmerz über diese Entwicklung Ausdruck gegeben hätten. Die auf Seiten der Opposition stehenden Redner bestritten sowohl die sachliche Richtigkeit der Beurteilung der Konferenzbeschlüsse durch Ebert, wie insbesondere die formale Verletzung des Parteiauschußes zu so weitgehenden, nicht nur gutachtlichen Beschlüssen.

In seinem Schlußwort wies Genosse Ebert die in der Diskussion vorgebrachten Einwände zurück. Er betonte das Recht des Parteiauschußes, in diesen für die Zukunft der Partei so wichtigen Fragen klare Stellung zu nehmen. Im übrigen würde der Parteivorstand sich zu dem Beschlüsse des Ausschusses erklären, sobald er gefaßt sei.

Der Debatte lag folgende von den Genossen Löbe, Dreslau und Sander mann-Dresden gestellte Resolution zugrunde: „Einigkeit und Geschlossenheit im Handeln, freiwillige Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit, das sind die ersten Gebote einer demokratischen Massenbewegung, wie sie die Sozialdemokratie ist. Nur durch solche Disziplin kann sie im Kampfe mit ihren zahlreichen und mächtigen Gegnern den sozialistischen Grundgedanken Geltung verschaffen. Je kritischer die politische Situation, je gefährlicher die Arbeiterorganisationen, desto fester

muß der Zusammenschluß ihrer einzelnen Glieder sein zur wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen.

Die Reichstagsfraktion hat unter Zustimmung des Parteiauschußes und der Reichstagsferenz der Gesamtpartei im Verlaufe des kurzscharen Weltkrieges, dessen Charakter als Verteidigungskrieg für Deutschland nach der Bekanntgabe der wahren Eroberungsziele der feindlichen Regierungen von niemand mehr ernstlich bestritten werden kann, den Grundgedanken der Partei getreu die Mittel für die Landesverteidigung bewilligt.

Sie hat die Reichstagsfraktion gespalten und als neue Fraktion die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft gebildet. Sie hat es seitdem als ihre Aufgabe betrachtet, die auf die Wiedering der Kriegseiden und die Herbeiführung eines baldigen Friedens gerichtete Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu durchkreuzen und sie zum Schaden der Arbeiterklasse zu beschleunigen.

Das disziplinwidrige, jeder Demokratie hohnschreiende Treiben dieser Sonderbündler hat mit seinen täglichen Reglementsverletzungen eine zunehmende Zerrüttung der Partei herbeigeführt. Sonderorganisationen, gegen die Politik der Partei gerichtete Kundgebungen und schließlich auch Gegenkandidaturen gegen die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei bei Wahlen waren die unausbleibliche Folge dieses verderblichen Vorgehens der anarcho-syndikalistischen Opposition und der mit dieser verbündeten Arbeitgemeinschaft. Selbst vor dem Kontext des Parteistatus der Partei und anderer Parteiteilungen schreckte die Opposition nicht zurück.

Jetzt haben die Leiter der Arbeitsgemeinschaft ihr partei-gerechtes Werk gefürnt durch die Einberufung einer Reichskonferenz der Opposition. Ihr Vorgehen, sie wirken für die Einheit der Partei und im Rahmen der Partei, ist damit in seiner ganzen Unrechtheit enthüllt. Sie haben sich als Parteileitung aufgeföhnt und zum 7. Januar d. J. Parteioptionen und Sonderorganisationen nach Berlin zusammenberufen. Sie haben dort unter anderem beschlossen:

„Die Orts- und Kreisorganisationen, deren Mehrheit die Auffassung der Opposition teilt, haben in hiesiger enge Fühlung zueinander zu treten. Dort, wo die oppositionellen Genossen nicht die Mehrheit in der Organisation haben, haben sie im Rahmen des Parteistatus unermüßlich für die Ausbreitung ihrer Anschauungen zu wirken und zur Erfüllung der der Opposition im Interesse der Partei obliegenden Aufgaben, sowie zur eigenen Belehrung in geeigneter Weise einen Zusammenschluß herbeizuföhren.“

Das ist die Gründung einer Sonderorganisation gegen die Partei und die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft wie ihre Anhänger haben sich nunmehr auch von der Partei selbst getrennt. Die Schaffung dieser Sonderorganisation und die Zugehörigkeit zu ihr ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gesamtpartei. Daher ist es nun Aufgabe aller treu zur Partei stehenden Organisationen, dem unrechtlchen Doppelspiel aller Parteigegner ein Ende zu machen und die durch die Absplitterung der Sonderorganisationen erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu fröhgen, damit sie den gewaltigen Aufgaben gewachsen ist, die sie nach während des schrecklichen Weltkrieges und nach seiner Beendigung zum Wohle der Arbeiterklasse und der weitesten Volksschichten im Geiste sozialistischer Weltanschauung zu erfüllen hat, ist Aufgabe aller Parteigenossen.“

Diese Resolution wurde mit 29 gegen 10 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen.

Ein ausführlicher Bericht über die Tagung des Parteiauschußes wird noch veröffentlicht werden.

„Sehr schlechter Wind gegen Briand.“

Hervé plädiert für Geduld.

Paris, 17. Januar. „Zeit Parisien“ meldet, in der Kammer herrsche über die Ereignisse in Griechenland lebhafteste Erregung. Einige Abgeordnete hätten geäußert, sie würden von der Regierung schnellstens genaue Erklärungen über die Lage in Griechenland verlangen.

Hervé lächelt, er wisse, daß seit einigen Tagen ein sehr schlechter Wind gegen das Kabinett Briand in den Sandelgängen des Parlamentes wehe. Man werte Briand Langmütigkeit gegen König Konstantin vor. Hervé erklärt jedoch, es sei merkwürdig, wenn man jetzt schon von neuen Ministerlisten spreche, weil Briand sich von König Konstantin habe um den Finger wickeln lassen, wo das Land in wenigen Tagen vielleicht schon den Beweis besitzen werde, daß König Konstantin in aller Güte, aber endgültig gemessert sei. Hervé schließt, man müsse noch einige Monate abwarten, bis die Regierung Beweise ihrer Tätig-

Zeit habe erbringen können. Wenn die Regierung unter den augenblicklichen ersten Verhältnissen gefügt würde, würde dies keinen glücklichen Einfluß auf die Arme und das Land ausüben.

Bern, 18. Januar. Ehrender Vätermeldung zufolge haben die neugebildeten Kammer- und Senatsgruppen für nationale Aktion gestern in einer einstimmig angenommenen Tagesordnung erklärt, die Regierung habe sich bei der für zukünftigen Verantwortung für die militärischen Unternehmungen in Mazedonien entzogen, indem sie diese am 2. Dezember 1915 dem Oberkommando unterstellte, das der Expedition grundsätzlich feindselig gegenüber stand. Verstärkungen und Material seien daher nicht nur verspätet und widerwillig abgefordert worden. Briand habe später die Fehler vor der Kammer eingestanden, sich jedoch geweigert, ihn wiedergutzumachen. Erst als eine Ministerkrise drohte, habe er durch Erlaß vom 22. Dezember 1915, durch welchen das Expeditionskorps direkt dem Kriegsministerium unterstellt wurde, Abhilfe geschaffen. Die diplomatische Briand gegenüber Griechenland sei eine Reihe halber Maßnahmen gewesen, die die traurigen Dezemberereignisse zur Folge hatten. Die Lage der Orientarmee und in Griechenland machten es dem Senat und der Kammer zur Pflicht, von der Regierung Rechenschaft über die bisherige Handlungsweise und über ihre Absicht für die Zukunft einzufordern. Derselben Gruppen verlangen ferner die Bildung eines interkalierten Bureaus für Flugweisen damit den hier bestehenden großen Mängeln gesteuert werden könne. Der Abgeordnete Ferrari wird voraussichtlich morgen die Regierung über die Ereignisse in Griechenland interpellieren.

Paris, 18. Januar. Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten wurde von Briand benachrichtigt, er werde dem Beauftragten des Ausschusses, Gerrat, die erbetenen Schriftstücke über die Ereignisse in Griechenland vorlegen, unter dem Vorbehalt, daß geheimis und andere Mächte interessierende Schriftstücke nicht bekannt gegeben würden.

Der verschüttete Weg zum Frieden.

Amsterdam, 17. Januar. „Algemeen Handelsblad“ zufolge meldet der Washingtoner Korrespondent der „Morning Post“, daß Staatssekretär Zimmermann eine Unterredung mit einem Berichterstatter der Associated Press hatte, in der er sagte, daß die Antwort der Entente es Deutschland unmöglich mache, weitere Schritte zur Erreichung eines Friedens zu tun.

Die Entente und Griechenland.

Ueber den letzten Notenwechsel zwischen der Entente und Griechenland, der schon bekannt ist, gibt die Agence Havas folgende Meldung aus:

Die Befandten der Entente räumten am 18. Januar eine neue Note an die griechische Regierung, in der es heißt, die Befandten der Alliierten hätten ihren Regierungen die griechische Note vom 28. 12. 1915, 1. 17 übermitteln und den Auftrag empfangen, die griechische Regierung wissen zu lassen, daß die Alliierten Regierungen zwar Kenntnis nähmen von ihrer Zustimmung zu den durch die Note vom 6. Januar geforderten militärischen Maßnahmen, daß sie aber diese Antwort auf einzelne Forderungen der Note vom 31. Dezember nicht annehmen könnten vor Klarstellung über folgende Punkte:

Erstens: Trotz der durch die Alliierten eingegangenen Verpflichtungen, die Kontrolle so wenig lästig als möglich zu gestalten, könnten die Alliierten keine Einschränkung der griechischen Regierung zulassen, die ihre Wirksamkeit in Frage stellen könnte. Zweitens: Die Alliierten beständen auf der sofortigen und bedingungslosen Ausführung des Versprechens der Freilassung der aus politischen Gründen in Haft genommenen Personen. Drittens: Die Alliierten könnten sich infolge des speziellen Charakters der durch Paragraph 3 der Note vom 18./31. 12. vorgelegenen Untersuchung nicht darauf festlegen lassen, daß die infolge dieser Untersuchung zu bewilligenden Entschädigungen nach den Bestimmungen der griechischen Erklärung festgelegt würden.

Die Blockade würde erst aufgehoben werden können nach der genauen und formellen Annahme dessen, was vorhergebe und ebenso nach Annahme aller Forderungen der Alliierten und Erfüllung der in der Note vom 28. 12./8. 1. angezeigten Bedingungen.

Die griechische Regierung antwortete, sie habe nicht die Absicht, Einschränkungen bei der Annahme der von den Alliierten festgesetzten Forderungen vorzunehmen, sie stimme auch den durch Nummer eins und drei der Note dargelegten Einzelheiten zu, sie nehme ebenfalls den Inhalt des Paragraphen zwei über die Freilassung der politischen Gefangenen an und sie nehme Kenntnis von den Erklärungen der Alliierten über die Aufhebung der Blockade.

Die Herrschaft der Entente.

Besel, 18. Januar. Havas meldet aus Athen: Das Amtsblatt von Athen veröffentlicht ein königliches Dekret, wonach die gefangenen Einzelkisten in Freiheit gesetzt werden.

Budapest, 17. Januar. Aus Sofia gelangt folgende zensierte Meldung hierher: Aus Athen sind in den letzten drei Tagen keine Nachrichten eingetroffen. Alle Anzeichen lassen darauf schließen, daß die Entente sämtliche Verkehrsmittel, Post und Telegraphen beschlagnahmt.

Besel, 18. Januar. Man meldet dem „Journal“ aus Saloniki: Eine Mitteilung des Pressebureaus in Athen demontiert die Nachricht, daß die griechische Regierung den Alliierten sechs Gebirgsbatterien ausgeliefert habe.

Besel, 18. Januar. Der „Matin“ berichtet aus Saloniki, daß die Nachrichten aus Griechenland den Fortgang in der Erfüllung der Wünsche der Alliierten bestätigen. Die Kontrollposten sind befriedigt. Nicht allein Geschäfte, sondern auch Munition, Gewehre und Maschinengewehre werden nach dem Belieben geführt. Es ist sehr wohl möglich, daß innerhalb 14 Tagen die noch im kontinentalen Griechenland verbliebenen königlichen Truppen die Orientarmee nicht mehr beunruhigen werden.

Der Streik in den Pariser Kriegswerkstätten.

Die Entscheidung der Regierung.

Paris, 18. Januar. Havas meldet aus Paris: Nach Erledigung der Frage der Zurückstellung und für dauernd untauglich befundenen Mannschaften hat sich der Ministerrat auch mit dem Streik in den Fabriken für Kriegsmaterial beschäftigt und zwei wichtige Beschlüsse gefaßt, um Ausständen in Zukunft vorzubeugen. In erster Linie wurde ein Mindestlohn für Paris und das Seine-Departement festgesetzt. Bei der Ausstellung dieses Tarifs ist den hohen Kosten des Lebensunterhaltes Rechnung getragen

worden. Er wird auch für andere Teile Frankreichs erweitert werden. Ferner wurde eine scheidungsrichterliche Entscheidung für die Munitionswerkstätten für den Fall, daß Arbitrage verweigert wird, obligatorisch gemacht.

Bern, 18. Januar. „Progress de Lyon“ meldet aus Paris: Thomas habe nach Besprechungen mit dem Arbeiterverband nach den Arbeitgebern Lohnstarife für die Arbeiter in den Landesverteidigungs-Werkstätten in und um Paris festgesetzt. Die Lohnstarife und Arbeitsbedingungen seien in den Werkstätten angeschlagen worden. Ferner werde heute das Amtsblatt einen Erlaß veröffentlichen, durch den das Schiedsgerichtsverfahren eingeführt werde. Sollte der Entscheid des Schiedsgerichts von den Arbeitern und Arbeitgebern nicht angenommen werden, so werde der Staat durch einen Erlaß die Werkstätten oder Fabriken sowie die Arbeitererschaft von Staats wegen requirieren.

Ferner habe Thomas in einem Aufsatz die Ausständigen der Fabrik Vauhard besprochen, die Arbeit wieder aufzunehmen und ihnen die Versicherung gegeben, daß die Regierung darauf dringen werde, daß die Lohnsätze künftig imgehalten werden, es sei die Pflicht der Arbeiter, an die Wohlfahrt des Landes zu denken.

Ueber die Stimmung in französischen Arbeiterkreisen meldet L. U.: Der Abg. Pierre Lavi hat in einer sozialistischen Versammlung angekündigt, er werde die ganze Angelegenheit der Munitionsarbeiter von der Tribüne des Hauses aus zur Sprache bringen, wenn die Streikfrage nicht unerbittlich im Sinne der Arbeiter gelöst werden würde. Ein weiteres Zeichen des Zusammenstehens der unzufriedenen Transportarbeiter und Eisenbahnangestellten ist die Gründung der „Nationalen Föderation der Eisenbahnarbeiter von Frankreich, der Kolonien und der Schutzgebiete“ bezweckend Geltendmachung der gemeinsamen Forderungen gegenüber dem Staate. Dieser neuen Föderation haben sich Arbeiter aus zahlreichen Berufsgruppen angeschlossen. Ende Januar wird der erste außerordentliche Kongreß der neuen Organisation stattfinden.

Sasonow Botschafter in London.

Aus Petersburg meldet ein Reuters Telegramm, es verlautet, Sasonow werde zum Botschafter in London ernannt werden. Andere Nachrichten geben die Ernennung als bereits vollzogen bekannt.

Daß Sasonow sich auf diesem Posten als der Mann bewähren wird, der der englischen Politik willkommen ist, darüber wird es keinen Streit geben. Der Petersburger englische Botschafter Buchanan hat ihm wieder in den Sattel geholfen und hilft ihm nun in das ersehnte Londoner Amt. Sasonow ist der Mann des englisch-russischen Bündnisses, das die Welt mit Blut überschwemmte.

Auffällig ist an der Ernennung nur, daß sie in so schneller Ausnützung der durch Wendendorffs Tod entstandenen Vakanz erfolgt. Der plötzlich gefasste Entschluß zwingt die Frage auf, ob an der Ernennung etwa ein Interesse, Sasonow im gegenwärtigen Augenblick aus Petersburg zu entfernen, mitgewirkt habe.

Neuer russischer Kriegsminister.

Petersburg, 18. Januar. General Beliajef, ehemaliger Gehilfe des Kriegsministers und Chef des Generalstabes, ist zum Kriegsminister ernannt worden an Stelle des Generals Schudajef, der zum Reichsratsmitglied ernannt worden ist. Der Rücktritt des Gehilfen des Ministers des Innern, Fürsten Wolkonski, ehemaligen Vizepräsidenten der Duma, ist bewilligt worden.

Die militärischen Maßnahmen der Schweiz.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Bern gemeldet, die Schweizer Presse sei darin einig, in dem Beschluß des Bundesrates, das Truppenaufgebot zu verstärken, keinen Grund zur Beunruhigung zu erblicken. Der „Bund“ schreibt: Die Maßnahme des Bundesrates ist nichts anderes als ein erneuter Ausdruck des entschiedenen Schweizer Neutralitätswillens. Eine Demonstration für die Schweizer Neutralität nennt auch die „Zürcher Volk“ das Aufgebot. Die „Neue Zürcher Zeitung“ erinnert an die unter dem Einfluß der von grenzenlosen Mißtrauen diffidieren Preßkampagne erfolgten nicht unerheblichen Truppenverschiebungen an der Schweizer Grenze und sieht in der Maßnahme des Bundesrates die Befundung, daß die Schweiz jeden Augenblick, wenn die Kriegslage sich verschärfen sollte, ihre Neutralität verteidigen könne und werde. Verbalidentisch wird betont, daß die Maßnahme unerwarteten Wechselällen des Krieges vorbeugen will, damit, wie der Bundesrat sagt, die Verlockung, den Weg über Schweizer Boden zu suchen, der Schweiz nicht gefährlich werden könne. Indem wir bereit stehen, schreibt das „Berner Tageblatt“, leisten wir beiden Parteien den besten Schutz vor jederart Verletzungen.

Der Krieg auf den Meeren.

Ein deutsches Kaperschiff an der Arbeit.

Zehn Handelsschiffe der Entente vericent.

55 395 Tonnen Schiffsraum vernichtet.

Die englische Admiralität teilt mit: Seit einiger Zeit wurde angenommen, daß die folgenden Rauffreischiffe, die lange Zeit überfällig waren, von den Deutschen versenkt worden seien. Britische Schiffe: „Dramatisch“, „Radnorshire“, „Minich“, „Netherby Hall“, „Mount Temple“, „King George“, „Georgie“ und „Voltaire“; französische Schiffe: „Rantes“ und „Aubière“. Es liegt jetzt die definitive Nachricht aus Pernambuco vor, daß diese Annahme richtig war.

Am 15. Januar abends ist der japanische Dampfer „Gudson Maru“ in der Höhe von Pernambuco mit den Kapitän und 287 Mann der Besatzungen einiger der verloren gegangenen Schiffe, die an verschiedenen Daten zwischen dem 12. Dezember und dem 12. Januar versenkt worden sind, angekommen. Außerdem wurde der Dampfer „Saint Theodore“ beschlagnahmt und mit einer Britenbesatzung versehen und der Dampfer „Harrowdale“ beschlagnahmt und mit ungefähr 400 Mann von anderen versenkten Schiffen, die gelandet werden sollten, weitergeschickt. Ueber den Verbleib dieser beiden Schiffe ist nichts Näheres bekannt.

Dazu meldet Solffs Bureau aus Amsterdam: Aus dem Wortlaut der bereits gemeldeten Besanntmachung der englischen Admiralität über die Versenkung von Handelsschiffen geht hervor, daß es sich um das Werk eines deutschen Kaperschiffes handelt.

Die Tonnenzahl der versenkten Schiffe ergibt folgende Liste vernichteten Schiffsraumes:

Englische Dampfer:	
„Dramatisch“	5 415 Tonnen
„Radnorshire“	4 810
„Minich“	2 890
„Netherby Hall“	4 481
„Mount Temple“	2 792
„King George“	3 852
„Georgie“	10 077
„Voltaire“	8 819
Französische Segler:	
„Rantes“	2 870
„Aubière“	8 193
Insgesamt: 55 395 Tonnen.	

Die „Georgie“ gehörte der White Star-Linie. Der japanische „Gudson Maru“ verdrängt 8749 Tonnen, der englische „Harrowdale“ 4652 Tonnen. Der französische Dampfer „St. Theodore“, der jetzt unter deutscher Flagge fährt, verdrängt 4903 Tonnen. Aus Genf geht dem „Tag“ noch die Meldung zu: Unter den in Pernambuco gelandeten Mannschaften der zehn verlorenen englischen und französischen Schiffe sind auch Franzosen; doch sind ihre Namen unbekannt. Von vier vermißten, als Hilfskranzer verwendeten französischen Schiffen gelten drei als gesunken, eins als in Feindesbesitz geraten. Der sogenannte deutsche Korzar, der diese in Paris mit Ingrim, aufgenommenen Daten vordruckte, ist spurlos verschwunden.

Mit dem „Georgie“ haben die Engländer wiederum ein Schiff von mehr als 10 000 Tonnen Fassungsvermögen verloren, seit Beginn des Krieges den siebzehnten Handelsdampfer dieser Größenklasse, dazu kommen noch drei als Hilfskranzer verwendete Handelsdampfer über 10 000 Tonnen und ein Lazarettschiff („Briannic“), so daß Englands Gesamtverluste bisher einundzwanzig Schiffe über 10 000 Tonnen beträgt, deren es im Jahre 1914 im ganzen 198 betrug. Außerdem verlor Frankreich noch drei, Japan einen Dampfer von mehr als 10 000 Tonnen.

Versenkt und gesunken. Lloyd's meldet: Der norwegische Dampfer „City of Tampa“ ist versenkt worden. Es bestätigt sich, daß der Dampfer „Gani“ aus Bergen am 7. Januar versenkt und die Besatzung gerettet worden ist. Die der norwegische E-Petrolium in Full telegraphiert, ist das Stahlschiff „Graham“ von Kristiania vor Flamboroughhead Montag nachmittag auf eine Mine gestochen und gesunken. Die Besatzung wurde gerettet, ausgenommen drei Frauen. — Lloyd's meldet: Der englische Dampfer „Garfield“ (3838 Tonnen) wurde versenkt. Die Besatzung des norwegischen Dampfers „Bestford“, dessen Versenkung bereits gemeldet wurde, ist gerettet worden. Der Dampfer „Ophir“ ist mit der Besatzung des norwegischen Dampfers „Solvang“, der am 13. Januar von einem U-Boot versenkt wurde, angekommen. Der Dampfer „Otto“, wahrscheinlich norwegischer Nationalität, ist versenkt worden.

Die Operationen an der Riga-Front.

Besel, 18. Januar. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Nach den letzten Nachrichten aus Riga dauern die Operationen an der Rigaischen Front unverändert heftig an. In gewissen Abschnitten entwickelt die Artillerie ein starkes Feuer, das sich manchmal zum Trommelfeuer steigert.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 17. Januar. Heeresbericht. Mazedonische Front. An der ganzen Front schwaches Artilleriefeuer. An gewissen Stellen, besonders an der Struma, Patrouillengefächte. Zwei feindliche Kreuzer beschossen erfolglos unsere Stellungen in der Nähe der Strumamündung. Rumänische Front. Vier feindliche Flugzeuge überflogen Tulcea, wir vertreiben sie aber durch Artilleriefeuer.

Paris, 17. Januar. Meldung der Agence Havas. Die amtlichen Mitteilungen der rumänischen Regierung über die militärischen Operationen, die zeitweilig eingestillt waren, sind wieder aufgenommen worden. Ein Radiotelegramm vom 17. Januar 4 Uhr 10 Min. morgens übermittelte folgenden Bericht: Lebhaftes Feuer. Gegenangriffe des Feindes wurden mit großen Verlusten für ihn zurückgewiesen. Unsere Truppen halten ihre Stellungen. An der Donau gegenwärtige Beschäftigung, an der die russisch-rumänische Flotte erfolgreich teilnimmt.

Der türkische Kriegsbericht.

Konstantinopel, 18. Januar. Amtlicher Heeresbericht vom 17. Januar. Persische Front: An der persischen Front schlagen wir zwei russische Kompagnien zurück, die sich in östlicher Richtung zurückzogen. Rumänische Front: Nach weiteren Feststellungen machten unsere nordöstlich von Braila kämpfenden Truppen in den gestrigen Kämpfen 144 Gefangene. Sonst kein wichtiges Ereignis. Der Stellvertretende Oberbefehlshaber:

Das Ernsteste steht noch bevor.

Der König an das Störching.

Kristiania, 18. Januar. Bei dem gestrigen Festessen für das neuzusammengesetzte Störching sagte der König: Ohne Ueberreibung kann man sagen, daß die ernsteste Zeit uns noch bevorsteht, obwohl die verantwortlichen Männer sich ehrlich bestrebt haben, strenge Neutralität zu beobachten, scheint es, als ob die Forderungen, die an diese gestellt werden, immer weiter steigen, was die Lage erschwert. Aber ich will die innige Hoffnung aussprechen, daß es gelingen möge, das Land auch fernerhin außerhalb des Schreckens des Krieges zu halten, wenn sich alle ihrer Verantwortung bewußt sind.

Organisation der Lebensmittelversorgung in Italien.

Rom, 17. Januar. (Stefanmeldung.) Im Interesse schneller und reichlicher Versorgung mit Lebensmitteln wurde ein besonderer Ausschuh eingesetzt, der aus dem Minister des Innern Orlando, der Landwirtschaft Raineri, Verkehrsminister Arlotto und dem Minister ohne Portfeuille Commandini besteht. Ausführendes Organ wird ein General-Kommissariat für Lebensmittel mit weitgehenden Vollmachten sein. Der Unterstaatssekretär für Landwirtschaft, Canepa, ist zum Generalkommissar ernannt worden.

Das Geständnis der Entente.

Wenn der englische Außenminister Balfour sich veranlaßt gesehen hat, in einem beweglichen Schreiben an den Präsidenten Wilson die Antwort der Entente zu rechtfertigen, so läßt diese Tatsache einen Schluß zu: daß nämlich diese Note in leitenden amerikanischen Kreisen doch als das durchschaut worden ist, was sie darstellt, als ein ungeheuerliches Programm anexionistischer Eroberungslust.

Wilson hatte bei seinem Vorschlag einen Ausgleichsfrieden im Auge gehabt. Balfour gesteht selber ein, daß die Entente ihr Programm nicht als hierfür geeignet betrachtet. Er sagt: „Die englische Regierung teilt vollständig die Ideale des Präsidenten, ist aber (das „aber“ ist entscheidend) überzeugt, daß die Dauerhaftigkeit des Friedens in großem Maße von seinem Charakter abhängt.“ Noch viel deutlicher drückt den gleichen Gedanken die ebenfalls im heutigen Blatt wiedergegebene Note der französischen Regierung an die Schweiz aus, an deren Schluß der Satz steht, daß die Note die Gründe enthalte, „aus denen die Regierungen der Alliierten glauben, daß es ihnen nicht möglich ist, den Wünschen zu entsprechen, denen die Schweiz sich angeschlossen hat.“ — dies kann doch nur der Wunsch nach solchen Friedensbedingungen sein, die einen Friedensschluß ermöglichen.

Die Ablehnung eines Ausgleichsfriedens rechtfertigt Balfour in der alten Weise. Seine Methodik entspringt dem geistigen Arsenal der schlechtesten und volksverblöddendsten Romanschreiber, bei denen die Welt aus Engeln und Teufeln besteht. Der Teufel ist natürlich Deutschland, die „durch Herrschsucht geleitete Großmacht“, die Engel sind die umgebenden Ententemächte, die infolge ihrer paradiesischen Unschuld „zu ihrer Verteidigung ungenügend vorbereitet waren“. Hat man erst einmal dies Rezept, ergibt sich alles weitere von selbst. Das Recht, das man selber proklamiert, gilt natürlich nur für die Engel, nicht für die Teufel, umgekehrt wandelt sich bei jenen auch das offensichtliche Unrecht in Recht.

So bestätigt Balfour noch einmal mit dreifacher Rativität, daß das Recht der Nationalitäten für die Türkei keine Geltung haben sollte, denn diese hat sich ja dem „Teufel“ Deutschland angeschlossen, hat deswegen keinen Anspruch auf Recht. Andererseits bezeichnet sein Schreiben ganz ungeniert als einen Hauptgrund für die Unsicherheit der europäischen Lage „den Umstand, daß weder die Grenzen der einzelnen Staaten noch ihre innere Zusammenlegung dem Streben der Rassen, woraus ihre Bevölkerung bestanden, entsprachen und nach dem auch jene Rassen auf eine gleichmäßige Behandlung rechnen konnten.“ Auf wen paßt dieser Satz besser als auf — Rußland? Aber Rußland gehört zu den Engeln und darf daher nach Herzenslust fremde Nationen unterdrücken. Ueber die Bedrückung kleiner Staaten jammert Balfour beweglich, als sei nicht jedes seiner eigenen Worte eine Anklage gegen die schamlose Brutalisierung Griechenlands durch die Entente.

Aber Balfour kennt seinen Wilson. Und deswegen tut er, als läge das Hauptgewicht der Entente-Note nicht in den anexionistischen Forderungen (obwohl er auch diese wiederholt und unterstreicht), sondern in der Schaffung von besonderen Rechtsgarantien für den künftigen Frieden. Gegenüber Deutschland, daß die Verträge breche, müßten gewöhnliche Verträge nichts, deshalb stellt Balfour drei Bedingungen für den Friedensschluß:

1. Daß die bestehenden Ursachen internationaler Beunruhigung soweit wie möglich beseitigt oder abgemildert werden.
2. Daß die Völker der Zentralmächte ihrer Angriffsmethoden selbst los werden.
3. Daß hinter allen internationalen Abmachungen zur Verhütung von Vertragsverletzungen oder zur Einschränkung von Kriegsmöglichkeiten eine internationale Sanktion in besonderer Form gleichzeitig den schlimmsten Angreifern zwingen würde, seine Pläne aufzugeben.

Von diesen Bedingungen ist die erste an sich ohne weiteres akzeptabel. Aber wir glauben, daß bei ihrer Durchführung sich sofort herausstellen würde, daß wir unter den Ursachen internationaler Beunruhigung etwas ganz anderes verstehen als Herr Balfour. Die zweite Bedingung (wenn man hier überhaupt von einer „Bedingung“ reden kann) beruht auf einer völlig falschen Voraussetzung vom Wesen des deutschen Volkes, die sich in den Worten Balfours widerspiegelt: „Seine (Deutschlands) Historiker und Philosophen verkünden die Herrlichkeit des Krieges und erklären, daß Recht das wahre Ziel des Kampfes sei.“ Die Friedensliebe der großen Masse des deutschen Volkes hat unverändert vor und während des Krieges bestanden und wird auch nach dem Kriege fortbestehen. Eine Kriegshysterie braucht beim deutschen Volk am allerwenigsten gebrochen zu werden, das hat allein die Aufnahme des Friedensangebots bewiesen. Wenn Herr Balfour allerdings unseren festen Verteidigungswillen gegen die Eroberungspläne der Entente meint, so wird er vergeblich auf Erfüllung seiner Bedingungen warten. Die dritte Forderung ist schließlich gegenstandslos, nachdem der deutsche Reichskanzler erklärt hat, daß Deutschland bereit sei, einem Völkerbunde zur Erhaltung des Friedens beizutreten. So erscheinen diese drei Bedingungen nur als ein neuer Versuch, die öffentliche Meinung in Amerika über den wahren Sinn der Ententenote irrezuführen.

Für den Sozialisten bleibt nur eins in Balfours Depesche von Bedeutung: das offene Eingeständnis der Entente daß sie keinen Ausgleichsfrieden, sondern einen Macht- und Unterdrückungsfrieden erstrebt. Will er dies mit ihr durch Balfourische Engels- und Teufels-Logik rechtfertigen, so mag er das tun, aber dann hat er aufgehört, Sozialist zu sein. Andernfalls bleibt ihm nur der Weg, den Bebel, Liebknecht und die gesamte deutsche Sozialdemokratie, Eisenacher wie Cassellaaner im zweiten Stadium des Krieges von 1870 einschlugen: sich offen gegen die kriegsführende Partei zu erklären, die eingestandenemachen den Krieg zu zwecken der Eroberung fortsetzt und verlängert — das ist die Entente.

Balfour an Wilson.

London, 18. Januar. Der Staatssekretär des Aeußern Balfour hat an den britischen Botschafter in Washington folgende Depesche gerichtet, die der Regierung der Vereinigten Staaten am 16. Januar überantworfet worden ist:

Indem ich Ihnen die Uebersetzung der Note der Alliierten übersende, möchte ich folgende Bemerkungen machen, die Sie zur Kenntnis der Regierung der Vereinigten Staaten zu bringen haben: Ich entnehme aus dem allgemeinen Gehaltengang der Note des Präsidenten, daß er, während er von dem lebhaften Wunsch erfüllt ist, daß der Frieden bald kommt und daß er, wenn er kommt, dauerhaft ist, sich für den Augenblick wenigstens nicht selbst mit den Bedingungen befaßt, unter welchen er zustande gebracht werden soll. Seiner Majestät Regierung teilt völlig das Ideal des Präsidenten, hat aber das starke Gefühl, daß die Dauerhaftigkeit dieses Friedens in weitem Maße von seinem Charakter abhängen muß und daß kein dauerhaftes System internationaler Beziehungen auf Grundlagen errichtet werden kann, die tatsächlich hoffnungslos mangelhaft sind. Dies tritt klar zutage, wenn wir die Hauptumstände betrachten, die das Unglück ermöglichten, unter dem die Welt jetzt leidet. Diese bestanden in dem Vorhandensein einer Großmacht, die von Herrschbegierde verzehrt wurde, inmitten einer Gemeinschaft von Nationen, die für die Verteidigung schlicht vorbereitet waren, zwar in reichem Maße unterstützt durch internationale Gesetze, aber durch keine Maßnahme, um sie durchzusetzen, und geschwächt durch die Tatsache, daß weder die Grenzen der verschiedenen Staaten, noch ihre innere Verfassung mit den Bestrebungen ihrer einzelnen Rassen übereinstimmten aber ihnen gerechte und billige Behandlung sicherten.

Daß dieses letztere Uebel stark gemildert werden würde, wenn die Alliierten die in ihrer gemeinschaftlichen Note enthaltenen Veränderungen in der Karte Europas durchsetzen könnten, ist offenbar, und ich brauche nicht besonders darauf hinzuweisen. Es ist tatsächlich eingewendet worden, daß die

Austragung der Türken aus Europa

keinen eigentlichen oder logischen Teil an diesem allgemeinen Plane bilde. Die Erhaltung des türkischen Reiches wurde viele Menschenalter hindurch von einem Staatsmann von Welt Ruf als wesentlich für die Erhaltung des europäischen Friedens betrachtet. Beshalb, so wird gefragt, wird jetzt die Friedenssache mit dem vollkommenen Umsturz dieser Überlieferungsgemäßen Politik in Verbindung gebracht? Die Antwort darauf lautet: weil die Umstände sich völlig geändert haben. Es ist unnötig, jetzt in Erwägung zu ziehen, ob die Schaffung einer reformierten Türkei, die zwischen den feindlichen Rassen des nahen Ostens vermittelte, ein Plan war, welcher niemals ausgeführt werden konnte, als der Sultan aufrichtig war und die Mächte geeint waren. Sicher ist es, daß er jetzt nicht ausgeführt werden kann. Die Türkei der Einheit und des Fortschritts ist mindestens ebenso barbarisch und viel aggressiver, als die Türkei des Sultans Abdul Hamid. In den Händen Deutschlands hat sie sogar offenbar aufgehört, ein Bollwerk des Friedens zu sein, und sie wird offen als ein Werkzeug der Eroberung benutzt. Unter deutschen Offizieren kämpfen jetzt türkische Soldaten in Ländern, aus denen sie lange vertrieben waren, und eine türkische Regierung, die von Deutschland beauftragt, durch Hilfsgelder und andere Mittel unterstützt wird, hat sich Ketzereien in Armenien und Syrien zuschulden kommen lassen, wie sie so schrecklich selbst die Geschichte dieser unglücklichen Länder nicht aufzuweisen hat. Augenscheinlich erfordern die Friedensinteressen und die Ansprüche der Nationalitäten in gleicher Weise, daß die türkische Herrschaft über fremde Rassen wenn möglich beendet wird, und wir dürfen hoffen, daß die Austragung der Türkei aus Europa ebenso viel zur Friedenssache beitragen wird, wie die

Zurückgabe von Elsass-Lothringen an Frankreich

der italienischen Irredenta an Italien oder jede andere der Gebietsveränderungen, die in der Note der Alliierten angegeben werden. Es ist augenscheinlich, daß solche territorialen Wiederherstellungen, wenn sie auch die Gelegenheiten zum Kriege vermindern können, keine hinreichende Sicherheit gegen dessen Wiederkehr bieten, wenn Deutschland oder vielmehr diejenigen Kreise in Deutschland, die seine öffentliche Meinung bilden und seine Geschicke leiten, sich wiederum vornehmen, die Welt zu beherrschen. Sie mögen dann zwar finden, daß das Abenteuer durch die neue Ordnung der Dinge schwieriger, aber laun, daß es unmöglich geworden ist. Sie werden immer noch ein politisches System zur Hand haben, das durch und durch auf militärischer Grundlage aufgebaut ist. Sie werden weiter große Vorräte militärischer Ausrüstungsgegenstände anhäufen und weiter ihre Angriffsmethoden vervollkommen, so daß ihre friedlicheren Nachbarn niedergeschlagen werden können, bevor sie sich selbst zur Verteidigung vorbereiten vermögen. Wenn in dieser Weise Europa, sobald der Krieg vorbei ist, weit armer an Leuten, Geld und gegenseitigem guten Willen ist, als es zurzeit des Kriegesbeginns war, trotzdem aber nicht in größerer Sicherheit sich befinden wird, dann werden die Zukunftshoffnungen für die Welt, die der Präsident hegt, ihrer Erfüllung fernher als jemals sein.

Es gibt Leute, welche glauben, daß internationale Verträge und Gesetze für diese traurigen Zustände eine hinreichende Vorsorge zu treffen vermögen. Aber solche Leute haben die Lehren schlecht begriffen, die von der neuesten Geschichte so klar aufgestellt worden sind. Während die anderen Nationen, insbesondere die Vereinigten Staaten und Großbritannien, danach strahlen, durch Schiedsgerichtsverträge die Sicherheit zu gewinnen, daß keine Aussicht auf einen Streit den Frieden stören könne, den sie dauernd zu gestalten wünschten, stand Deutschland abseits. Seine Geschichtschreiber und Philosophen predigten den Glanz des Krieges. Die Macht wurde als das wahre Ziel des Staats proklamiert. Der Generalstab schmiedete mit der unermüdlichen Industrie zusammen die Waffen, mit denen im geeigneten Augenblick der Machtgedanke vollendet werden sollte. Diese Tatsachen bewiesen klar genug, daß

Vertragsabschlüsse zur Aufrechterhaltung des Friedens

nicht dazu angehen waren, viel Gencighkeit in Berlin zu finden, und liegen darauf schließen, daß derartige einseitig abgeschlossene Verträge schließlich unwirksam werden könnten. Das sprang erst in die Augen, als der Krieg ausgebrochen war, aber dann war die Beweisführung dafür allerdings übermäßigend. Solange Deutschland das Deutschland bleibt, das ohne einen Schatten von Bezagung in barbarischer Weise ein Land überzann und mißhandelte, zu dessen Verteidigung es verpflichtet war, kann kein Staat seine Rechte als ge-

schützt ansehen, wenn er keinen besseren Schutz für sie besitzt als einen feierlichen Vertrag.

Der Fall wird noch schwieriger gestaltet durch die Ueberlegung, daß diese Methoden berechneter Grausamkeit von den Mittelmächten nicht nur dazu bestimmt sind, diejenigen zu zerschmettern und aufzureiben, mit denen sie sich im Krieg befinden, sondern auch dazu, diejenigen einzuschüchtern, mit denen sie noch in Frieden leben. Belgien war nicht bloß ein Opfer, es war ein Beispiel. Die Neutralen wurden darauf hingewiesen, sich die Schandtaten zu merken, von denen keine Eroberung begleitet war: die Schreckensherrschaft, die seiner Befehle folgte, die Wegschaffung eines Teils seiner Bevölkerung und die grausame Unterdrückung des zurückbleibenden Teils. Und damit die entweder durch die britische Flotte oder durch ihre eigene vor den deutschen Armeen glücklicherweise geschützten Völker sich trotzdem vor den deutschen Methoden nicht sicher glauben sollten, weitererte

das Unterseeboot

innerhalb seines Wirkungsbereichs beharrlich mit den barbarischen Praktiken der Schwestermacht. Die Kriegsstöße der Zentralmächte sind es sicher zufrieden, die Welt in Schrecken zu versetzen, wenn sie sie nur auf diese Weise ihrer Schreckensherrschaft unterwerfen können. Wenn dann die Mittelmächte erfolgreich sind, so werden sie solchen Methoden ihren Erfolg verdanken. Wie kann irgendeine Reform der internationalen Beziehungen auf einen solchen Frieden gegründet werden? Ein solcher Frieden würde den Triumph alles dessen bedeuten, was den Krieg gewiß und was ihn brutal macht. Es würde die Ungültigkeit aller der Mittel bedeuten, auf die die Zivilisation baut, um Gelegenheiten für internationale Streitigkeiten sowie deren Grausamkeit zu beseitigen. Deutschland und Oesterreich-Ungarn machten den gegenwärtigen Krieg unvermeidlich, indem sie die Rechte eines kleinen Staates antasteten, und sie erzielten ihre anfänglichen Triumphe, indem sie die das Gebiet eines andern schützenden Verträge verletzten. Werden keine Staaten in ihnen ihre Beschützer für Verträge erblicken können, die von ihnen als Schutz gegen Angriffe abgeschlossen worden sind? Terrorismus zu Lande und zur See wird sich als Mittel zum Siege erweisen haben. Werden ihm die Sieger auf einen Appell der Neutralen hin? Wenn bestehende Verträge nicht mehr sind als feines Papier, können uns dann neue Verträge helfen? Wenn die Verletzung der grundlegenden Regeln des Völkerrechts von Erfolg gekrönt ist, werden die versammelten Nationen nicht umsonst daran arbeiten, diese Verträge zu verbessern? Niemand wird von ihren Bestimmungen Nutzen haben, als die Verbrecher, die sie verletzen. Die, die sie halten, werden unter den Paragrafen leiden.

Daßer kann das englische Volk, obwohl es den Wunsch des Präsidenten nach Frieden voll auf teilt, nicht glauben, daß der Frieden dauerhaft sein kann, wenn er nicht auf den Erfolg der Sache der Alliierten gegründet ist. Denn ein dauerhafter Frieden kann kaum erwartet werden, wenn nicht

drei Bedingungen

erfüllt sind: Erstens, daß die bestehenden Ursachen internationaler Beunruhigung so weit wie möglich entfernt und geschwächt werden sollten. Zweitens, daß die Angriffslust und die feindlichen Methoden der Mittelmächte bei ihren eigenen Völkern in Mißkredit geraten. Drittens, daß hinter alle vertragsmäßigen Abkommen zur Verhütung oder zur Begrenzung von Feindseligkeiten

irgendeine Form internationaler Einbeziehung

gesetzt werde, welche dem künftigen Angreifer Einhalt gebietet. Diese Bedingungen mögen schwer zu erfüllen sein, aber wir glauben, daß sie im allgemeinen im Einklang mit den Idealen des Präsidenten stehen, und wir sind überzeugt, daß keine von ihnen selbst unvollkommen erfüllt werden kann, wenn der Frieden nicht, wenigstens soweit Europa betroffen wird, innerhalb der großen Grundlinien gesichert wird, die in der beigefügten Note gezogen sind. Deshalb hat England Geduld gebracht, bringt noch und ist bereit, noch weiterhin Opfer an Gut und Blut zu bringen, die ohnegleichen in seiner Geschichte dastehen. Es trägt diese schweren Lasten nicht nur, um so seine vertragsmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen, auch nicht um einen unfruchtbaren Triumph einer Gruppe von Nationen über die andere zu sichern, es bringt sie, weil es fest glaubt, daß von dem Erfolge der Alliierten die Aussicht auf eine friedliche Zivilisation und auf diejenigen internationalen Reformen abhängt, welche, wie die besten Denker der neuen und der alten Welt zu hoffen wagen, der Beendigung des gegenwärtigen Unheils folgen werden.

Die Antwort der Entente

an die Schweiz und die skandinavischen Staaten.

Paris, 17. Januar. (Meldung der Agence Havas.) Ministerpräsident Briand hat heute den Gesandten der Schweiz, Schwedens, Dänemarks und Norwegens die Antwort der Regierungen der Alliierten auf die Mitteilungen überbracht, die die Schweiz am 22. Dezember und die skandinavischen Staaten am 20. Dezember an sie gerichtet hatten, um sich dem Eruchen Wilsons zugunsten des Friedens anzuschließen. Die Antwort beschränkt sich darauf, an die Antwortnote der Alliierten und Belgiens an Wilson vom 10. Januar zu erinnern, in der die Gründe auseinandergesetzt sind, aus denen die Alliierten glauben, daß es ihnen nicht möglich sei, auf die ihnen ausgesprochenen Wünsche einzugehen.

Folgendes ist der Wortlaut der Antwort der Alliierten an die Schweiz:

Die Regierungen der Alliierten haben die Note vom 22. Dezember 1916 erhalten, durch welche die Bundesregierung, unter Zugunahme auf die am 18. desselben Monats von Präsident Wilson an die kriegsführenden Mächte gerichtete Note, den Wunsch ausdrückte, bei diesen die Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu unterstützen, und in ihrem Wunsch, den Frieden wiederhergestellt zu sehen, sich bereit erklärte, an einer Annäherung der im Kriege befindlichen Nationen zu arbeiten und die Grundlagen für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu legen. Die ganze Welt kennt die Bemerkungen, denen die Schweiz in hochherziger Weise sich unterzogen hat, um die Leiden der Internierten, der Schwerverwundeten und der Evakuierten zu erleichtern, denen ohne Unterlaß die hingebendste Sorgfalt gemeldet worden ist. Daher sollen die Regierungen der Alliierten den Gefühlen und Absichten, von denen die Mitteilung der Bundesregierung zeugt, ihren Guldigung. Ihre Haltung ist klar dargelegt worden in der Antwort, die sie an den Präsidenten Wilson gerichtet haben. Da die Bundesregierung sich auf die amerikanischen Vorkläge berufen hat, haben die Regierungen der Alliierten die Ehre, ihr beifolgend den Wortlaut ihrer Antwort mitzuteilen. Sie mag in diesem Schriftstück,

dem die Note der belgischen Regierung beigelegt ist, eine Darlegung der Gründe finden, aus denen die Regierungen der Alliierten glauben, daß es ihnen nicht möglich ist, den Wünschen zu entsprechen, denen die Schweiz sich angeschlossen hat.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhause.

Im Mittelpunkt der Staatsberatung des Preussischen Abgeordnetenhauses, die am Donnerstag begann und am Freitag zu Ende geführt werden soll, standen die Fragen des verhängnisvollen U-Boottkrieges und der Reform des Dreiklassenwahlrechts.

Obwohl es sich bei der Frage unserer Kriegsführung um eine Angelegenheit handelt, die zu allererst zur Kompetenz des Preussischen Landtages gehört, ist es doch nicht das erste Mal, daß die Mehrheit dieses Hauses versucht hat, auf die Reichsregierung einen Einfluß nach der Richtung hin auszuüben. Man erinnert sich an die Entschliebung, die die verstärkte Staatshaushaltskommission vor Jahresfrist gefaßt hat und die ein Rikhtreusvotum gegen Herrn v. Bethmann Hollweg in sich birgt. Jetzt haben die gleichen Parteien aus der Ablehnung unseres Friedensangebots und der Antwortnote der Entente die Hoffnung geschöpft, daß sie diesmal mit ihrem Vorstoß gegen den Kanzlermehr Glück haben.

Ob ihre Hoffnungen sich erfüllen werden, bleibe dahingestellt. Allzu hoffnungsvoll wird sie die Antwort des Vizepräsidenten des Staatsministeriums v. Breitenbach nicht gestimmt haben, der sich, ohne auf die Sache selbst einzugehen, auf die verfassungsrechtliche Seite zurückzog und darauf hinwies, daß die Verantwortung für die Verschärfung des U-Boottkrieges verfassungsrechtlich beim Reichskanzler liege. Zur vaterländischen Interesse sei es im höchsten Maße erwünscht, wenn von der Volksvertretung des führenden deutschen Bundesstaats die Politik des Reiches nach Möglichkeit unterstützt würde. In unserer inneren Geschlossenheit liege ein außerordentlicher Nachfaktor, und wer sich gedrungen fühle, gegen die Politik des leitenden Staatsmannes Stellung zu nehmen und sein Ansehen zu erschüttern, der übernehme vor dem Volke und vor der Geschichte eine außerordentlich schwere Verantwortung.

Die Wahlrechtsdebatte hätte, wenn es nach dem Wunsche des konservativen Führers Dr. v. Heydebrand gegangen wäre, aus der Staatsberatung überhaupt ausgeschlossen werden müssen. Dieser mußte es aber zu seinem Schmerze erleben, daß sogar der Rechner der Freikonservativen, Abg. v. Kardorf, die Notwendigkeit einer Wahlrechtsreform unumwunden anerkannte, und wenn wir selbstverständlich auch seinen Vorschlag auf Einführung eines abgestuften Wahlrechts ablehnen, so verdient es doch hervorgehoben zu werden, daß er sich namens seiner Freunde bereit erklärte, wenn die Regierung einen Gesetzentwurf einbringt, an seiner Verabschiedung mitzuwirken. Daß er nebenher auch eine Umgestaltung des Preussischen Herrenhauses — allerdings nicht in liberalem Sinne, sondern in konservativem Sinne — anregte, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Auf keinen Fall will er es wegen der Ablehnung einer Wahlrechtsvorlage zur Aufhebung des Landtages und zu einem Appell der Regierung an die Wähler kommen lassen.

Einem Pluralwahlrecht redete auch Abg. Dr. Friedberg (natl.) das Wort, während sich der Fortschrittler Dr. Bachmeier energischer als ihm gewohnt ist, für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und für eine Neueinteilung der Wahlkreise ins Zeug legte.

Die Regierung hielt es nicht für nötig, ihre Absichten zu enthüllen. Aus den Worten des Staatsministers v. Breitenbach kann man alles Mögliche herauslesen, nur nicht, daß sie noch während des Krieges dem Landtage eine Wahlrechtsvorlage zu unterbreiten gedenkt, und noch viel weniger, welches Ansehen die Vorlage tragen wird.

Die Debatte, aus der noch besonders das offene Wort hervorgehoben ist, das Herr v. Heydebrand im Interesse der Ernährung des Volkes an die ländliche Bevölkerung richtete, wurde am Freitag vertagt. Die Debatte soll am Freitag womöglich zum Abschluß gebracht werden.

Die preussische Wahlrechtsvorlage ausgearbeitet.

Die „Voss. Zig.“ bringt folgende Nachricht:

Wir erfahren von parlamentarischer Seite, daß die Regierung den Wahlrechtsentwurf bereits fertig ausgearbeitet hat und ihn sofort nach Friedensschluß dem Parlament unterbreiten wird. Ueber die Einzelheiten des Entwurfs beobachtet die Regierung Stillschweigen. Es darf aber schon jetzt angenommen werden, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nicht erfolgen wird. Tagesweise werde das gleiche und direkte Wahlrecht, wahrscheinlich verbunden mit dem Mehrstimmrecht, sicher erwartet werden können.

Diese Nachricht entspricht auch unseren Informationen. Sie bedeutet eine Kampfanlage nach zwei Seiten, sowohl an die Verteidiger des Dreiklassenwahlrechts als wie auch an die Anhänger des gleichen Wahlrechts für Preußen. Die Entscheidung wird von den heimkehrenden Kriegsteilnehmern getroffen werden, die sich dann sagen müssen, ob sie, die für Reich und Staat gebietet haben, in ihren politischen Rechten hinter anderen Staatsbürgern zurückbleiben sollen. Die Situation wird dann wesentlich anders aussehen, als sie jetzt den Verfassern des Wahlrechtsentwurfs erscheint!

Der Ostmarkenverein zur Polenfrage.

Der Deutsche Ostmarkenverein hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen. In der „Täglichen Rundschau“ veröffentlicht er eine Art Aktionsprogramm für die nächste Zukunft. In der Begründung wird in einer Art, daß die Entente ihre helle Freude daran haben kann, ausgeführt, daß die Haltung der Polen „mißtrauisch, vielfach sogar deutschfeindlich“ sei. Das Aktionsprogramm wird dann in folgenden Thesen zusammengefaßt:

1. Den Deutschen Polens müßte ein Optionsrecht dergestalt eingeräumt werden, daß sie die Staatsangehörigkeit eines deutschen Bundesstaates erwerben könnten, auch ohne ihren Wohnsitz nach Deutschland zu verlegen.
2. Die Einwanderung der Deutschen Polens nach Deutschland wäre durch Gewährung wirtschaftlicher Vorteile, besonders von Anstellungsmöglichkeiten nach Kräften zu fördern.
3. Ebenso wäre der Auswanderung preussischer Polen nach dem polnischen Königreich durch Einräumung wirtschaftlicher Vorteile möglichst Vorbehalt zu leisten. Insbesondere müßte ihnen die Gelegenheit geboten werden, ihren Grundbesitz in Preußen

zu angemessenem Preise an den Staat oder in deutsche Hände zu veräußern. Das Reichsarchiv Polen wäre zu verpflichten, die aus dem Deutschen Reich ausgewanderten Polen bei sich aufzunehmen und anzusiedeln. Hierfür stünden die bisherigen russischen Staatsgüter sowie der von den auswandernden Deutschen aufgegebene Grundbesitz zur Verfügung. Nötigenfalls wäre der russische Staatsbesitz in Polen vom Deutschen Reich auf eine Reihe von Jahren fest in der Hand zu behalten und die Umsiedelung der zur Auswanderung bereitwilligen polnischen Polen durch preussische Behörden durchzuführen.

Daß dieses Programm bei den Polen, die uns das Reich verteidigen helfen, heftige Zustimmung hervorrufen muß, ist den Sachverständigen gleichgültig. Sie halten sich gerade deswegen noch für besonders gute Patrioten.

Zehn verlorene Schlachten.

In der „Voss. Zig.“ hat jüngst Georg Verhaard geschrieben, daß die Erklärung Beismanns vom 4. August über Belgien gleichbedeutend sei mit zehn verlorenen Schlachten, und „Tägliche Rundschau“ und die „Kreuz-Zeitung“ stimmten begeistert zu.

Die „Magdeburgerische Zeitung“ hat sich nun das Vergnügen gemacht festzustellen, was die drei genannten Blätter damals — im August 1914 — über Beismanns Erklärung geschrieben haben. Man lese und staune!

„Vossische Zeitung“:
„Im Reichstag hat unser Kanzler unumwunden zugestanden, daß wir mit der Besetzung Luxemburgs und Belgiens durch unsere Truppen einen Verstoß gegen die Geleise des Völkerrechts begangen haben. Es ist mannbast, ein begangenes Unrecht einzugestehen, und es ist ritterlich, wie es der Reichskanzler erklärt hat, bereit zu sein, Unrecht wieder gut zu machen, sobald es die Verhältnisse gestatten.“

„Tägliche Rundschau“:
„Der Reichskanzler hat das in seiner Rede an den Reichstag mit einer Offenheit ausgesprochen, die allein schon jedem Lebenden klar machen müßte, wie hier Recht und Unrecht sich verteilen.“

Schließlich die „Kreuzzeitung“:
„Durch die schlichten Worte, mit denen der Kanzler den Einmarsch in Luxemburg und Belgien ankündigte, klangen die fredericianischen Trompeten; das ist wie 1746, damals Sachsen, heute Belgien, Rotweib und Rot kennen kein Gebot.“

Von Zweifel, kritischen Bedenken nicht die geringste Spur! Nicht einmal von der Zurückhaltung, die derjenige übt, der aus bestimmten Gründen seine Meinung nicht äußern kann. Rückhaltlose, begeisterte Zustimmung! Und jetzt?

Eine elässische Rundgebung zur Ententennote.

Die drei Bezirke Ober-Elsas, Unter-Elsas und Lothringen sind zu einer Kriegstageung einberufen worden. Bei der Eröffnung des Bezirkstages für den Unter-Elsas in Straßburg sagte der Alterspräsident, der Alteldfasser Dr. Korth:

Eine Nacht der Entente steht im Verdacht, den Krieg aus besonderen Beziehungen zum Grenzland gewollt zu haben.

Glaubt denn diese Nacht, wirklich dem Lande einen Dienst zu erwirken, wenn sie auf heimtücklicher Fortsetzung des Kampfes beharrt? Das Land Elsas-Lothringen braucht keinen Befreier! Es wird nach dem Kriege — das bin ich gewiß — in dem Gange, dem es seine Kraft lieh, seine Rechte, ohne fremde Einmischung schon zu wahren wissen.

Die Söhne des Landes werden nicht unsonst für Deutschland gebietet haben und gestorben sein.

Keine Betrachtungen möchte ich nicht schließen, ohne auf einen bedeutenden Ausdruck hinzuweisen, den der große deutsche Held des Weltkrieges Generalfeldmarschall Hindenburg unlängst getan hat, und der mir gerade für die Verhältnisse unseres Landes von großer Bedeutung zu sein scheint. Hindenburg hat gesagt: Der Feldherr soll die Schlachten schlagen und den Feind besiegen, die anderen Dinge sind Sache der Staatsmänner. Dieses Wort mögen sich die auf deutschem Boden stehenden Befehlshaber zu Herzen nehmen, zum Wohle unserer viel geplagten Verwaltungsbeamten, insbesondere unserer Herrn Bezirkspräsidenten, Herren Kreisdirektoren und der Bürgermeister.

Der gewählte Präsident, der frühere Justizminister Petri, sagte: „So muß denn der Kampf weitergehen mit seinen düsteren Begleiterscheinungen, die da sind verwüstete Länder, zerstörte Städte und Dörfer, trauernde Mütter, weinende Gattinnen und Kinder, Demmung des Handels und Verkehrs, Stöcken des ganzen Weltbetriebes in seinen tausendfältigen Verzweigungen; er muß weitergehen bis unsere Feinde von ihrer gewollten oder nicht gewollten Selbsttäuschung geheilt und zur Einsicht gelangt sein werden, daß es ihnen nicht gelingen wird, das Kriegsglück zu ihren Gunsten zu wenden und den Sieg an ihre Fahnen zu heften.“

Deutscher Städtetag und Lieferungsvertragsfragen.

Wie die „Deutsche Städte-Korrespondenz“ erzählt, sind auf nächsten Sonnabendnamittag und auf Montag Vorstandssitzungen des Deutschen und Preussischen Städtetages von dem Vorsitzenden Oberbürgermeister Wermuth in das Berliner Rathaus einberufen worden. Der Deutsche Städtetag wird besonders über Ernährungsfragen, darunter auch über den Gedanken der Lieferungsverträge beraten, während auf der Tagesordnung des Preussischen Städtetages in der Hauptsache schwebende Gesetzgebungs- und Verwaltungsfragen stehen.

Reichskommissar für Städtstoff.

Eine Verordnung des Bundesrats gibt dem Reichskanzler die Befugnis, einen Reichskommissar für Städtstoffwirtschaft zu ernennen. Der Reichskommissar untersteht dem Kriegsamt. Er kann Anordnungen über die Herstellung und den Verbrauch von Städtstoff sowie über den Verkehr mit Städtstoff treffen und Anstalten über Vorräte, Erzeugung und Verbrauch fordern.

Der Bundesrat nahm in seiner gestrigen Sitzung eine Reihe von Vorlagen an, darunter den Entwurf einer Bekanntmachung über den Verkehr mit Ringstrahlen usw., eine Änderung der Bekanntmachung über die Vereitigung von Radwägen vom 26. Mai 1916 und den Entwurf einer Bekanntmachung über die Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen.

Der Bundesrat hat ferner eine Verordnung über die Beurteilung von Geburts- und Sterbefällen Deutscher im Ausland erlassen, die es ermöglicht, die im Ausland eingetragenen Geburts- und Sterbefälle von Verzeichnissen im Inland in das Ständeregister einzutragen und so beweiskräftige Ständeregister über diese Fälle zu schaffen. Durch eine weitere Verordnung wird es in Erweiterung des geltenden Rechts zugelassen, die Legitimationen der vorehelichen Kinder von Kriegsteilnehmern auf Anordnung des Vormundschaftsgerichts auch dann im Ständeregister zu vermerken, wenn die Vaterchaft auf andere Weise als durch eine öffentliche Urkunde nachgewiesen wird.

Die Lage des Zeitungsgewerbes.

Die neue Preisliste des Kaiserlichen Postzeitungsamtes enthält eine 82 Seiten starke Preisliste, in welcher die Zeitungen aufgeführt

werden. Die während des Krieges in Deutschland ihr Erscheinen eingestellt haben. Es sind darin nicht weniger als 1430 Zeitungen und Zeitschriften aufgeführt. Da in Deutschland bei Ausbruch des Krieges rund 13000 Zeitungen und Zeitschriften erschienen sind, so haben während des Krieges etwa 12 Proz. ihr Erscheinen einstellen müssen.

Stadtverordnetenversammlung.

2. Sitzung vom Donnerstag, den 18. Januar 1917, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Wischiet eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr.

Die Frauen in der städtischen Verwaltung.

Der Ausschuss für die Vorbereitung des Antrags Barlowski u. Gen. (Soz.):

„Den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung baldigst einen Vortrag zu machen, durch welche die Zuwahl von Frauen in alle auf Grund der Städteordnung eingesetzten Deputationen durch kantonische Anordnung bestimmt werden kann“ hat am 14. November d. J. und am 11. Januar getagt und schließlich den Antrag mit 11 gegen 4 Stimmen angenommen. Der Magistrat hat das Verlangen des Antrags mit der Rücksicht, wonach Frauen das Bürgerrecht nicht besitzen, für unüberwindbar. Sein Standpunkt kommt in dem von bürgerlicher Seite im Ausschuss gestellten Gegenantrag:

„Die Versammlung beschließt, daß in Deputationen, in denen die Vertretung von Frauen zweckmäßig erscheint, Frauen als Mitglieder mit beratender Stimme gewählt werden können.“

zum Ausdruck. Dieser Antrag ist von Stadtv. Golland, Dose u. Gen. auch zur heutigen Beratung wieder eingebracht; Stadtv. Rosenow (Fr. Fr.) beantragt dazu ein Amendement, wonach auf eine gesetzliche Änderung der Städteordnung im Sinne des Antrags Barlowski hingewirkt werden soll.

Stadtv. Golland legt nochmals die Rechtslage dar. Die Zuwahl von Frauen mit Stimmrecht sei unzulässig und könne auch durch Ortsstatut nicht beschaffen werden. Gegen den zweiten Antrag habe der Magistrat nichts zu erinnern.

Stadtv. Dose (Einle): Ueber das Ziel sind wir alle einig; es handelt sich lediglich um eine Rechtsfrage. Die große Mehrheit meiner Freunde steht auf dem Standpunkt des Magistrats, den auch das Oberverwaltungsgericht teilt. Zwar wirken tatsächlich in einer Anzahl von Kommunen Frauen in den Deputationen mit, zum Teil auch mit Stimmrecht, aber nirgends ist das durch Ortsstatut festgelegt. Die rechtliche Unmöglichkeit ein solches Statut zu erlassen, muß für uns maßgebend sein. Auch vom Zweckmäßigkeitsstandpunkt empfiehlt sich die Fassung eines Beschlusses nicht, dem der Magistrat doch nicht zustimmen würde. Die Vertretung von Frauen in der Armen-, Schul- u. Verwaltung können wir alsbald erreichen, wenn wir den Antrag Golland annehmen. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Bohl (Soz.): Das Ergebnis der Ausschussberatung bedeutet für die Antragsteller einen vollen Erfolg; von der Beschränktheit der sprechbaren Auffassung, daß die Frauen in der Kommune nichts zu sagen haben, war im Ausschuss nicht die Rede. Leider ist zu fürchten, daß die Freunde unseres Antrags aus den Reihen der Bürgerlichen angeführt der heutigen, so überaus reich zustande gekommenen Stellungnahme des Magistrats umfallen werden. Ich habe das Glück, nicht Jurist zu sein (Beifall); vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes kann die Annahme unseres Antrags nur empfohlen werden. Direkt verboten wird das, was er verlangt, durch die Städteordnung nicht, die Auslegung des § 59 mag freitrag sein; entscheidend sind aber schließlich die praktischen Erfahrungen. In Königsberg, Halle und Köln wird ohne Ortsstatut im Sinne unseres Antrags verfahren, ohne daß die Aufsichtsbehörde dagegen eingeschritten wäre; was diesen Städten recht ist, muß Berlin billig sein. Nebenbei hat übrigens auch ein entsprechendes Ortsstatut. Wir hätten jedenfalls den Frauen in politischer Hinsicht die Treue. Wird der Antrag abgelehnt, so stimmen wir einmütig dem Antrag Golland zu und bitten nur noch den Magistrat, uns so schnell wie möglich die betr. Vorlage zu machen. Den Bemühungen des Kollegen Golland im Landtag in der Richtung des Justizministeriums wünschen wir vollen Erfolg. In dem heutigen Beschlusse liegt unter allen Umständen ein fruchtbarer Keim für einen wirtschaftlichen Kulturfortschritt. (Beifall.)

Überbürgermeister Wermuth: Der schwere Vorwurf, schädelgearbeitet zu haben, trifft den Magistrat nicht, er beschäftigt sich mit der Materie schon seit 1914 und ging damals mit der Versammlung völlig einig. Bei dieser Einigkeit sollten wir beharren, damit überhaupt etwas Positives alsbald zustande kommt.

Stadtv. Rosenow: Die Ausschussmehrheit geht davon aus, daß der § 59 immerhin die Möglichkeit gibt, im Sinne des Antrages zu verfahren, zumal er bereits dadurch durchbrochen ist, daß wir ein rechtsgültiges Ortsstatut haben, welches den Magistratsräten und Magistratsassessoren in den Deputationen Stimmrecht verleiht, auch wenn sie nicht Berliner Bürger sind. Das Amendement soll nur eventuell der Aktion, die im Landtag bereits morgen ihren Anfang nehmen wird, Nachdruck geben; prinzipiell stimme ich für den Antrag Barlowski. Für seinen Inhalt gebührt gerade den Liberalen die Priorität.

Stadtv. Golland (Einle) protestiert dagegen, daß Dr. Bohl die Juristen mit dem gesunden Menschenverstand in einen gewissen Gegensatz gebracht hat. Der im Landtag auf Anregung des Redners eingebrachte Antrag auf Abänderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen sei von der Gesamtheit der rechtschriftlichen Volkspartei unterstützt, die also das Verlangen des Antrags Barlowski für unzulässig hielt. Die Berufung auf die anderen Kommunen sei nicht stichhaltig.

Nachdem noch Stadtv. Golland seinen Antrag als das einzige zurzeit Erreichbare empfohlen, hat Dr. Bohl gegen Rosenow hervorgehoben, daß es mit der Sympathie der Liberalen für die Teilnahme der Frauen an der Kommunalverwaltung doch nicht so ganz einwandfrei stehe, indem noch vor gar nicht langer Zeit Armenkommissionen erklärt hätten, nicht mehr mitmachen zu wollen, sobald Frauen hineingewählt würden.

In der Abstimmung bleibt der Antrag Barlowski in der Minderheit; die Annahme des Amendements Rosenow erfolgt mit großer Mehrheit, die Annahme des Antrags Golland mit dem Amendement einstimmig.

Die Vorlage wegen Erhöhung der Stundenvergütung für die Vertreter und Vertreterinnen an den Berliner Gemeindefschulen wird in einigen Einzelheiten von den Stadtv. Rodler (Einle) und Dr. Rosenfeld (Soz.) bemängelt; beide beantragen Ausschussberatung. Dr. Rosenfeld fragt außerdem, woher es kommt, daß noch immer nicht alle Berechtigten in den Besitz der Kriegszulage gelangt sind.

Bürgermeister Dr. Reide: Anweisung zur sofortigen Zahlung ist durchweg gegeben.

Stadtschulrat Dr. Fischer: Die Vertreterinnen befinden sich noch in der Vorbereitung auf ihren Beruf, sie können also nicht wie die angestellten Lehrerinnen behandelt werden.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss.

Dem Berliner Bezirksverein Deutscher Ingenieure wird zur Veranstaltung technischer Sonderkurse ein Zuschuß von 1000 M. bewilligt.

Die Geschäftsbedingungen für den Sparberechnungs- (bargeldlosen) Verkehr der Sparkasse liegen zur Kenntnisnahme vor; auf Antrag Döring (Fr. Fr.) wird zur Vorbereitung ein Ausschuss eingesetzt.

Krankenunterstützung und Wahlrecht.

Am 4. Januar hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, eine Eingabe an den Landtag zu richten, in der um Erlass eines Gesetzes ersucht wird, durch welches in Gemäßheit des Reichsgesetzes vom 15. März 1906 bestimmt wird, daß

1. die Krankenunterstützung

2. Die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anwartschaft.

3. Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf.

4. Sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Befriedigung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind.

nicht als Armenunterstützungen angesehen werden und infolgedessen das Wahlrecht zum Staat und zur Gemeinde nicht beeinträchtigen.

Stadtv. Leib (Soz.): Dieser unser Antrag berührt das Stimmrecht der Männer; er will die Ungerechtigkeit beseitigen, daß Kronenunterstützung und Bewandnis als Armenunterstützung gelten und den Betroffenen ihr Wahlrecht nehmen. Seit 1883 bemühen wir uns in diesem Sinne. 1900 hat ein ähnlicher Antrag hier zu umfänglichen Debatten geführt; seit 1906 muß er in einer gemischten Deputation, die wohl in diesen mehr als zehn Jahren nie zusammengetreten ist. Der Reichstag hat inzwischen einstimmig die bisherige Auslegung des Begriffs „Armenunterstützung“ verworfen, und die Reichsregierung hat einen Entwurf nach den Wünschen des Reichstages vorgelegt, der im Januar 1900 verabschiedet wurde. Dieses Gesetz hat aber nur das Reichswahlrecht im Auge; es wurde allseitig erwartet, daß die Einzelstaaten in ihrem Bereich entsprechend vorgehen würden, und der damalige Unterrichtsminister Bermuth gab eine dahingehende Zusicherung ab. In Preußen ist aber in dieser Richtung nichts geschehen. Der Reichstagsrat ist doch gewiß als preussischer Ministerpräsident in der Lage, auf die Erfüllung jener Erwortung, der durch einstimmige Annahme einer Resolution bekräftigt wurde, zu wirken. Unser Antrag soll eine Mahnung sein, doch endlich diese geringe Verbesserung der bestehenden Zustände vorzunehmen. Es ist ja bezeichnend dafür, wie herrlich weit wir es in Preußen gebracht haben, daß eine solche Mahnung um einer solchen Kleinigkeit willen überhaupt erst noch ergehen muß.

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.): In dieser Frage ist die ganze Versammlung einig. Wir stimmen für den Antrag, der gleichzeitig auch dem preussischen Staatsministerium einzureichen wäre.

Stadtrat Köhning: Die Angelegenheit ist auch vom Magistrat nicht etwa in der erwähnten Deputation begraben worden; letztere hat getagt und Beschlüsse gefaßt. Der Magistrat hat aber Abstand davon nehmen müssen, praeter legem die Wünsche der Antragsteller zu erfüllen. Inzwischen kam das Reichsgesetz. In Preußen hat zwar der Landtag entsprechende Anträge angenommen, die gesetzliche Regelung schloßerte aber an dem Widerstand des damaligen Ministers v. Dallwitz. Neuerdings hat sich der Magistrat auf einen Ministerialerlass im Dezember 1914 durchaus im Sinne des heutigen Antrags ausgesprochen.

Stadtv. Dene stimmt mit der Linken ebenfalls dem Antrag zu. Die Versammlung nimmt den Antrag einstimmig an.

Zur Eingabe des Magistrats an den Polizeipräsidenten wegen Aufhebung oder Abänderung der am 18. Dezember angeordneten

Verkehrsbeschränkungen

führt

Stadtv. Ritter (Soz.) aus, daß die Verkehrsbeschränkungen der letzten Wochen letzten Endes dem Umstand zu danken sind, daß man einfach am grünen Tisch entschied, ohne den Hochverband oder den Magistrat zu hören. Es ist doch unheimlich, und ein Skandal, wenn die Arbeiter stundenlang nach ihren Wohnungen haben antreten müssen, wenn den Postanten der Straßenbahn die Kleider vom Leibe gerissen worden sind. Nicht nur der „Großen Berliner“, sondern auch der Stadt- und Ringbahn und den Vorortlinien muß hier der gleiche Vorwurf gemacht werden. Die schlimmsten Missetaten sind ja begünstigt, es muß aber noch mehr geschehen. Was ist das übrigens für eine Komödie der Irrungen, wenn es jetzt heißt, die Kohlenpreise seien gar nicht die Hauptsache der Verkehrsbeschränkung, sondern die Leistungsabfälle der „Großen“? Ist nicht mehr die alte, ja habe zu wenig Personal, weil der Krieg alles abfordere. Man könne von den Frauen nicht die volle Mannesleistung verlangen. Der Redner äußert sich dann ausführlich über die von der Großen Berliner, der Stadt- und Ringbahn und der Untergrundbahn gestrichelten Röhre.

Stadtrat Franz: Die Personal- und Materialschwierigkeiten sind ja sehr groß, aber ein Teil unserer Wünsche ist immerhin erfüllt worden; die Erfüllung weiterer werden wie im Auge behalten und eventuell nachträglich beschließen.

Stadtv. Cassel ist mit Ritter einverstanden, daß man jetzt nicht auf die Kohlenpreise, sondern auf den Personalmangel verweisen, und bekräftigt, daß sich die Schaffnerinnen nicht bewähren hätten. In die Beurteilung der skandalösen Zustände, die im Berliner Verkehrsleben durch diese Beschränkungen eingerissen seien, stimmt Redner unter Schilderung drastischer Einzelheiten ein.

Stadtv. Mommsen will in den Ruf Cassels nach der Polizei auch bei dieser Gelegenheit nicht einstimmen. Man sei eben im Kriege. Es fehle dem sowohl an Material wie an Menschen. Die Behörden müßten versuchen, vom Militär soviel Leute freizukaufen, als nötig seien, das Material in Stand zu halten, sonst bleibe alles beim alten. Auch das Publikum müsse ertragen werden, das sinnlose Stürmen und Drängen müsse aufhören. Auch sollte man ernsthaft an die allgemeinere Durchdringung der durchgehenden Arbeitszeit herantreten.

Stadtv. Cassel bleibt dabei, daß hier auch eine Aufgabe und Verpflichtung der Polizei vorliegt, die für Ordnung und für Schutz der Bürger zu sorgen habe.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Für Angestellte und Arbeiter der Groß-Berliner Schuhwarenindustrie, die infolge von Arbeitsbeschränkungen ganz oder teilweise erwerbslos geworden sind, und die in Berlin wohnen, soll eine besondere Kriegsursorge erreicht werden. Der Magistrat legt den Entwurf eines bezüglichen Gemeindebeschlusses vor.

Stadtv. Sonnenfeld (Linte) beantragt Ausschüßberatung.

Unschärf der augenblicklich eingetragenen Beschlusfähigkeitsfrist (es sind kaum 20 Mitglieder noch anwesend), erklärt der Vorsitzende kurz vor 9 Uhr die Sitzung für geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Jahreseinnahmen der Berliner Verkehrsunternehmen, mit Ausnahme der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft, sind, wie schon mitgeteilt wurde, höher als in irgendeinem Vorjahre. Im Jahre 1916 wurden von der Großen Berliner Straßenbahn 47,8 gegen 42 und 40,9 Millionen Mark in den beiden vorhergehenden Kriegsjahren 1915 und 1914 verdient. Durch diese Rekordermittlung hat die Gesellschaft sogar ihre bisher erzielte höchste Jahreseinnahme im Jahre 1913, die 44,5 Millionen Mark betrug, weit hinter sich gelassen. Dasselbe Bild bietet sich bei der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen, deren Einnahmen im Jahre 1912 8,2 Millionen Mark betragen, im Jahre 1916 aber 10,4 Millionen Mark.

Auch hier übertreffen die Einnahmen der Gesellschaft im dritten Kriegsjahre die Höchstleistungen des Friedens. Trotzdem sind die Gesellschaften sehr wenig zufrieden. Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht einen Artikel, der ganz im dem Sinne dieser Unternehmen geschrieben ist. Leider liegen uns im Augenblick noch nicht die genauen Abschlußziffern vor, die die Kontrolle der dort gemachten Mitteilungen erlauben würden. Die Große Berliner Straßenbahn erklärt, daß die im Vorjahre gezahlte Dividende von 6 Proz. vielleicht nicht aufrechterhalten werden kann, weil trotz der gesteigerten Einnahmen die Ausgaben noch weit mehr in die Höhe geschwollen seien. Aber man erfährt über die Ausgaben nichts Genaueres.

Die Große Berliner erklärt nun, daß sie nach dem Kriege mit einer Erhöhung ihres Lohnkontos von 3 Millionen Mark rechne. Damit ist aber noch gar nichts über die Höhe der gegenwärtigen gesamten Lohnsumme gesagt, weil die drei Gesellschaften augenblicklich mit Ausschüttungsarbeiten. Außerdem seien die Materialien- und Wagenunterhaltungskosten ganz ungeheuer gestiegen. Auch von dem nächsten Güterverkehr, der zur Entlastung der Post eingeführt werden soll, vertritt sich die Große Berliner Straßenbahn keine nennenswerte Erhöhung ihres Reingewinns. Auch die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen läßt es als sehr fraglich hinstellen, ob sie die vorjährige Dividende von 4 Proz. werde verteilen können. Schließlich wird noch auf die Verteilung beider Gesellschaften an der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft verwiesen, die im Jahre 1916 einen Verlust von 1,1 Millionen Mark gegen 787 618 Mark im Jahre 1915 zu verzeichnen hat.

Aber gerade das letzte Beispiel zeigt, daß die Klagen der Berliner Verkehrsunternehmen nicht wirklich zu nehmen, sondern von dem lebhaftesten Wünsche eingegeben sind, um jeden Preis eine Tarifierhöhung durchzubringen. Wir wiesen im Anschluß an die Besprechung des Auszuges aus dem Geschäftsbericht der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft bereits darauf hin, daß der Pferdebestand dieser Gesellschaft für die Bilanz 1916 von 426 000 auf 1 M. abgeschrieben wurde, obwohl sich der Bestand an Pferden nur von 3096 auf 2455 verringert hat. Außerdem hat aber die Gesellschaft dem Konto zur Wiederbeschaffung von Verkehrsmitteln 402 935 M. zugeschlagen, so daß diese Reiserbe auf 1 865 671 M. gestiegen ist — ein Hilfsfonds, welcher der Gesellschaft erlauben wird, sich mit ziemlicher Leichtigkeit auf die Friedenswirtschaft umzustellen und, wie geplant, einen großen Park leichter Autobusse in Dienst zu stellen. Wir sind auch durchaus nicht überzeugt, daß nach dem Kriege Automobile aller Art sehr teuer sein werden. Die Automobil-Industrie ist im Kriege treibhausmäßig entwickelt worden, so daß ein heftiger Preissturz für ihre Erzeugnisse zu erwarten sein wird, sobald die große Heeresnachfrage nicht mehr die Preise stützt. Aus dieser Besprechung der Verhältnisse bei der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft ergibt sich aber, daß der „innere Wert“ ihrer Aktien, die im Besitze der Großen Berliner Straßenbahn und der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen sind, durchaus nicht so gesunken ist, wie nach den Verlust-Abschlüssen der letzten Jahre erwartet werden könnte.

Die Darlegungen in der „Vossischen Zeitung“, die das Interesse der beiden Berliner Verkehrsunternehmen so intensiv berührt haben, sollen eine Tarifierhöhung im Namen der für berücksichtigen, sollen eine Tarifierhöhung propagieren. Leider ist nicht bekannt gegeben worden, ob sich die Große Berliner nicht eine gewisse Einnahme durch den Morgentransport der Ullstein-Stationen in Berlin erworben hat. In keinem Falle darf der Gedanke aufkommen, daß etwa deshalb, weil viele Gesellschaften im Kriege reiche Gewinne gemacht haben, eine öffentliche Verpflichtung bestünde, jedem Unternehmen die Reingewinne des Friedens oder noch größere Ueberschüsse zu verbürgen.

Der Geschäftsbericht der Königlich Preussischen Porzellanmanufaktur in Berlin für das Rechnungsjahr 1915 zeigt, wie sehr dieser Betrieb durch den Krieg beeinflusst worden ist. Es wurden im ganzen 111 318 M. für Kriegsbehelfen an Angehörige des zur Fabrik eingezogenen Personals und 107 000 M. für andere Wohlfahrtszwecke verwendet. Bei der Herstellung von technischen Porzellanen wurde die Manufaktur beständig vor neue Aufgaben gestellt. Bereits vor Ausbruch des Krieges hatte sie Porzellanarmaturen für drahtlose Telegraphie geliefert. Steigende Anforderungen an die Manufaktur wurden bei der Herstellung technischer Porzellanen auch von anderer Seite gestellt. Während des Krieges sind eine ganze Reihe neuer chemischer Industrien entstanden, welche die für ihre Arbeitsverfahren zweckmäßigen Einrichtungen erproben mußten. Andere Industrien waren gezwungen, Geräte und Vorrichtungen, die bisher aus Metall oder anderen Stoffen hergestellt wurden, aus Porzellan fertigen zu lassen. Trotzdem ist der Umsatz gegen das Vorjahr gesunken, weil es unmöglich war, technische Massenwaren und Laboratoriumsgeräte nach dem überseeischen Ausland, insbesondere nach den Vereinigten Staaten von Amerika, auszuführen. Zum Teil ist der Rückgang in dem Absatz des Weißporzellans durch eine Steigerung in dem Absatz von Malerierzeugnissen wieder ausgeglichen worden. An den bestehenden allgemeinen Verdiensts- und Lohngrundlagen ist im Berichtsjahre nichts geändert worden. Den Arbeitern und Angestellten mit einem Einkommen bis zu 1800 M. jährlich wurden vom 1. April 1915 ab Beihilfen gewährt, und zwar Unverheirateten monatlich 6 M., Verheirateten monatlich 10 M. und außerdem für jedes Kind unter 15 Jahren 2 M. Vom 1. November 1915 ab sind diese Beihilfen auf die Jahreseinkommen bis zu 2100 M. ausgedehnt worden. Das laufende Geschäftsjahr verpricht ein wesentlich günstigeres Ergebnis. Bei dem immer kleiner werdenden Personalbestande ist sie für mehr als acht Monate voll beschäftigt.

Wachsende Abhängigkeit Kanadas von den Vereinigten Staaten.

Der Weltkrieg beschleunigt die Entwicklung, die Kanada in immer stärkerer Abhängigkeit vom Kapitalismus der Union bringt. Seit Beginn des Krieges sind etwa 150 Mill. Dollar (600 Mill. Mark) Kapital aus der Union in Kanada angelegt worden. Das gesamte in Kanada angelegte Kapital der Vereinigten Staaten wird auf 978 Millionen geschätzt. Die Zahl der amerikanischen Gesellschaften in Kanada ist von 430 auf 500 gestiegen, ihr Kapital mit 15 Millionen vermehrt. — Diese zunehmende kapitalistische Interessenverquickung zwischen der Union und Kanada, bei gleichzeitiger Ausscheidung Großbritanniens als Geldleiher und der mächtigen wirtschaftlichen Aufschwung Kanadas selbst können für die weltpolitische Zukunft noch von großer Bedeutung werden.

Aus Groß-Berlin.

Stimmrechtsfragen im Berliner Rathaus.

Nachmals die Verkehrsbeschränkungen.

Ein bißchen viel auf einmal war das der Berliner Stadtvorordnetenversammlung gestern vorgelegte Arbeitspensum. Der sozialdemokratische Antrag auf Zuwahl von Frauen zu allen Verwaltungsdeputationen der Stadt, den der Ausland angenommen hatte, wurde vom Plenum nach langer Debatte — abgelehnt. Gegen die von unserem Genossen Wehl nachmals vorgelegte Auffassung, daß den Frauen in den Verwaltungdeputationen auch

das Stimmrecht gegeben werden könne, wandte sich von vornherein der Magistrat und mit ihm die freisinnige Mehrheit. Daß „im Ziel alle einig“ seien, versicherte einer ihrer Redner; aber ohne Gesetzesänderung sei nichts zu machen. Mit großer Mehrheit wurde ein Antrag der Freisinnigen angenommen, der den Frauen zunächst nur beratende Stimme gewährt will, ebenso ein Zusatzantrag, der eine Änderung der Städteordnung fordert. Anders verliefen die Verhandlungen über den sozialdemokratischen Antrag gegen die Beeinträchtigung des Wahlrechtes in Staat und Gemeinde durch Krankenunterstützung usw. In der Begründung zeigte Genosse Leib, daß es hier ein Unrecht gutzumachen gilt. Von den Rednern des Freisinnigen wie vom Magistrat wurde im zusammenfassenden Sinne geantwortet, und der Antrag fand dann einstimmige Annahme. Das vom Magistrat vorgelegte Schreiben, das er wegen der Verkehrsbeschränkungen an den Polizeipräsidenten gerichtet hat, veranlaßte eine nochmalige Besprechung dieser für die Berliner Bevölkerung so folgenschweren Maßregel. Genosse Ritter schilderte, wie hier zum Schaden besonders der Arbeiterbevölkerung darauflos verfügt worden sei. Stadtvorordneter Cassel schloß sich mit einer sehr breit angelegten Rede an, die ein Zwischenruf durch die jetzt leider sehr zeitgemäße Bemerkung: „Aufhören! Der letzte Wagen kommt bald!“ unterbroch. Die Bänke hatten sich längst geleert, aber die Tagesordnung sollte abgehandelt werden. Bei dem Magistratsantrag wegen der Kriegsursorge in der Schuhwarenindustrie fuhr endlich der Vortrager dazwischen und schloß wegen Beschlusunfähigkeit die Sitzung.

Der Brotmangel.

Trotzdem nun schon seit Beginn des Monats immer wieder Klagen über eine ungenügende Versorgung der Bevölkerung Groß-Berlins mit Brot erhoben wurden, ist bis jetzt an den Zuständen nichts gebessert worden; die Frauen müssen nach wie vor von Geschäp zu Geschäp jagen und zu Brotkolonnen antreten. Die Ursache dieser Katastrophe konnte bisher noch nicht genau festgestellt werden, vorläufig schreiben die Vätermeister dem Magistrat und dieser zum Teil der Bevölkerung die Schuld an den unbilligen Zuständen zu.

In einer Zuschrift an die „V. Z.“ weisen zwölf größere Betriebe auf ihre beim Transport erlittenen großen Brotmangelschäden hin, für die der Magistrat keinen Ertrag leiste, jedoch aber auch auf die Transportschwierigkeiten der letzten Zeit, da Fuhrwerk nur schwer zu haben sei. Besonders der Schneefall der letzten Tage habe viel zur Brotknappheit beigetragen, da die Wehlhäuser das Mehl nicht rechtzeitig anfahren konnten. Verhandlungen mit dem Magistrat über eine „Schneereise“ an Mehl sind erst jetzt nach langen Verzögerungen zum Abschluß gelangt.

Ferner wird neben der „Schneereise“ an Mehl auch noch eine Reserve an Kohlen verlangt, da die meisten von den Bäckern schon tagelang ohne Kohlen gewesen sind. „Ohne Kohlen kein Brot.“

So sehr wir die Gepflogenheiten der Wehlvereinstellung Groß-Berlin verheizen können, nicht größere Mengen aus der Hand zu geben, damit die Volkswirtschaft der Vätermeister nicht allzu große Ausdehnung annimmt, so muß doch unbedingt mitgegeben werden, daß sich diese Auffassung bei den heutigen schmerzigen Verhältnissen nicht aufrechterhalten läßt. Eine bestimmte Reserve an Mehl und Kohlen wird nun also zur Verfügung stellen müssen. Der Magistrat hat sich dem auch bereitwillig gefügt, bereits eine Kohlenverteilungsstelle einzurichten.

Zu den geduldeten Beschwerden äußert sich nun das Nachrichtendienst des Berliner Magistrats. Es lautet:

Gegenüber den wiederholten Klagen über Brotmangel, die so wohl in Berlin wie in den Nachbargemeinden laut wurden, muß darauf hingewiesen werden, daß diese Klagen stets herozentriert, wenn infolge der Knappheit anderer wichtiger Lebensmittel, wie im Augenblick der Kartoffeln, die Bevölkerung besonders stark auf das Brot verweisen wird. Das Publikum drängt dann besonders nach dem Gebäck, und seine Bemühungen, Brot über die zugewiesene Portion (sei es auf Karten der folgenden Woche, oder über den Markt der Sortenabnahme hinaus, oder gar ohne Karte) zu erhalten, führen leicht dazu, die Brotversorgung überhaupt, auch in den Grenzen der Brotkarte, zu erschüttern. Einzuhalten, daß sich die technischen Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bäckereien und Wehlgeschäfte von Zeit zu Zeit zusammenballen, und daß naturgemäß unter solchen Schwierigkeiten auch die Betriebe selbst immer mehr zu leiden haben. Auch die Kohlenknappheit spielt hier eine Rolle. Ein unheilbares Moment tragen schließlich in die Brotversorgung auch die mehrfach beschriebenen Schwierigkeiten von Brotfabriken, denen man glücklicherweise bisher schnell auf die Spur gekommen ist. Aus allen diesen Gründen ist es zu erklären, daß sich in der vergangenen Woche eine Brotknappheit bemerkbar gemacht hat, obwohl die Gesamtumschlagrate keinerlei Rückgang erfahren hatte und obwohl, wie gegenüber unrichtigen Behauptungen hervorgehoben sei, auch die Streckungsmittel im vorgedruckten Verhältnis zur Verfügung gestellt waren. Gegenüber der Behauptung, die Groß-Berliner Wehlvereinstellungen verlangen eine zu hohe Gebäckausbeute aus dem Mehl, sei bemerkt, daß die bemängelte Relation auf Grund vielmonatlicher Erfahrungen und wiederholter Versuche beibehalten werden konnte und im Interesse der durchaus gebotenen wirtschaftlichen Ausnutzung unseres wichtigsten Lebensnahrungsmittels beibehalten wurde. Die Groß-Berliner Wehlversorgung hat eine nicht unerhebliche Menge ausnahmsweise nachgeschossen, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Zu einer Deuntzung für die Bevölkerung liegt keine Veranlassung vor, und es ist zu erwarten, daß, trotzdem infolge des Schneefalles die Zufuhr des Mehls an die Bäder und Händler naturgemäß arg beeinträchtigt wird, alsbald wieder vollkommen normale Verhältnisse eintreten werden; diese Erfahrung ist schon mehrfach in ähnlichen Fällen gemacht worden. Die Verwaltungen Groß-Berlins sind übrigens bereits damit befaßt, Maßregeln vorzubereiten, die der Wiederholung solcher Vorkommnisse nach Möglichkeit vorbeugen werden.

Vier Gründe sind es, die der Magistrat für den Brotmangel angibt. Zunächst macht er die Bevölkerung dafür verantwortlich, da sie infolge der Kartoffelknappheit mehr Brot haben wolle. Dieser Grund kann nicht zutreffen, da ja keiner innerhalb einer Woche mehr Brot bekommt, wie ihm zusteht, und die Vätermeister auch sehr scharf kontrolliert werden, ob sie am Ende der Woche schon Porzellan für die bevorstehende Woche angemommen haben. Als zweiter und dritter Grund werden dann die technischen Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bäckereien mit den nötigen Verbrauchsmaterialien angegeben. Hier gibt der Magistrat nunmehr zu, daß es ihm nicht gelungen ist, diese technischen Schwierigkeiten zu beseitigen. Offenbar wird, daß er einseht, daß durch das Beeinträchtigen einer Mehl- und Kohlenreserve dieser Zustand behoben werden kann. Der letzte Grund, die mehrfach beschriebenen Brotfabrikenschwierigkeiten, kann auch nicht ausschlaggebend sein, da Brotfabriken nicht erst jetzt geschlossen und gefaßt werden.

Wie müssen daher vom Magistrat verlangen, daß er diese Missetaten, soweit er sie erkannt hat, so schnell wie möglich beseitigt und im übrigen versucht, ob noch andere Gründe vorhanden sein können, auf die der Brotmangel zurückzuführen ist.

Als ein solcher Grund wird uns das Streben der Vätermeister nach höherem Preis angeboten. Die Vätermeister müssen jetzt zur Brotproduktion das teure Getreidemehl verwenden und glauben dadurch ein Unrecht auf höhere Preise zu haben. Dieses Streben scheint uns nicht berichtigt zu sein, da die Vätermeister mit ihrem Verdienst zufrieden sein können. Sonnte doch kürzlich

erst ein Groß-Berliner Lebensmittelbesitzer erklären, nach Durchsicht der Steuerlisten könne er nur sagen, daß sich die Vorkommenisse alle gesund gemacht hätten.

Selbst wenn aber unter den Vorkommenissen das Streben nach höheren Preisen vorhanden wäre, so können wir trotzdem nicht annehmen, daß die jetzige Brotknappheit auch noch künstlich von den Bäckern gesteigert werden würde.

Die Zusatzkarten für Schwerarbeiter und die Brotkommissionen.

Vom Ausschuss der Gewerkschaftskommission erhalten wir folgende Mitteilung, die zur Klarstellung der Bezugsmöglichkeit einer Zusatzkarte nötig ist:

Durch Beschluss des Bundesrats soll an Schwerarbeiter eine Zusatzkartoffelkarte gegeben werden. Dazu war nötig, festzustellen, wer Schwerarbeiter ist. Bei der Umfrage meldeten sich zwei Drittel aller Arbeiter als Schwerarbeiter. Nun kam es darauf an, festzustellen, wieviel Kartoffeln vorhanden sind, um dementsprechend die Höhe des Quantum der Zusatzkarte und die Anzahl der Berechtigten zu bemessen. Der dafür eingesetzte Kommission war zuerst daran gelegen, möglichst ein größeres Quantum Kartoffeln für alle Einwohner, also pro Kopf der Bevölkerung Berlins, zu geben, und sie setzte 7 Pfund pro Kopf und Woche fest. Dieses konnte aber nur geschehen, wenn nicht so viel Ausnahmen an Schwerarbeiter gemacht wurden. Auch war, wenn das allgemeine für die Bevölkerung vorhandene Quantum größer gewesen wäre, eine zweite Aufstellung von Schwerarbeitern vorgezogen, die einen größeren Umfang gehabt hätte. Die inzwischen verstrichene Zeit hat uns gelehrt, daß das allgemeine Quantum nicht vorhanden war, denn die Stadt war gezwungen, von den 7 Pfund pro Kopf und Woche auf vier Pfund herabzugehen; somit konnte eine zweite Aufstellung von Schwerarbeitern nicht erfolgen. Wenn die Kommission von vornherein den Kreis der Schwerarbeiter größer gezogen hätte, wäre dieses auf Kosten der Bezugsberechtigten im allgemeinen geschehen, und es hätte das allgemeine Quantum noch mehr herabgesetzt werden müssen.

In der letzten Kommissionsitzung wurde auch der Uebelstand der Differenz zwischen Bezug von Brotzusatz und Kartoffelzusatzarten besprochen und versucht, einen Ausgleich zu schaffen. Mit Recht können Schwerarbeiter und Angestellte, die über acht Stunden oder das Nachts arbeiten, es nicht verstehen, daß sie wohl eine Zusatzkarte auf Brot, dagegen keine auf Kartoffeln erhalten. Die Brotkommissionen halten sich an die von Magistrat, Unternehmern und Arbeitervertretern gemachte engste Aufstellung von Schwerarbeitern und schiden alle nicht auf der Liste stehenden Berufs an die Kommission und die Gewerkschaftskommission. Das ist nicht der richtige Weg; denn diese Stellen können im Einzelfall auch nichts daran ändern. Änderungen können nur erfolgen, wenn die Stadt in der Lage wäre, mehr Kartoffeln zu geben. Eine jetzt ergangene Anweisung des Magistrats untersagt den in den Brotkommissionen tätigen Personen, Auskunft an die Antragsteller in dem Sinne zu geben, daß sie nach der Gewerkschaftskommission gehen sollen, um ihre Beschwerde anzubringen.

Soweit die Zuschrift. Unserer Redaktion sind Beschwerden zugegangen, wonach der Begriff „Schwerarbeiter“ zu eng gefaßt wird; insbesondere wird beklagt, daß die einzelnen Brotkommissionen bei der Zuteilung von Kartoffelzusatzarten nicht einheitlich entscheiden, so daß in der gleichen Werkstatt dem einen Arbeiter die Karte verweigert wird, obwohl sie anderen durchaus gleichgestellten Kollegen (die aber in einem anderen Bezirk wohnen) gewährt worden ist.

Bezugsscheine und Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften geben neben den allgemeinen Stellen des Magistrats die Bezugsscheine an ihre Mitglieder und deren Familienmitglieder heraus und prüfen dabei die Berechtigung des Bezuges. Sie legen dann ihren Stempel auf die linke Seite des Bezugsscheins, der danach als genügend geprüft von den Zentralstellen angesehen ist. In der Ausführungsstelle, die die Inhaber dieses Bezugsscheins dann aufzusuchen haben, wird auf die rechte Seite des Scheins ein zweiter Stempel aufgedrückt, und dann ist der Schein zum Kauf ordnungsmäßig fertig. Durch den Wechsel der in den Ausgabestellen ehrenamtlich tätigen Personen ist es des öfteren vorgekommen, daß der von den Gewerkschaften abgestempelte Bezugsschein nicht als vollständig angesehen worden ist. Dagegen können die Betroffenen Beschwerde bei dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung einlegen.

Insbesondere sei noch bemerkt, daß die Richtigkeit der Wohnung von den Gewerkschaften oberhalb des Strichs auf dem Schein zu beglaubigen ist. Wo dies geschehen ist, ist jede Zurückweisung der Antragsteller an das Polizeirevier unzulässig.

Schlichtungsausschüsse für den Hilfsdienst.

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst hat im § 9 die Schaffung sogenannter Schlichtungsausschüsse vorgeordnet, die aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebildet werden und berufen sind, bei Streitigkeiten über die Ausübung des sogenannten Hilfsdienstes zu entscheiden. Mit der Bildung dieser Ausschüsse für die Provinz Brandenburg ist die Kriegsamtsstelle bezw. das Kriegsamtsamt betraut. Bis die Ausschüsse in Tätigkeit treten, hat die Kriegsamtsstelle den Kriegsausschuss der Metallindustrie, Schlegelstraße 2, und die Schlichtungskommission für Militärschneiderarbeiten Groß-Berlins, Zimmerstraße 60/61, als vorläufige Schlichtungsausschüsse mit der Entscheidung schon jetzt schwebender Streitfälle beauftragt. Für Streitfälle aus der Bekleidungsindustrie ist die letztere, für alle übrigen Streitfälle der ersten Instanz, die Tätigkeit dieser beiden vorläufigen Ausschüsse erstreckt sich auf Berlin, Lichterberg, Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, Wilmersdorf, Spandau, Eberswalde und die Landkreise Oberbarnim, Niederbarnim, Teltow und Havelland. Im gleichen Sinne hat die Kriegsamtsstelle den in der Stadt Brandenburg a. O. kreislich bestehenden Kriegsausschuss der Brandenburger Metallindustrie als vorläufigen Ausschuss für alle Gewerbe der Stadt Brandenburg und des Landkreises Westhavelland als vorläufigen Ausschuss bestellt.

Im Anschluß hieran teilt der Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins mit, daß zur Aufgabe der vor diesem Kriegsausschuss zur Verhandlung gelangenden Beschwerden folgende Beschwerdestellen eingerichtet sind: 1. Beim Deutschen Metallarbeiterverband, Berlin O 54, Liniestraße 88/89, Zimmer 6, Geschäftsstunden 9-1 und 4-7 Uhr; 2. Beim Verband Berliner Metallindustrieller E. V., Berlin SO 18, Zusterhausenstraße 15/16, Geschäftsstunden 8-3 Uhr. Diese Beschwerdestellen geben die entgegengenommenen Beschwerden unverzüglich an die Zentralstelle Schlegelstraße 2 weiter. Die Verhandlungen finden vorläufig jede Woche am Donnerstag statt. Zur Verhandlung gelangen nur vorher, bis spätestens Dienstag abend angemeldete Beschwerden. Alles Nähere wird bei der Ladung mitgeteilt.

Der Spätverkehr auf der Straßenbahn.

Man schreibt uns: Die von der Großen Berliner Straßenbahn für die Linien 57, 59, 62, 66, 69, 70, 91, 184, 188 und D zugefügten Verkehrsverbesserungen durch Einlegen späterer Wagensätze, Weltwagen, dichtere Zugfolge und Vereinstellung von Mannschaftelementen, sind als dringliche Anträge dem Verband Groß-Berlin und dem Polizeipräsidium unterbreitet und werden voraussichtlich am nächsten Montag in Kraft treten. Die dringlichen Erhebungen über die weiteren notwendigen Verbesserungen für die Linien 7, 21, 22, 26, 43, 58 und 65 sind vom Verband Groß-Berlin und der Straßenbahngesellschaft eingeleitet; sie leiden aber jetzt unter den durch das ungünstige Schneewetter verursachten Verkehrsstörungen, werden aber trotzdem fortgesetzt. Falls die Anträge auf Freigabe von eingezogenem Betriebspersonal, die von der Gesellschaft an die zuständige militärische Stelle gerichtet worden sind, berücksichtigt werden, können auch die ferner in Aussicht genommenen Verbesserungen, insbesondere auf den Linien nach Reinickendorf, durchgeführt werden. Es wird jedenfalls alles getan, um - soweit es die vorhandenen Mittel zulassen - dem Verkehrsbedarf in seiner veränderten Form gerecht zu werden.

Die Große Berliner Straßenbahngesellschaft teilt mit: In der Ausschussbesprechung am Mittwoch kamen Verkehrs- und Lohnfragen zur Besprechung. Grundsätzlich erklärte sich der Ausschuss mit einer weiteren Aufbesserung der Löhne einverstanden. Im einzelnen wird diese Frage in der auf Freitagmorgen angelegten Besprechung mit den Vertrauensmännern ihre Erörterung finden.

Verkehrsverbesserungen auf der Strecke Schleifischer Bahnhof - Kaulsdorf - Frederksdorf - Müdersdorf macht die Eisenbahndirektion Berlin bekannt. Vom Montag ab werden werktags bis auf weiteres auf dieser Strecke zwei neue Zugpaare eingelegt werden. Das erste Zugpaar verkehrt am Vormittag ab Müdersdorf 10.05, mit Anschluß an den nach Berlin fahrenden Stadtbahnzug ab Kaulsdorf 10.48 vorm. In der Gegenrichtung erhält der Zug ab Schleifischer Bahnhof 11.12 vorm. Anschluß nach Müdersdorf. Reisenden nach Strausberg steht die Benutzung des Personenzuges ab Schleifischer Bahnhof 11.54 vorm., an Strausberg 12.25 nachm. frei. Durch das zweite Zugpaar wird eine neue Späterbindung nach und von Frederksdorf geschaffen. Der eine Zug fährt ab Frederksdorf 11.00 abends, an Schleifischer Bahnhof 11.35 nachts; der andere verläßt den Schleifischen Bahnhof um 12.05 nachts. Reisende nach Strausberg können den Personenzug ab Schleifischer Bahnhof 12.37 nachts benutzen.

Unfair und ungerecht sind die Prinzipien, nach denen die Bewilligung von Bezugsscheinen für gewisse Verbrauchsgüter gehandhabt wird. Eine Leserin schreibt uns darüber: Bei Beginn der kalten Jahreszeit brauchte ich wolle Strümpfe, erhielt einen Bezugsschein für zwei Paare und kaufte nur diese, meinen beschränkten Mitteln entsprechend, zum niedrigen Preise von 1,50 M. das Paar. In demselben Geschäft erwarb damals eine Dame auf ihren Bezugsschein zwei Paare a 3 M. Meine Strümpfe sind heute bereits aufgetrogen, und als ich um einen neuen Bezugsschein bat, wurde er mir verweigert mit dem Bemerkens, ich hätte für diesen Winter bereits meine zwei Paare erhalten. Wäre ich in der Lage gewesen, für das Paar 3 M. anzulegen, so würde ich jetzt sicherlich nicht in Verlegenheit sein, denn die teure Ware hält natürlich länger vor, als die billigere. Liegt darin nicht eine krasse Benachteiligung der minderbemittelten Kreise, und wäre es nicht möglich, bei der Bewilligung von Bezugsscheinen nicht nur die Stückzahl, sondern zugleich auch die Güte der Ware, die sich ja meistens in den höheren Preisen ausdrückt, zu berücksichtigen?

Eine einschneidende Störung im Straßenbahnverkehr trat am gestrigen Donnerstagvormittag ein. Infolge der Beschädigung einiger Selbstschalter in der Hauptzentrale Scharfener mußten dort die Maschinen ausgeschaltet werden und die Wagen aller Linien des Scharfener, des Potsdamer Platzes, der Friedrichstraße, des Spittelmarkts, Roßhofs und des Wedding blieben mit einem Schlag stehen. Die Störung, die gerade in die Zeit des realen Morgenverkehrs fiel, konnte gegen 9 Uhr vormittags wieder behoben werden.

Steuererklärung. Am Sonnabend, den 20., läuft der Termin zur Abgabe der Steuererklärungen ab. Die Erklärungen für die Veranlagung der Einkommen- und der Körperschaftsteuer müssen bis spätestens den 15. nächsten Monats in den Besitz der Veranlagungskommission gelangt sein, andernfalls ist eine Strafe angedroht und kann ein Zuschlag von 5-10 Proz. der geschuldeten Steuer festgesetzt werden.

Kein Biederwiesenschluß für Friseur. In den Kreisen der Friseur herrscht Unruhe darüber, ob der im Interesse der Kosteneinsparnis angeordnete Biederwiesenschluß auch für Friseurgeschäfte Geltung hat. Die „Deutsche Städte-Korrespondenz“ erfährt dazu von unterrichteter Seite, daß die Aufsichtsbehörden auf dem Standpunkt stehen, daß der Biederwiesenschluß für Friseur und Barbier nicht in Frage kommt. Die Bestimmung über die um 7 Uhr erfolgende Schließung der Geschäfte bezieht sich lediglich auf Lebensmittelgeschäfte, in denen ein Verkauf stattfindet. Demgemäß dürfen Waren mehr verkauft werden. Die anderweitige Bedienung der Kunden (frisieren, rasieren usw.) ist zulässig, ebenso wie dies ja auch in der Kirchengasse am Sonntag, in der andere Geschäfte geschlossen haben, erlaubt ist.

Polnische Arbeiter und polnisches Heer. Unter den in Deutschland sich aufhaltenden, im Königreich Polen heimatisierten polnischen Arbeitern ist vielfach die Meinung verbreitet, daß ihre zwangsweise Einziehung zum polnischen Heere beabsichtigt sei. Eine solche Ansicht besteht nicht, vielmehr wird darauf hingewiesen, daß sich das polnische Heer nur aus Freiwilligen ergängt. Alle Gerüchte über zwangsweise Einziehung beruhen auf Erfindung oder böswilliger Auslegung.

Der ehemalige Spielklub „Kurfürstendamm“ ist Mittwochabend von der Kriminalpolizei auf Veranlassung des Oberkommandos aufgehoben worden. In den Räumen des Klubs in der Gohstraße, der seit einiger Zeit den Namen „Club Potsdamer Platz“ führt, befanden sich etwa 20 bis 30 Personen, die Voccacat spielten. Die Klubkasse, ungefähr 25 000 M., wurde beschlagnahmt.

Eine ganze Wohnungseinrichtung haben Einbrecher in Charlottenburg gestohlen. In dem Hause Westfälische Straße 87 befand sich die Wohnung eines Selbstzugteilnehmers längere Zeit ohne Aufsicht, da die Frau des Inhabers verreist war. Als dieser Tage der Vater der Frau in der Wohnung erlitten, mußte er zu seinem Schrecken wahrnehmen, daß Einbrecher den größten Teil der Einrichtung, u. a. ein Klavier, mehrere Sofas, Betten und Tische, sowie fast alle Stühle, ferner einen Klubsessel, die Bodentrommel und Teppiche, zwei Schreibraschinen, eine große Menge Wäsche, Weste, Bilder, Küchengerät, im Werte von etwa 10 000 M., gestohlen hatten. In den Zimmern haben die Einbrecher die Behälter erbrochen und viele Sachen, die sie nicht mitnehmen, zertrümmert und beschädigt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Aus den Gemeinden.

Lebensmittelverteilung in Lichterberg. Die Gemeinde Lichterberg bringt in den nächsten Tagen Rohrrüben zur Verteilung und zwar entfallen auf je eine Lebensmittelkarte 1 Pfund Rohrrüben. Ferner gelangt eine größere Menge Rübenkraut zum Verkauf. Rübenkraut gilt als Ersatz für Sauerkraut. Dieses Nahrungsmittel ist in Norddeutschland, speziell in Berlin, bisher nicht eingeführt, wird aber in Süddeutschland, auch in Rheinland und Westfalen, sehr gern gegessen. Die Zubereitung ist genau wie beim Sauerkraut. Da Sauerkraut sehr knapp ist, dürfte Rübenkraut ein willkommenes Ersatz sein.

Die Gummiwarenfabrik Wilmersdorf in der Nikolburger Str. 7 nimmt bis 5. Februar Fahrabfertigungen noch zu den für die freiwillige Abfertigung festgelegten Preisen jeden Montag und Donnerstag von 1/9 bis 10 Uhr vormittags an. Abgummi sowie Gummiabfälle jeder Art werden unentgeltlich angenommen.

Fankower Lebensmitteladrianten. Vom 18. d. Mts. ab gelangen in den mit dem Kartoffelverkauf betrauten Geschäften auf Abschnitt 60 der Lebensmittelkarte je 1/2 Pfund ungewaschene Mohrrüben zum Verkauf. Der Preis beträgt 16 Pf. für das Pfund. Es sind je reichliche Mengen der Rohrrüben vorhanden, daß auf jede Lebensmittelkarte das vorgegebene Quantum verabfolgt und deshalb jede Ansammlung vor den Geschäften vermieden werden kann.

Die Fankower Ausfertigungsfabrik für Bezugsscheine wird vom 19. d. Mts. ab vom Rathaus nach Mühlentrafé 15 verlegt. Sie ist für das Publikum von 8-1 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags geöffnet.

Bezugsscheine für Schuhwaren im Kreise Teltow werden ebenso wie die Bezugsscheine für Kleidungs- und Wäscheartikel ausgestellt; in den Städten Köpenick, Wittenwalde, Teltow, Trenz, Trebbin, Jossen durch die Magistrate, in den Gemeinden Adlershof, Britz, Friedenau, Lantow, Lichterfelde, Mariendorf, Niederschöneweide, Samarkandorf, Steglitz, Tempelhofer Feld, Trepow, Kottbus und Zehlendorf durch den Gemeindevorstand; für die übrigen Gemeinden und die Gutbezirke durch den zuständigen Amtsvorsteher. Für die Zuständigkeit ist der Wohnort des Antragstellers maßgebend.

Aus aller Welt.

Ein Auskuddeci.

Die alldeutsche „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die schon häufig die Berechtigung des Kriegsgewinnes in langen Artikeln begründet hat, veröffentlicht in ihrer Sonntagsnummer vom 14. Januar eine mit J. v. S. unterzeichnete Skizze: Ein Regentag in Reserverstellung. Darin heißt es am Schluß:

„Wir sind noch nicht verhungert, und noch haben die Dämmer daheim Expedienten in ihren Verticos und machen Kriegsgewinne, mittels deren sie die deutsche Kultur „verschlächtern“ werden. Wir werden nach dem Kriege nicht gegen die Verrohung der Massen durch die Gewöhnung an das Blut zu kämpfen haben, sondern gegen die Verschlechterung unseres Geschmacks durch die Kriegslieferanten. Wir werden sonst sein wie die Kammer, denn wir haben mit dem Tode angefohlen, jene aber haben sich fettgelogen. Wir haben Blut vergossen, und sie haben daheim Sekt getrunken. Man wird die Kriegsgewinne besteuern. Mit 50 Proz. heißt es; 50 Proz. von dem, was nicht versteuert wird, mit Anstand versteuert werden kann. Man soll ruhig 100 Proz. nehmen, sie verdienen noch immer 75 Proz. Aber die Kriegsverluste der Teilnehmer an Kämpfen, die ersetzt niemand. Sie sind außer Blut und Knochen auch Kapital, das unseren Kindern einmal fehlt und das die Kriegsgewinner einsaugen. Die Verwertung des Wertvollsten, die Bereicherung der Schlechtesten bis auf Kind und Kindeskind, das ist die Gefahr dieses Krieges für das deutsche Volk.“

Die politische Leitung des Blattes wird diese Sätze, denen Entschiedenheit nicht abzuspüren ist, mit Erstaunen gelesen haben.

Die Vernichtung des „Suffren“.

Neder die Torpedierung des französischen Zirkenschiffes „Suffren“ durch ein deutsches U-Boot berichtet die „Börs. Ztg.“: Bei schwerer Liniung und hohem Segelzug sichtete Kapitänleutnant Hans Walthers am Horizont ein feindliches Zirkenschiff, das er beim Näherkommen als den französischen Panzer „Suffren“ erkannte. Trotz der wenig günstigen Witterungsverhältnisse für einen Unterbootsangriff gelang es ihm, sich dem Feinde auf etwa 500 Meter zu nähern. In dieser Entfernung schoß der U-Bootskommandant auf den Gegner ein Torpedo ab, der sich in seiner Wirkung als Volltreffer erster Klasse erwies. Denn als das nach dem Abdruck untergetauchte U-Boot nach etwa nur 7 Minuten wieder hochtauchte, war von dem „Suffren“ nichts mehr zu erblicken; nur eine im Winde abgleitende Rauchwolke bezeugte die ungesühnte Untergangsstelle des französischen Panzers. Zweifellos ist durch die Torpedierung eine der Panzer- und Munitionskammern mit zum Ausfliegen gekommen, die den schließlichen Untergang beschleunigten. An Bord des aufgetauchten U-Bootes wurde auf dem Oberdeck befestigt eine französische Patronenmühe und der Geschohobende einer französischen 305-Zentimeter-Granate aufgefunden, ein weiterer Beweis, daß eine der Munitionskammern des französischen Schiffes infolge der Torpedierung zur Explosion gekommen sein muß. (x)

Die Speisekammer des Herrn Pfarrers.

Die Grauburger Strafkammer verurteilte einen 15-jährigen Arbeiter, der dem Keller des Pfarrers Galow in Schiropten einen Besuch abgestattet, dort 1/2 Pfund Kalbsbraten gegessen, Sahne und Milch getrunken und sich 6 Pfund Butter nebst 30 Eiern zum Mitnehmen bereit gelegt hatte, wegen verübten schweren Diebstahls zu einem Monat Gefängnis. Beachtenswert ist hier nicht nur die Anwendung des Begriffs schwerer Diebstahl auf das relativ geringfügige Vergehen eines unweilen Putzchen, sondern vor allem die Tatsache, daß der Pfarrer Galow über eine solche Menge Lebensmittel verfügt, wie sie heutzutage nur sehr wenigen Sterblichen im deutschen Vaterlande beschieden sind.

Vierfacher Mord.

Im Dorfe Kockstedt bei Dessau stürzte am Mittwoch der Arbeiter Seberin Jankowial seinen ältesten Sohn, welcher seinen Eltern viel Kummer bereitet hatte, in die Waide. Der Anabe konnte sich jedoch mit Hilfe von zwei Leuten retten, die ihn nach dem Krankenhaus brachten. Aus Furcht vor Strafe für dieses Verbrechen hat gestern früh Jankowial seine Ehefrau und seine drei Kinder im Alter von 6, 8 und 10 Jahren in der Küche seiner Wohnung erschossen. Er selbst erhängte sich. Herbeieilende Nachbarn, die die Schüsse vernommen hatten, schnitten Jankowial, welcher noch lebte, sofort ab.

Flüchtiger Justizhauer. Aus dem Eberswalder Gerichtsgefängnis ist in der Nacht zum Mittwoch der 33-jährige Keller Reinhold Pieper, der eine mehrjährige Justizstrafe wegen schweren Diebstahls erhalten hatte, ausgebrochen. Er hatte im Laufe einer Nacht mit dem abgedroschenen Fuße seines Bettgestells eine Öffnung in das Gittergitter gestemmt und sich dann an einem Bettladen herabgelassen. Der Sprung in die herabdrückliche Tiefe glückte. Vom Hofe des Gefängnisses aus kletterte der Verbrecher mit Hilfe eines Bogens über die Mauer und gelangte so ins Freie. Im Dorfe Tornow wurde dann Pieper am gestrigen Donnerstag wieder verhaftet und von dort nach Eberswalde gebracht. Hier entspann sich auf dem Rathausplatz ein blutiger Kampf zwischen ihm und seinen Transportwachen. Schließlich wurde der Verbrecher durch einen Revolververstoß am Kopfe verlegt und unter besonderen Vorsichtsmaßnahmen in das Eberswalder Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Die Pestverkrankungen in Rathenow. Die Zahl der Erkrankungen hat sich nicht mehr erhöht. Bisher sind im ganzen acht Fälle festgestellt. Dreizehn Personen befinden sich zur Beobachtung in einer Baracke.

Kämpfe bei Loos und Serre — Russischer Vorstoß bei Kraschin — Kämpfe südlich der Ditoz-Straße und zwischen Sufita- und Putnatal — Beschließung von Tulcea und Jaceca.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 18. Januar 1917. (W. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In eine englische Sprengung bei Loos schlossen sich Kämpfe an, bei denen vorgedrungener Feind in erbittertem Nahkampf schnell wieder zurückgeworfen wurde.

In der Nacht vom 12. zum 13. Januar wurden nach den Kämpfen bei Serre die nach von und gehaltenen Teile der Vortruppung planmäßig und unbehindert vom Feinde geräumt. Seitdem lag täglich schweres Feuer auf den verlassenen leeren Gräben. Gestern erfolgte hiergegen der von uns erwartete englische Luftstoß, welcher dem Angreifer schwere Verluste brachte.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

In vielen Abschnitten der Front lebte die beiderseitige Artillerietätigkeit bei klarer Sicht merklich auf.

Nördlich Kraschin drangen russische Stoßtrupps mit zehnfacher Überlegenheit in eine vorgeschobene Feldwache ein. Die Feldwache ist wieder in unserem Besitz. An anderen Stellen wurden Jagdkommandos und Patrouillen abgewiesen.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Während südlich der Ditoz-Straße ein von starken russischen Kräften unternommener Angriff in unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer zusammenbrach, gelang es uns durch überraschenden Vorstoß zwischen Sufita- und Putnatal 1 Offizier, 230 Gefangene und 1 Maschinengewehr aus den feindlichen Stellungen zu holen.

Front des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der Dobrußja werden seit einigen Tagen Tulcea und Jaceca von russischer Artillerie beschossen. Mehrere Einwohner, vor allem Frauen und Kinder, sind getötet.

Mazedonische Front.

Bereinzelt geringe Geschütztätigkeit.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, Amlich. 18. Januar, abends.

An der West- und Ostfront ist der Tag ohne besondere Kampfhandlungen verlaufen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 18. Januar 1917. (W. T. S.) Amlich wird veröffentlicht:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Tulcea und Jaceca in der Dobrußja wurden von russischer Artillerie beschossen.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Zwischen dem Putna- und Sufita-Zal hatte ein kleines Unternehmen vollen Erfolg. Ein Offizier, 230 Mann und ein Maschinengewehr wurden eingebracht. Südlich der Ditoz-Straße brachen starke russische Angriffe in unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer zusammen.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

In Wolynien erhöhte feindliche Artillerietätigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Karstschloche und im Nivayah-Tale hielt auch gestern härteres Artilleriefeuer an.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Hoyer, Feldmarschalleutnant.



Der Prozeß Manassewitsch-Mannjlow.

Die gerichtlichen Verhandlungen in dem Prozeß des berühmten Ritzarbeiters der „Kotowoje Wremja“, Manassewitsch-Mannjlow, der verschiedener Betrügereien angeklagt worden war, vollzogen sich unter außerordentlichen Umständen. Am 28. Dezember 1916 wurden die Gerichtsverhandlungen in aller Form eröffnet, aber dem Eingeweihten war es klar, daß es sich hier nur um eine Scheinzeremonie handelte, und daß das Gericht nicht zustande kommen würde. Der „Intern. Corr.“ wird aus Stockholm mitgeteilt:

Zur bestimmten Stunde erschienen die Angeklagten Manassewitsch-Mannjlow und Reicher mit ihren Verteidigern Kasarinow und Krowjohin. Um 12 Uhr kündigte die Gerichtsglocke an, daß die Verhandlungen beginnen, und alle Anwesenden besetzten ihre Plätze. Mit Spannung erwartete man den Ausgang. Es war jedoch deutlich zu sehen, daß die Verhandlungen nicht zustande kommen würden. Und für viele war es eine Überraschung zu sehen, daß der Gerichtsvorsitzende Gebot die üblichen Ankündigungen machte und sich an die Angeklagten um die Auskunft über ihre Personalien wendete. Dann hob die gewöhnliche gerichtliche Prozedur an. Die Verteidiger der Angeklagten, Kasarinow und Krowjohin, erhoben einige formelle Einwände zu deren Gunsten, die vom Staatsanwalt pariert wurden. Dann wurde zu der Zeugenaussage geschritten. Fast alle wichtigen Zeugen waren zugegen. Von 60 Zeugen fehlten alles in allem 15 Personen. Die nicht erschienenen Zeugen gehörten zu denen, die nur über verhältnismäßig geringfügige und dazu verächtliche Spitzbübereien Manassewitsch-Mannjlow's Auskunft zu geben versuchten. Trotzdem fand es der Staatsanwalt für geboten, die Gerichtsverhandlungen zu vertagen, da seinem Dafürhalten nach wichtige Zeugenaussagen ausblieben. Ungeduldet aller energischen Proteste seitens des Verteidigers des Anklägers Karachschewitsch wurden die Verhandlungen geschlossen.

Trepow wollte es so und seine Kreaturen im Gerichtsalat gehorchen.

Blutige Zusammenstöße in Finnland.

Aus Haparanda wird über einen blutigen Zusammenstoß zwischen Finnländern und russischen Truppen in einer der Städte Nordfinlands berichtet. Die russische Wehrpolitik erhielt die Nachricht, daß dort die Abfahrt bestände, eine große Volksversammlung einzuberufen, die sich gegen die Fortsetzung des Krieges aussprechen sollte. Militär und Polizei wurden entsandt. Es kam zu einem Zusammenstoß, wobei mehrere Personen getötet und viele verwundet wurden.

Schließlich räumte die Polizei und das Militär das Feld. Aus Uleaborg wurde ein größerer Trupp Kosaken und Infanterie abgelandt.

„Ihr habt uns ins Unglück gestürzt.“

Aufrucht in Jassy.

Budapest, 17. Januar. Wie der „E. G.“ von unterrichteter Seite in Wien erfährt, herrscht in Jassy, dessen Bevölkerung jetzt auf eine Viertelmillion anwuchs, Aufruhr. Die Geschäfte werden geplündert und wohlhabende Leute auf der Straße ausgeraubt. Wenn sie sich widerlegen, werden sie auf offener Straße niedergemacht, mit den Worten: Ihr habt uns ins Unglück gestürzt. Dem Senator Sultinanu, der Staatssekretär im Kabinett Kojoresens war, wurden auf offener Straße die Kleider vom Leib gerissen. Die Agitatoren Wargu Delavrance, Necolous Jorga und Othobian Bogu, die auf dem Hauptplatz das Volk durch Reden zu beruhigen versuchten, wurden vom Volk und Soldaten verprügelt. Sie liegen schwer verwundet in Odeffa. Ein ähnliches Schicksal erreichte den Präskenten der rumänisch-russischen Liga Dr. Jitrali. Die Regierung ist machtlos und die Militärverwaltung, die in den Händen der Russen liegt, läßt das Volk gewähren. Die Bevölkerung wird dem Hunger preisgegeben. Sie erhält von der russischen Militärverwaltung nur Naimehl zur Ernährung.

Kleine Kriegsnachrichten.

Oesterreichisch-ungarischer Gesandtenwechsel. Der österreichisch-ungarische Gesandte in Kopenhagen Graf Szechenyi, tritt zurück. Er wird durch den Leiter der Konsulatsabteilung im Ministerium des Aeußeren, Graf Sphoos, ersetzt werden. Die Kopenhagener und Kristianiaer Gesandtschaft, die bisher vereint waren werden getrennt. Auch der Berner Gesandte Baron Gager n verläßt seinen Posten. Er wird durch den Sektionschef im Ministerium des Aeußeren, Baron Rujulin, abgelöst.

Ungarische Raubattentäter. Der im Lager der Opposition stehende „Magyar Csoeg“ hatte den regierungsfreundlichen Abgeordneten Grafen Zsele jun. beschuldigt, daß er beim Bau einer Festungsgrundbahn als Unternehmer beteiligt gewesen sei, was den Bestimmungen über die Ritaliedschloß des Parlamentes widerspricht. Infolgedessen hat sich Graf Zsele nunmehr genötigt gesehen, sein Mandat niederzulegen.

Raumnäherungen in Frankreich. Pariser Witterung zufolge ist beabsichtigt, alle untauglich deemeden Mannschaften der Jahresklassen 1917 bis 1896 sowie alle Zurückgestellten, mit Ausnahme der infolge Kriegsverwundungen untauglich. Erklärten erneut auszumustern. Der entsprechende Gesetzesantrag sollte gestern der Kammer vorgelegt werden.

Der französische Vizeadmiral Guepou wurde zum Oberbefehlshaber des ersten Geschwaders der ersten Hochseeflotte ernannt.

Russische Besorgnisse. Aus Budapest meldet die Zeitung: Der Gouverneur von Czernowit forderte die in Czernowit sich aufhaltenden russischen Kaufleute auf, ihre Geschäftsangelegenheiten abzuwickeln und die Waren zu sammeln.

Weitere Einberufungen in Italien. Wie die „Römishe Ztg.“ meldet, hat Italien die 42- und 43jährigen, zum Teil Veteranen der Afrikaeldzüge, aufgeboden.

Montenegrinische Ministerliste. Aus Paris meldet Agence Haras: Radowitsch, der Vorsitzende des Ministerrats und Minister des Auswärtigen von Montenegro, hat dem König sein Entlassungsgesuch eingereicht.

Noch eine Entschließung der Opposition.

Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht folgenden von der Sonderkonferenz der Minderheit angenommenen Antrag Eisner:

Das Scheitern der Friedensaktion, die deutsche Ablehnung des Wilsonschen Vorschlags zur Vorbereitung einer Friedenskonferenz, die Kriegspolitik mitzuteilen und zu diskutieren, und die Zurückweisung des deutschen Angebots als eines bloßen Kriegsmantels durch die Entente, bedeuten den völligen Zusammenbruch der Friedenspolitik des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Fraktionmehrheit. Es war im voraus selbstverständlich, daß die Ansetzung einer Konvention, ohne zugleich die Grundlage anzugeben, auf der sie berufen sollte, ein hoffnungsloses Unternehmen war. Die Aktion stand zudem in vollem Widerspruch zu den früheren sogenannten Friedensangeboten des Reichstagslers, in denen er die Gegner aufforderte, ihre Bedingungen anzugeben, über die die deutsche Regierung bereit sei, wenn sie mit der Würde und Sicherheit Deutschlands vereinbar wäre. Wenn der „Vorwärts“ jetzt sich der Lösung anschließt, daß nun erst recht durchgehalten werden müsse, da über den Charakter eines deutschen Verteidigungskrieges kein Zweifel mehr möglich ist, so liefert er damit Material zur Unterhüllung der Entente-Propaganda, daß das deutsche „Angebot“ vom 12. Dezember 1916 überhaupt nur den Zweck gehabt habe, die Kriegseidenchaft des deutschen Volkes anzupfeifen, zugleich wird dadurch schon jetzt im voraus der sozialdemokratischen Fraktion der Weg geebnet, selbst einem künftigen radikal-antideutschen Kanzler die Unterhüllung der sozialdemokratischen Fraktion anzubieten, da sich ein Regierungswechsel ja die Folge des Verhaltens der Entente sein würde.

Der natürliche Mißerfolg der mit untauglichen Mitteln unternommenen Friedensaktion macht jetzt jedermann klar, daß die falsche und unfruchtbare Wehrheitspolitik nicht einmal mehr mit Hinten diplomatischer Taktik entschuldigt werden kann.

Für das deutsche Volk gibt es nur noch zwei Wege: Entweder unterläßt man, direkt oder indirekt, die alldeutsche Eroberungspolitik, oder man ruft die proletarischen Massen zu einer selbständigen, gegen die verantwortliche Regierung gerichteten europäischen, demokratischen und sozialistischen Friedenspropaganda auf, die keine Isolierung eines deutschen Friedens, sondern die Schaffung eines Weltfriedens der Völker zum Ziele hat.

Also der sozialdemokratische Parteivorstand und die Reichstagsfraktion tragen die Schuld daran, daß die Gegner keinen Verständigungsfrieden schließen, sondern erobern wollen! Aber nicht diese offizielle Eroberungspolitik der feindlichen Regierungen ist die Gefahr, sondern die oppositionelle Eroberungspolitik der Alldeutschen, die selbst dann keine Aussicht auf Verwirklichung hätte, wenn die Regierung ihr zustimmte, was sie bekanntlich nicht tut.

Offenbar hat sich der alte Spötter Kurt Eisner da einen Scherz erlaubt, und die Sonderkonferenz ist ihm darauf pünktlich hineingefallen.

Letzte Nachrichten.

Der Besuch der Parlamentspräsidenten.

Berlin, 18. Januar. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Am Freitag treffen in Berlin die Präsidenten der Volksvertretungen der mit uns verbündeten Reiche ein. Sie leisten einer Einladung des Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf Folge, um in persönlichem Zusammensein einander näherzutreten. Eine Reihe gegenseitiger parlamentarischer Besuche sind vorangegangen. Zum ersten Male aber treffen jetzt die Präsidenten aller Parlamente in Berlin zusammen. In eindrucksvoller Weise spricht sich darin das nahe und herzliche Verhältnis aus, das zwischen den Völkern unseres Bundes besteht und durch den Krieg zu unverbrüchlicher Festigkeit geschmiedet worden ist. Mit der Reichstagspräsident heißen wir die Gäste des Reichstagspräsidenten herzlich willkommen!“

Pariser Granatenarbeiterinnen streiken.

Bern, 18. Januar. Laut „Journal des Debats“ sind auch die Arbeiterinnen der Granatfabrik Billau wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. „Bonnet Rouge“ sagt, daß entgegen anderen Meinungen noch nirgends die Arbeit wieder aufgenommen worden sei. Die vom Munitionsminister Thomas ausgearbeiteten Lohnsätze würden von der Arbeiterschaft nicht günstig aufgenommen. Die Russkändigen erklärten, die Tarife nicht anzunehmen und sich ihnen nur im Notfall unterwerfen zu wollen. Das Ende des Ausstandes ist noch nicht abzusehen.

Die Jagd nach dem Schiffsräum.

Paris, 18. Januar. Auf die von dem kriegsbedingten Ziffer geäußerten Bedenken gegen die Vollständigkeit des Erlasses, wonach künftig Schiffe von über 1000 Tonnen Tragfähigkeit von Privatpersonen nicht mehr gechartert werden dürfen, erwiderte Minister Perrier, er hoffe durch den Erlass eine bessere Ausnutzung des verfügbaren Schiffsräumens erzielen zu können. Im Dezember seien nur 1,4 Millionen gegenüber den geforderten zwei Millionen Tonnen Kohlen aus England eingeführt worden. Neben der Verwendung der Schiffe mit einem Gehalt von über 1000 Tonnen entscheide das Bureau der Alliierten in London, wohin alle Gesuche zu richten seien.

Dahsegenpanne in Berlin.

Berlin, 18. Januar. Wie das Polizeipräsidium Berlin mitteilt, soll für die Dauer des Krieges nichts dagegen eingewendet werden, wenn an Stelle von Pferden auf den Straßen innerhalb des Landespolizeibezirks Berlin auch Dahsegenpanne Verwendung finden.

Bahnzusammenstoß.

Köln, 18. Januar. Verfloffene Nacht fuhr dem Gießener Personenzug bei der Einfahrt in den hiesigen Hauptbahnhof ein in derselben Richtung fahrender Leerzug infolge Uebersehens des Haltensignals seitens des Lokomotivführers des letzteren in die Platte. Zwei Wagen des Personenzuges stürzten um. Die Insassen wurden nur leicht verletzt, keiner getötet.

Gewerkschaftliches.

Ein Streikjubiläum.

In diesen Tagen vor 25 Jahren kam es nach zehn bezw. elfwöchigen Streik im deutschen Buchdruckergerber zum Friedensschluß. Am 18. Januar wurde die Arbeit in den Druckereien wieder aufgenommen.

Zwar haben in Deutschland in späterer Zeit, besonders im Textilgewerbe, im Bergbau, im Baugewerbe und in der Holzindustrie, nicht minder große Arbeitskämpfe stattgefunden, der Buchdruckerstreik im Jahre 1891/92 übertrug aber in seiner Art und Bedeutung diese Kämpfe um ein Vielfaches. Es war das erste große Ringen einer Arbeitergruppe um den Neunstundentag, eine für die damaligen Zeitverhältnisse hervorragende Forderung. Und wenn diese Forderung auch damals durch den Streik nicht sofort errungen werden konnte, so wurde doch durch ihn Presse gelegt in das Rasterwerk des Zehnstundentages nicht nur im Buchdruckergerber selbst, sondern auch in anderen Gewerben. Es war das Signal für den Beginn des allgemeinen Kampfes um den neunstündigen Arbeitstag in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Viele schwere Kämpfe wurden seitdem um den Neunstundentag geführt, so daß seine Einführung heute in der deutschen Industrie fast als allgemein gilt; nur in schlechtorganisierten Gewerben und in wenigen Bezirken besteht eine längere Arbeitszeit, die deutschen Arbeiter befinden sich jetzt schon vielfach auf dem Marsch zum Achtstundentag. Auch im Buchdruckergerber kam es bald nach dem verlorenen Streik vielfach zur Einführung des Neunstundentages.

Von geschichtlicher Bedeutung war aber auch die Art des Kampfes im Buchdruckergerber. Die Behörde kam den bedrängten Unternehmern in einer Weise zu Hilfe, die nicht ohne Einfluß auf den Streik selbst bleiben konnte. Der Rechtsbeistand des Unternehmerverbandes versuchte den Beweis zu erbringen, daß der Streik statutenwidrig sei und daß die Behörde zu einer Beschlagnahme der Zentralinvalidenkasse kommen müsse, da sie als streikbares Gut nicht für Streikzwecke angegriffen werden dürfe. Der Berliner Polizeipräsident zeigte Verständnis für diese juristische Auslegung. Er verbot auftragsgemäß dem Verbandsvorstand das weitere Ausschütten von Streikunterstützung aus Organisationsmitteln, das Ausschreiben von Extrabeiträgen, ja, er forderte sogar die Annahme der Beiträge von den stehengebliebenen Mitgliedern (Streikbrechern) und er verlangte endlich weitgehende Statutenänderungen. Unter den Streikenden riefen diese behördlichen Eingriffe in das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter helle Entrüstung hervor. In zahlreichen Versammlungen trat der entschiedene Wille zutage, auszuhalten, auch bei geringerer Unterstützung, die zu zahlen wohl noch möglich gewesen wäre, da von den anderen deutschen Gewerkschaften Mittel hergegeben wurden und auch aus dem Ausland Unterstützungen eingingen.

Die Bemühungen des damaligen preussischen Handelsministers v. Berlepsch, eine Vermittelung der Parteien herbeizuführen, zerschlugen sich, weil die Unternehmer die bedingungslose Aufnahme der Arbeit forderten. Am 10. Januar kam dann eine Gauhörerkonferenz in Gemeinschaft mit dem Verbandsvorstand zu der Erkenntnis, daß die obwaltenden Umstände wie der eingetretene Geldmangel eine Fortsetzung des Streiks nicht mehr angezeigt erscheinen lassen.

Am nächsten Tage hatten zwei Konferenzteilnehmer eine längere Unterredung mit dem Prinzipalvorsitzenden; zum 13. Januar wurde eine Konferenz von fünf Vertretern der Parteien angefaßt, in der die Gehilfenvertreter ihr letztes Angebot von den Tarifverhandlungen im Oktober wiederholten: neunzehnhalfstündige Arbeitszeit, 5 Proz. Lohnerhöhung und eine mäßige Verbesserung der Sozialzuschläge. Die Prinzipalvertreter aber waren im Bewußtsein ihres Sieges zu keinerlei Zugeständnissen bereit. Sie forderten die Beendigung des Streiks in ganz Deutschland, die Wiederaufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen und Festhalten an der Tarifgemeinschaft. Die Gehilfenvertreter konnten sich auf diese „Friedensbedingungen“ nicht einlassen. Schließlich kam am 16. Januar ein Abkommen zwischen einem Vertreter der Prinzipal- und der Gehilfenorganisation zustande, das sich im wesentlichen im Rahmen der von den Prinzipalen vorher gestellten Bedingungen hielt. Somit waren in diesem hartnäckigen Kampf eigentlich die Gehilfen die Unterlegenen. Von den 10000 Ausständigen blieben zunächst mindestens 3700 ohne Arbeit. Es bestand zwar kein offizieller Aussperrungsbeschuß, die Aussperrung als Folge des Streiks war aber faktisch da. Schwarze Listen (bis zu einjähriger Verbannung vom Orte) wurden eine geübte Erscheinung, ebenso Reversé zum Austritt aus der Organisation.

Für damalige Begriffe hatte der Kampf ganz ungeheure Opfer gefordert. 2 1/2 Millionen Mark hatte dieser Kampf der Gehilfenorganisation gekostet. Der Verlust der Prinzipale war aber sicher noch ein erheblich größerer. Doch die Gehilfenorganisation, die bei Beginn des Kampfes schon als die stärkste und bestfundierteste Gewerkschaft Deutschlands galt, erhob sich von diesem Schlag sehr bald, die Mitglieder blieben der Organisation treu, die geringe organisatorische Abplattung sank bald zu einem Miniaturgebilde neben dem großen Verband herab, die Verbandskasse füllte sich dank der Opferwilligkeit und der hohen Beiträge, die von den Mitgliedern gezahlt wurden.

Seit diesem großen Kampf ist es im Buchdruckergerber zu größeren Ausständen nicht mehr gekommen. Auf beiden Seiten ist mit den Jahren die Erkenntnis gereift, daß durch die Befestigung des Tarifvertrages die sicherste Gewähr für geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen im Gewerbe geschaffen wird. Wie die Buchdrucker als Vorkämpfer für den Neunstundentag gelten, so geben sie auch mit ihren sonstigen gewerkschaftlichen Einrichtungen und mit ihrem Tarifvertragswesen das Vorbild für die deutschen Gewerkschaften. Ihrer tatkräftigen Gewerkschaftsarbeit sei an diesen Tagen ehrend gedacht.

Berlin und Umgegend.

Wo bleibt die Erwerbslosenfürsorge für das Schneidergewerbe in den Vororten?

In Verfolg des Bundesratsbeschlusses vom 13. April 1916 und des Erlasses des Ministers des Innern vom 6. Mai 1916 ist für die Dauer der Kriegszeit in Berlin und Neukölln eine Kriegsfrist für Erwerbslose Angehörige des Schneidergewerbes errichtet worden. Die Erwerbslosigkeit muß auf behördliche Maßnahmen zurückzuführen sein. Als solche sind Angehörige des Schneidergewerbes anzusehen, die infolge der Beschlagnahme der Stoffe, der Verkürzung der Arbeitszeit gemäß der Verordnung vom 4. April 1916 oder der Verordnung wegen der Bezugspflicht teilweise oder ganz ohne Arbeit bleiben. Die Erwerbslosenfürsorge der Stadt

Berlin sowie die in Neukölln besteht sich indes nur auf jene Angehörige des Schneidergewerbes, die in Berlin oder Neukölln wohnen. Eine Reihe anderer Vorortgemeinden zählen ebenfalls zahlreiche Angehörige des Schneidergewerbes zu ihren Einwohnern; für diese ist bisher hinsichtlich der Erwerbslosenfürsorge noch nichts geschehen.

Bei den Verhandlungen, die der Magistrat der Stadt Berlin mit Vertretern der Arbeiter und Unternehmer führte, wurde erklärt, daß die Vorortgemeinden die Erwerbslosenfürsorge auf gleicher Grundlage wie Berlin einführen würden. Nach Inkrafttreten der Fürsorge in Berlin wandte sich der Schneiderverband an die Vorortgemeinden mit der Anfrage, ob und in welcher Form eine Unterstützung für die Angehörigen des Schneidergewerbes, die infolge der Maßnahmen der Regierung ganz oder teilweise erwerbslos würden, vorgeesehen sei. Hierauf haben die Gemeinden Berlin-Schöneberg, Neukölln, Berlin-Lichtenberg und Berlin-Randow dem Sinne nach geantwortet, daß eine besondere Kriegsfrist für das Schneidergewerbe zurzeit noch nicht bestehe, aber sobald die bei der Gemeindebehörde Berlin zur Beratung stehende Fürsorge in Kraft getreten sei, würden auch sie voraussichtlich dieselben Grundzüge zur Einführung bringen. Nur Berlin-Neukölln erklärte, daß außer der allgemeinen Erwerbslosenfürsorge eine besondere für das Schneidergewerbe nicht bestehe.

In Berlin und seinen Vororten werden in Friedenszeiten etwa 20000 männliche und 130000 weibliche Arbeitskräfte in der Bekleidungs- und Wäscheindustrie beschäftigt. Infolge der Einberufungen zum Heeresdienst ist die Zahl der männlichen Arbeitskräfte erheblich zurückgegangen. Soweit weibliche Arbeitskräfte in anderen Industrien Beschäftigung finden konnten, haben sie diese angenommen, jedoch werden auch heute noch mehrere Zehntausende in der Bekleidungs- und Wäscheindustrie beschäftigt. Alle heute noch in diesen Gewerben Beschäftigten werden naturgemäß durch die behördlichen Maßnahmen in ihrem Erwerb beeinträchtigt. Soweit die Verordnung vom 4. April 1916 in Frage kommt, ist die Arbeitslosigkeit für Werkstattdarbeiter auf 40 Stunden die Woche und für Heimarbeiter oder Hausgewerbetreibende auf 70 der früheren Arbeitsmenge beschränkt. Hierin liegt eine so erhebliche Beeinträchtigung des Einkommens, die allein schon eine Unterstützung rechtfertigen würde. Außer der Verordnung vom 4. April 1916 ist aber später die Verordnung wegen der Bezugspflicht für Bekleidungsgegenstände auf alle Bevölkerungsschichten ausgedehnt worden, und hat hierdurch die Beschäftigungsmöglichkeit ganz allgemein eine weitere erhebliche Einbuße erlitten. In diesen Verhältnissen wird auch durch das Hilfsdienstgesetz nichts geändert. Die bereits erwähnte ist, daß schon eine Abwanderung von Angehörigen der Bekleidungsindustrie nach anderen Industrien in erheblichem Umfange stattgefunden.

Es kommen daher nicht mehr große Zahlen in Frage, um die etwa die vorhandenen Arbeitskräfte noch vermindert werden können. Dabei ist besonders zu beachten, daß durch das Hilfsdienstgesetz nur männliche Personen betroffen werden und weibliche sich freiwillig melden können. Soweit sich bisher weibliche Personen gemeldet haben, ist auch schon ein Lebensangebot zu verzeichnen. Es bleibt mithin noch wie vor für die Bekleidungsindustrie ein Arbeitsmangel bestehen.

Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung ist daher eine zwingende Notwendigkeit für alle Groß-Berliner Gemeinden. Gegenwärtig liegen die Dinge so, daß die Gewährung der Unterstützung in einzelnen Betrieben einem Teil der Arbeiter gewährt wird, einem anderen nicht, je nachdem wo der Betreffende zufällig wohnt. Es wird nicht gesagt werden können, daß wenn eine Arbeiterin in Lichtenberg oder Randow, Charlottenburg oder Schöneberg wohnt, sie im Vergleich zu der Berliner oder Neuköllner Arbeiterin auf die Unterstützung verzichten kann. Da der Gemeindebeschuß der Stadt Berlin bereits seit Monaten heraus und die Zahlung der Unterstützung in vollem Maße ist, so dürften auch die übrigen Groß-Berliner Gemeinden von dem Inhalt des Beschlusses unterrichtet und in der Lage sein, den Beschuß durchzuführen. Die gegenwärtigen Verhältnisse rechtfertigen es daher, wenn die in der Bekleidungsindustrie Beschäftigten auf eine schnelle Erledigung dieser Angelegenheit dringen.

Erhöhte Teuerungszulagen für die Albm-, Mappen- und Galanteriewarenarbeiter und Arbeiterinnen.

Die seit August v. J. fortgesetzten Bemühungen der Verwaltung des Schuhbinderverbandes, die Unternehmer zu veranlassen die im März 1916 bewilligte zehnprozentige Teuerungszulage wegen der täglich steigenden Teuerung zu erhöhen, sind endlich von Erfolg gewesen. Die Unternehmer beschloßen in einer Versammlung, ab 15. Januar 1917 weitere 10 Proz. Teuerungszulage allen Zeißlohm-, Afford- und Heimarbeitern zu gewähren. Die erhöhte Teuerungszulage kommt demnach erstmalig am Sonnabend, den 20. Januar, zur Auszahlung und ersuchen wir unsere Kollegen und Kolleginnen, auf die Durchsicht zu achten. Diejenigen Unternehmer, die diesem Beschuß nicht nachkommen, sind der Ortsverwaltung zu melden.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Schuhbinderverbandes
Engelauer 15.

Aus der Partei.

Die Stadtratswahl in Elbing.

Die Bestätigung unseres Genossen Grabowski als Stadtrat in Elbing ist nunmehr von der Regierung erfolgt. Bei der Einführung in sein Amt sagte der Oberbürgermeister Dr. Mertens:

Es ist das erste Mal, daß in Elbing, ja in ganz Westpreußen und wohl überhaupt im deutschen Osten ein Mitglied der Arbeiterpartei in den Magistrat einer Stadt als vollberechtigtes Mitglied einzieht. Ich kann mir wohl denken, daß Ihre Parteifreunde besonders stolz darauf sind, daß Elbing in dieser Beziehung vorgeht. Ihre Parteifreunde werden dieses Ereignis als einen besonderen Markstein in der Geschichte der Partei bezeichnen. Die Stadtvorordneten, die Ihnen ihre Stimme gegeben haben, werden dies aus dem Bewußtsein heraus getan haben, dem sozialen Frieden unserer Stadt zu dienen und dem Geiste der Verbündlichkeit, der das besondere Kennzeichen dieser großen Zeit ist, auch in unserer Stadt Rechnung tragen zu wollen.

Der Oberbürgermeister Dr. Mertens wird sich wohl darüber nicht täuschen, daß Gegensätze, die dem Wesen der Gesellschaft selbst entspringen, durch die Betätigung von Stadträten nicht beseitigt werden können. Wohl aber können die Formen des notwendigen Kampfes gemildert werden, wenn die sozialistische gesinteten Arbeiter und ihre Vertreter als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden. In diesem Sinne begrüßen auch wir Vorgänge wie den von Elbing.

Soziales.

Großstadtwohnungen und Kleinhausneubau in ihrer Einwirkung auf die Volksgesundheit.

Die drei wichtigsten Fragen für die Zukunft unseres Volkes sind die Gebung der gesunkenen Geburtsziffer, die Verminderung der Sterblichkeitsziffer, namentlich der der Säuglingssterblichkeit und die Verbesserung der körperlichen Leistungsfähigkeit. Vielfach wird angenommen, daß der Lösung dieser Fragen im günstigen Sinne die Großstadtwohnungen, besonders die Kleinkasernen hindernd im Wege ständen, und daß das einzige Abwehrmittel die Kleinhausneubau und die Gartenstadt seien. Diese Anschauungen beleuchtet der Direktor des hygienischen Instituts der Universität Berlin, Professor Dr. med. Klügge, in seiner bei Fischer in Jena erschienenen Schrift: „Großstadtwohnungen und Kleinhausneubau“ eingehend. Er kommt zu dem Ergebnis, daß für die schlechten Wohnungsverhältnisse der Kleinkasernen nicht die Bauart, sondern namentlich die Überfüllung der Wohnungen verantwortlich zu machen seien, und daß die Wohnungsverhältnisse auf die Gebung der Geburtsziffer und die Verminderung der Sterblichkeit nur geringen Einfluß ausüben. Die Statistik zeige, daß die Säuglingssterblichkeit, die früher in den Städten größer war wie auf dem Lande, jetzt, vermöge der besseren gesundheitlichen Einrichtungen in den Städten, der dort vorhandenen besseren Bekleidung über Behandlung der Säuglinge in den Städten und namentlich in den Großstädten geringer geworden ist wie auf dem Lande. Dagegen spielen die Wohnungsverhältnisse bei der körperlichen Leistungsfähigkeit eine große Rolle. Dabei aber sei es nicht der Zustand im Innern der Einzelwohnung und die Wohnhöhe, die so ungünstig auf die gesundheitlichen Verhältnisse einwirkte, als vielmehr der fehlende Aufenthalt im Freien. Die Luft und das Licht im Freien seien von wesentlichem Einfluß auf die Gesundheitsverhältnisse der Menschen, namentlich der heranwachsenden Jugend. Die Wohnungsverbesserung in der Kleinkasernen auf die Kleinhausneubau mit Garten spielt unter den gesundheitlichen Reformen mit die wichtigste Rolle.

Das Klüggesche Buch bietet ungemein viel Interessantes und regt zum Nachdenken über wichtige Fragen unseres Volkslebens an. Es verdient die weiteste Verbreitung.

Lazarettspflege Kriegsbeschädigter.

In Nr. 8 des „Vorwärts“ berichteten wir von zwei Entscheidungen des Reichsversicherungsamts, in denen die Frage, ob bei Lazarettbehandlung Kriegsbeschädigter des Anspruchs auf die Leistungen auf Grund der Reichsversicherungsordnung — Krankengeld und Invalidenrente — als gegeben zu erachten sein, weil die von dem Reichsversicherungsamt verlangte Prüfung der Frage nach der Erwerbsunfähigkeit sicher meistens zu einem den Kriegsbeschädigten günstigen Ergebnis führen werden.

Zu einer höchst befremdenden Rechtsauslegung kam nun aber kürzlich eine Landesversicherungsanstalt, wonach auch einem zweifellos gänzlich invaliden Kriegsbeschädigten der Anspruch auf die Invalidenrente während der Lazarettbehandlung vom Versicherungsträger abgelehnt werden könnte. Es handelte sich um einen Kriegsteilnehmer, der infolge eines Kopfschusses die Sehstärke auf beiden Augen verloren hatte. Die Landesversicherungsanstalt versagte ihm für die Dauer der Lazarettbehandlung die Invalidenrente, wobei sie sich auf § 1271 der Reichsversicherungsordnung berief, nach dem eine Invalidenrente „für die Dauer des Heilverfahrens ganz oder teilweise verweigert werden“ kann, und macht geltend, daß ein von der Heeresverwaltung eingeleitetes Heilverfahren einem von der Versicherungsanstalt durchgeführten gleichzusetzen sei.

Das Oberversicherungsamt beurteilte aber die Versicherungsanstalt, die Rente auch für die Zeit der Lazarettspflege zu zahlen, und das Reichsversicherungsamt wies die hiergegen eingelegte Revision zurück. Der Standpunkt der Landesversicherungsanstalt, so führte das Reichsversicherungsamt aus, lasse sich schon mit Rücksicht auf den Vorkaus und den inneren Zusammenhang der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über das Heilverfahren (§§ 1269 bis 1273) nicht vertreten. Es wäre auch unbillig, den Versicherten, die durch die vor der Einberufung zum Militärdienste geleisteten Beiträge ein Anrecht auf die Leistungen der Versicherungsträger erworben haben, diese vorzuenthalten. Es entspricht auch nicht der Absicht des Gesetzgebers, neben einer anderweitigen Versorgung, die der Versicherte durch seine Dienste für Reich, Staat oder Gemeinde erworben hat, die Leistungen der Invalidenversicherung auszusprechen.

Berichtszeitung.

Befriedigender Kettenhandel. Der Händler Otto Jinn in der Mägner Str. 14 hatte durch das Angebot billigen Schinens zum Preise von 1,80 M. für das Pfund viele Hausfrauen zum Kauf verleitet. Bei der Polizei liefen dann aber zahlreiche Beschwerden über die Ungenügsamkeit des Schinens ein und gaben zu einer Untersuchung durch den Polizeiarzt Veranlassung. Als dieser die zinnische Wohnung betrat, wehte ihm ein herabzuwiesender Geruch entgegen, der von den in einem Hinterzimmer liegenden Schinenvorräten ausging. Das gesamte Lager im Gesamtwert von etwa 1000 Kilogramm wurde beschlagnahmt und es stellte sich heraus, daß der Schinken zur menschlichen Nahrung völlig unbrauchbar und geeignet war, die Gesundheit zu schädigen. Er stammte von einem Händler Bloog in Hamburg, der ihn zum Preise von 85 Pf. pro Pfund von einem Landwirt erworben hatte, der dafür besorgt war, daß er verdorbene Fleischkonserven als Düngemittel verkaufte. Bloog verkaufte ihn für 1 M. an einen Händler Müller in Hamburg und von diesem erlangte der Berliner Händler Ernst Kresse die Ware zum Preise von 1,80 M. und zwar als „Schwarte“, d. h. solche, die um den Knochen herum einen kleinen Stuch hat, nach Ausschneidung der anhängigen Stiele aber noch zum Genuß geeignet ist. Von Kresse ging der Schinken weiter an Jinn, wo er dann seinem Schicksal verfiel. Gegen die weiteren Kettenhändler wurde Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelegesetz erhoben. Das Schöffengericht verurteilte sie zu je sechs Wochen Gefängnis. Gegen dieses Urteil war Berufung eingelegt worden, die Mittwoch von der 5. Strafkammer des Landgerichts I verworfen wurde.

Eingegangene Druckschriften.

- Jahrbuch für Holzarbeiter. Heft 1 des 12. Jahrgangs. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband. Viertel. 1,20 M. Selbstverlag des Verbandes in Berlin SO 16.
- Internationale Rundschau. Heft 16. Preis 50 Pf. Verlag Karl Junfermann, Berlin.
- Sozialistische Monatshefte. 1. Heft. 23. Jahrgang. Alle 14 Tage ein Heft. 60 Pf. Selbstverlag, Berlin W. 35.
- Die Bundesratsverordnungen über Brotgetreide und Mehl, Hülsenfrüchte, Buchweizen und Gerste, Grünkern, Hafer, Kraftfuttermittel und zuderhaltige Futtermittel, die dazu gehörigen Höchstpreisverordnungen sowie Nebenverordnungen für 1916. Teil 2. Von Dr. Herbert Dorn. Preis geb. 5 M. Verlag Franz Vahlen, Berlin W. 9.
- Illustrierte Geschichte des Weltkrieges 1914/16. Heft 112-119. Jede Woche ein Heft. 25 Pf. Union, Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart.
- Die Welt des Islam. Länder und Menschen, von Maxime Rodinson. Von Dr. H. V. Schulz. Kart. 2,80 M., geb. 3,50 M. Kolben-Verlag, München-Pasing.
- Blumensprache. Volksmärchen aus dem Walliser Bergen. Von Johannes Begerle. Geb. 5,30 Pf. Verlag Frobenius u. G. Basel.
- Die Rumpfhanni. Roman von Lena Christ. Geb. 4 M., in Leinen geb. 6 M. Verlag Albert Langen, München.
- Die Reichsbahn. Ein offenes Wort über Eisenbahn, Staat und Reichsfinanz. Von Dr. jur. Hermann Kirchhoff. Preis 1,50 M. Verlag Greiner u. Pfeiffer, Stuttgart.
- Arbeiterjugend. Die letzten erschienenen Nr. 1 des neunten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Der Kampf um den Sozialismus — Schattenspiele. Von Max Borchel. — Blumen unter dem Schnee. Von Heinz Weizen. — Wie der Telegraph schreibt. (Mit Abbildungen). — Till Wenzel und Lamm Gockel. Von Bernhard Dünkel. — Die Segner an der Arbeit. — Aus der Jugendbewegung. — Ausbild. Gedicht von 2 Lesern.
- Was will das werden. Von Karl Scheffer. Ein Tagebuch im Kriege. Geb. 3,50 M., in Pappband 5 M. Insel-Verlag, Leipzig.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Inserate: Ed. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Abgeordnetenhaus.

51. Sitzung, Donnerstag, den 18. Januar 1917, 11 1/4 Uhr.

Am Ministerische: Lenzke, v. Breitenbach, v. Loebell, Sydow.

Die erste Lesung des Etats.

Abg. Dr. v. Heydebrand (konf.):

Zunächst einige Worte zum Etat. Erfreulich ist, daß aus den Steuerzuschlägen des Jahres 1916 ein Teil des Defizits gedeckt werden konnte. Gegen eine weitere Erhöhung der direkten Steuern bestehen ernste Bedenken. Unser Finanzwesen ist auf gesunden Grundlagern aufgebaut, und wir können ruhig in die Zukunft schauen. Anerkennung verdient, daß für den Wiederaufbau Ostpreußens bisher fast 700 Millionen aufgewendet werden konnten. Rußland liefert die weggeführten Ostpreußen noch immer nicht aus, die Armen sind weiter schutzlos dem Elend preisgegeben. Möge den Russen gegenüber endlich von der Reichsregierung eine Sprache angeschlagen werden, wie jetzt gegenüber den Franzosen. (Beifall.) Mit den Waffen können unsere Feinde uns nicht besorgen, und so hoffen sie, daß Mangel und Not, Hunger, Krankheiten und Unreinlichkeit schließlich die Kräfte unserer Soldaten lähmen werden. Auch diese Hoffnung muß zerschanden werden. (Beifall.) Deshalb ein

offenes Wort an die ländliche Bevölkerung.

Sie hat es gewiß schwer bei dem Mangel an Arbeitskräften und angesichts mancher Verordnungen, die nicht das Nützlichste trifft. Trotzdem muß sie mehr leisten als bisher, sie muß mehr Opfer bringen als ihr vorgeschrieben sind. Jetzt gilt es, die Probe auf das Exempel zu machen, daß wir alle ein Volk von Brüdern sind. (Beifall.) Das Bewußtsein von der Not dieser schweren Zeit ist noch nicht in alle Teile der ländlichen Bevölkerung gedrungen. Man sollte die Antwort, die die Entente dem Präsidenten Wilson gegeben hat, allgemein anschlagen, damit man auf dem Lande überall erkenne, was und bedarft, wenn dieser Krieg verloren wird. (Sehr gut!) Die Landwirtschaft muß beweisen, daß sie leisten kann, was sie versprochen hat, als sie Schutz und Förderung von den anderen Ständen verlangte. (Sehr gut!) Auch die städtische Bevölkerung leidet schwer. Es ist ein trauriger Anblick, sehen zu müssen, wie Frauen nach ein paar Kartoffeln stehen und wie die städtische Bevölkerung

für die einfachsten Lebensbedürfnisse geradezu unerschwingliche Preise

zahlen muß. Es ist menschlich verständlich, wenn die Städte aus Unkenntnis dafür das Land verantwortlich machen. Jeder, der das Land kennt, weiß, daß das nicht richtig ist. Unsere Frauen müssen mehr als bisher leiden lernen ohne zu klagen. Was wir haben, ist wenig, aber das Wenige muß so eingeteilt werden, daß jeder etwas hat und daß wir durchkommen können.

Rußland hat uns das verfloßene Jahr ganz Gewaltiges gebracht. Denken wir an die furchtbaren Angriffe, denen unsere Kämpfer an der Somme ausgesetzt waren. Denken wir an die Kriesskämpfe bei Verdun und an den glänzenden Siegeszug unserer Truppen durch Rumänien, den man wohl als das ursprüngliche Welt Hindenburgs bezeichnen darf. (Beifall.) Denken wir an die glänzende Seeschlacht am Skagerrak und an die Leistung unserer U-Boote. Dann kann kein Dank innig und groß genug sein. Unsere Soldaten brauchen nicht mit dem Gefühl beunruhigt zu sein, daß sie für Vaterland, Familie und Dasein kämpfen. Das wird ihnen weitere Kraft geben. Aber wir wollen uns keiner Täuschung hingeben. Wenn man die Nachrichten liest, die trotz der Kriegslage

unsere Feinde

uns und Wilson gegeben haben, so muß man gewiß sagen, es ist furchtlich, obwohl man in gewissem Sinne eigentlich dankbar dafür sein muß, daß sie die Waage haben fallen lassen. (Sehr richtig!) Aber wir wollen uns nicht verhehlen, daß die andere Seite noch eine gewaltige Kraftanstrengung machen wird, die uns vor gewaltigen Proben stellen wird. Zwar hat man gegenüber den Prophezeien der Gegenseite manchmal das Gefühl, daß die Kinder, die im Dunkel gekommen sind, ein lautes Lied singen. Aber die feindlichen Regierungen, die die Verantwortung tragen, sind noch am Ruder und müssen wie ein Spieler, der verliert, alles auf die letzte Karte setzen. Die Worte, die der Kaiser in dem Aufruf an das Heer und an das Volk gesprochen hat, müssen dauernd in der Bevölkerung festgehalten werden. (Beifall.) Das preussische Volk steht hinter seinem König wie ein Mann und wird ihm folgen auf dem Wege zum Kampf und Sieg. (Lebhaft Beifall.) Wir danken ihm, daß er in seinem Appell die Gerechtigkeit unserer Sache betont hat. Das war nicht überflüssig. Jetzt, wo wir die ganze Vorgeschichte des Krieges kennen, ist es von den Engländern eine Privatheit ohnehin, wenn sie, die seit Jahrzehnten den Krieg vorbereitet haben, sagen, sie kämpfen für Freiheit und Gerechtigkeit. Einigkeit im Innern tut uns not, deshalb will ich innerpolitische Fragen nicht erörtern. Jetzt kommt es nicht darauf an, Zukunftsideen auszumalen, von denen doch kein Mensch weiß, wie sie sich früher entfalten werden, und die letzten Endes dazu führen, daß die Gemüter erregt werden. Die Stunde braucht ein einiges Volk, wo ein Mann zum anderen steht. (Sehr richtig!) (Zuruf des Abg. Dr. Hoffmann: Wohlergehen! — Gegenrufe rechts: Das ist die Höhe!) Wenn wir den Sieg errichten wollen, dann ist es unbedingt erforderlich, auch die Waffen anzuwenden, die uns unserem feindlichen und hartnäckigen Gegner, England gegenüber, die Möglichkeit geben, den Sieg wirklich zu gewinnen. (Lebhaft Beifall.) Das muß ausgesprochen werden, länger darüber zu schwärmen ist unmöglich. Wenn unsere militärischen Instanzen, die oberste Heeresleitung und der Kaiser, es für angebracht und zeitgemäß erachten, von dem

uneingeschränkten U-Bootkrieg

den erforderlichen Gebrauch zu machen, dann wird das deutsche und preussische Volk bereit sein, die Folgen zu tragen. (Stürmischer Beifall.) — Abg. Dr. Hoffmann: Wer gibt Ihnen das Recht, das zu sagen? (Erneuter lebhafter Beifall.) — Abg. Hoffmann ruft mehrmals: Das ist der helle Wahnsinn! — Nach jedem Zwischenruf hebt der Beifall ein so stark ein. Zuruf rechts: Straßensänger! Die Zurufe des Abg. Hoffmann stören mich nicht. Dieser Ton entspricht nicht der Lage, in der wir uns gegenwärtig befinden. Wir wollen siegen. Das ist die Voraussetzung für alles, was wir nach dem Kriege zu erreichen hoffen. Wenn man meint, es werde noch so bleiben, wie es vorher war, und jedes Land habe seine eigenen Kosten zu tragen, so ist das ein ganz gewaltiger Irrtum. Wir müssen verlangen, daß wir an unseren Grenzen anders als bisher geschützt sind. Wir können es uns nicht zum zweitenmal leisten, daß wir in der Weise überfallen werden, wie es geschehen ist. Die Schadensersatzung, die unsere Gegner begehren, müssen wir verlangen. (Lebhafter Beifall.) Wir müssen fordern, daß unser Volkleben wieder so hergestellt werden kann, wie es vor dem Ueberfall gewesen ist, sonst hängen wir angesichts der angesetzten Vermehrung von Verhältnissen, die unsere ganze Zukunft in Frage stellen. Darum werden auch wir

Garantien verlangen,

wie sie jetzt unsere Gegner fordern, und zwar nicht bloß für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. (Beifall.) Wir wollen ein Volk bleiben, das in der Welt seine Bedeutung hat. Was für

Unterlagen notwendig sind, wird sich entscheiden, wenn wir gesiegt haben. (Beifall.) Was uns im laufenden Jahre noch an Schwerem bevorsteht, weiß Gott allein, wir aber wollen alle unsere Pflicht tun. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Herold (Z.):

fordert Unterstützung für das Handwerk, den Kleinhandel, überhaupt für den Mittelstand. Die Landwirtschaft hat großes in diesem Kriege geleistet. (Beifall rechts.) Ein gerechter Ausgleich zwischen den Interessen der Verbraucher und Erzeuger muß gesucht und gefunden werden. Wir haben im Bewußtsein unserer Stärke die Friedenshand ausgestreckt. Nach der Ablehnung durch unsere Gegner heißt es, alle Mittel zu Lande und in der Luft, auf und unter dem Wasser auszunutzen. Unsere U-Boote können noch viel mehr leisten. (Zustimmung rechts und in der Mitte.) Wann dies geschehen soll, überlassen wir der Einsicht unserer Heeresleitung. Wir halten durch bis zum siegreichen Ende. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff (rtl.):

fordert die Regierung auf, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß unsere Gefangenen menschenwürdig behandelt werden. Zur polnischen Frage sagt er: Die Erklärung des Führers der polnischen Fraktion hat allgemein enttäuscht. Das Wichtigste ist hier eine Verständigung mit der katholischen Kirche über den Religionsunterricht. Der polnische Klerus hat sich während des Krieges durchaus ruhig und loyal verhalten. Wir müssen versuchen, ihn dauernd von der großpolnischen Bewegung loszulösen. Das liegt auch im Interesse des konfessionellen Friedens. Ihn brauchen wir, um angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten nach dem Kriege innere Reibungsflächen nach Möglichkeit zu beseitigen. Wir haben volles Verständnis für die Entrüstung der Katholiken über die unzulässige Lage des Papstes. Aus konfessionellen Gründen soll niemand zurückgesetzt werden. Auch wir sind bereit, an der

Reform des preussischen Wahlrechts

mitzuarbeiten, wenn die Regierung eine solche Vorlage bringt. (Zuruf links: Bona!) Wir müssen versuchen, einen Ausgleich und eine Verständigung zwischen den Parteien zu erzielen, die auf dem Boden des abgestuften Wahlrechts stehen. Wird eine Vorlage gemacht, dann darf die Wahlreform jedenfalls nicht wieder unter den Tisch fallen. Die Stellung des Herrenhauses muß gewahrt bleiben. Die Lösung der Ernährungsfrage haben wir grundsätzlich beim falschen Ende angefaßt. Will man die Produktion heben, muß man hohe Preise zahlen. Freilich gibt es da eine Grenze. Das Wort Votocis, der Preis für eine Gans müsse erst auf 300 R. steigen, ehe eingegriffen würde, bedeutet geradezu eine Bräuterei auf die verbötenen Verhältnisse von Braterei. (Sehr richtig!) — Nun zu den Kriegsziele. Wir müssen das Vertrauen zur Obersten Heeresleitung haben, daß sie unüberwindlich und nicht auf Rücksichten auf Wünsche, die jenseits der Grenze des Erreichbaren liegen, Kriegsziele aufstellt. (Sehr gut!) Und daß, wenn einmal der Frieden geschlossen wird, die Frage eines

fürteren Deutschland

von ihr sachverständig gelöst werden wird. (Bravo!) Die Person, die heute an der Spitze der Obersten Heeresleitung steht, gibt uns dafür die Garantie. Unser Friedensangebot war eine große und stillische Tat. Es ist gut, daß es im Reichstag nicht zu einer Debatte darüber gekommen ist. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Wären dort weitergehende Kriegsziele aufgestellt worden, dann hätten wir der Entente die Ablehnung unserer Rate sehr leicht gemacht. (Erneute Zustimmung links und im Zentrum.) So aber hat sich die Entente vor der ganzen Welt ins Unrecht gesetzt. Die Nationalliberalen haben sich in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten gegen die Ausrichtung des Reichstags in dieser Frage gewandt. Nach der Reichsverfassung darf schließlich allein der Kaiser den Frieden. Wenn der Reichstagspräsident gefragt hat, er würde den Reichstag hören, so hat er damit natürlich die Zustimmung mit den Parteiführern gemeint. Viel wird dabei wohl nicht herauskommen, denn der Reichstag ist sich in diesen Fragen nicht einig. Scheidemann ist nicht das deutsche Volk, aber Beyer- mann und Graf Beckow sind es auch nicht. Die Zusagen, die im Anfang des Krieges gemacht sind, sind durch das Verhalten der Belgier vermischt. Das letzte amerikanische Wort im Volke nicht verstanden. (Sehr richtig! bei den Freikämpfern.) Es kommt heute nicht auf Reden an, sondern auf Taten. Das Volk sehnt sich nach Frieden. Gebt Gott, daß er bald kommt und ein dauernder Frieden sei. Möge dann der Geist der Barmherzigkeit und Verträglichkeit, der Achtung der Ueberzeugungen auch der politischen Gegner über den Arbeiten dieses Hauses walten. (Beifall.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz:

Es ist bemängelt worden, daß ich den Abg. v. Pappenheim wegen eines Zwischenrufes nicht zur Ordnung gerufen habe. Wenn der Abg. v. Heydebrand durch Unterbrechungen fortwährend gestört wird, so muß unwillkürlich eine Erregung entstehen. Dennoch ruhe ich nachträglich den Abg. v. Pappenheim zur Ordnung, ebenso aber den Abg. Hoffmann, der den gleichen Zuruf getan hat. Ich möchte dem Abg. Hoffmann und seinen engeren Freunden doch andeuten, zu erwägen, ob sie nicht dem ungeheuren Ernst der Stunde gebührend Rechnung tragen wollen, damit nicht im Ausland der falsche Eindruck erweckt wird, daß in unserem Volke Uneinigkeit besteht. (Lebhaft Bravo!)

Vizepräsident des Staatsministeriums v. Breitenbach:

Die Ablehnung unseres Friedensangebots durch die Entente hat auch in diesem Hause nur das eine Gefühl ausgelöst: nun Kampf für unser geliebtes Vaterland bis zum äußersten. (Beifall.) Wir kämpfen Waffen gegen Waffen, aber wir kämpfen auch gegen die furchtbaren Verbrechen der Feinde, gegen die Heuschrecken, mit denen sie den Erdball umspannen haben. (Sehr wahr!) Von dieser Kampfessart unserer Feinde haben sich die Laten unserer Armeen und unserer Flotte um so leuchtender ab. Wir heugen unser Haupt vor ihrem Heldentum und Opfermut. (Beifall.) Der Ernst und die Schwere des Krieges nötigt uns immer wieder zu der Ueberlegung: was kann geschehen, um Deutschland den Frieden zu bringen. Man hat nun die

Verhinderung des U-Bootkrieges

verlangt. Die Verantwortung hierfür liegt verfassungsrechtlich beim Reichskanzler, wo alle Fragen der hohen Politik zusammenlaufen. Im vorläufigen Interesse wäre es im höchsten Maße erwünscht, wenn von der Vollverbreitung des furchtbaren U-Bootkrieges die Politik des Reiches nach Möglichkeit unterbunden würde. In unserer inneren Gesetzmäßigkeit liegt ein außerordentlich wichtiger Faktor. Wer sich gedrungen fühlt, gegen die Politik des leitenden Staatsmannes Stellung zu nehmen und sein Ansehen nach außen zu erschüttern, der übernimmt vor dem Volke und der Geschichte eine außerordentlich schwere Verantwortung. (Sehr richtig! links.) Es kann auffällig erscheinen, daß ein Volk mitten im furchtbarsten Kampf der Weltgeschichte sich Ziele steckt für die Zeit nach dem Kriege. Ich sehe darin nicht ein Zeichen innerer Unruhe, sondern den Ausdruck des Vertrauens auf den erfolgreichen Ausgang des Krieges, den Ausblick auf eine glückliche und hoffnungsvolle Zukunft. (Bravo!) Die ungeheuren Ereignisse

dieses Weltkrieges werden an dem Ausbau und der Gestaltung unseres Staatswesens

nicht spurlos vorübergehen

können. Es wird sich immer nur um das Recht handeln, über das sich Regierung und Volkverbreitung zu verständigen haben werden und um den Zeitpunkt, der für die jeweiligen politischen Lage anpassen muß. Nicht etwa, daß unsere gesamten staatlichen Einrichtungen einer grundsätzlichen Veränderung bedürftig sind. Der Ausbau unseres Staatswesens ist so fest und stark, hat das Klären und Gebilden des Landes so gefördert, daß man an grundsätzliche Veränderungen nicht denken wird. Wenn Landtag und Regierung in diesem Sinne an die Reform der Gesetzgebung und Verwaltung herantreten, wenn volle Gleichberechtigung gewährt wird für alle geistigen Mitarbeiter an dem großen Friedenswerk, und wenn der reiche Quell der Volksträfte herausfließt und gefaßt wird, wo er sich zeigt, dann werden die furchtbaren Folgen der Weltkriestrophe gemildert werden. Heute aber leben wir nur der Gegenwart und müssen der Gegenwart leben. Wir verlangen vollste Anspannung aller physischen und moralischen Kräfte, äußerste Pflichterfüllung von jedem, um unserer Armeen zum endgültigen Siege zu verhelfen, auf den wir alle hoffen und den wir zuversichtlich erwarten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Friedberg (nail):

Der Abg. v. Kardorff hat uns hier eine Vorlesung über die Reichsverfassung gehalten. (Heiterkeit.) Wir halten es trotzdem für selbstverständlich, daß der Reichstag in der wichtigen Frage der Kriegsziele gehört wird.

Interessanter als der neue Finanzetat ist die Rechnung für das Jahr 1915. Damals hat der Finanzminister das Defizit auf 800 Millionen geschätzt, und darauf gründete sich seine Forderung von 100 Millionen neuer Steuern. Das Defizit war aber viel kleiner und auch nur ein vorübergehendes. Da die Schätzung erst abgegeben wurde, als das Staatsjahr sich bereits seinem Ende näherte, hätte sie nicht so sehr an der Wirklichkeit vorbeigreifen dürfen. Durch diese Art Finanzpolitik werden die im Lande vorhandenen Finanzquellen vorzeitig abgegraben. — Dem Minister v. Breitenbach kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß er dem Ausbau der Wasserstraßen zu wenig Interesse entgegengebracht hat. Offenlich geben die Herren der Rechten ihren Widerstand gegen diesen Ausbau angesichts der Verhältnisse, wie sie sich jetzt entwickelt haben, in Zukunft auf. — Welche vorbereitenden Schritte sind für die

„Neuorientierung“

unternommen? Das alte Klassenrecht hat vollständig abgewirtschaftet. (Sehr richtig! links.) Aus den Beratungen über die Verwaltungsreform ist nichts Erhebliches herausgekommen, während doch Reformen dringend nötig sind. — Der Dissidentenfrage sollte der Unterrichtsminister mehr Interesse entgegenbringen. Die Kinder dürfen nicht zum Unterricht in einer Religion gezwungen werden, wenn die Erziehungsbehörden das nicht wünschen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Finanzminister Dr. Lenzke:

Aus den Ausführungen des Korrespondenten kam der Vorwurf, daß wir bei der Einbringung der vorjährigen Steuerquelle fehlerhaft oder nicht ganz aufrichtig gehandelt hätten. Aber damals war der Ausgleichsplan ziemlich ausgezehrt, die Ausgaben ganz unklar, daher mußten wir Vorbehalte treffen. Die Bilanztransporte haben schließlich zu einem erfreulichen Abschluß bei den Staatsbahnlinien geführt.

Abg. Dr. Baumbach (Sp.):

Das Friedensangebot des Kaisers sowie der kaiserliche Aufruf nach der Ablehnung des Friedensangebots entsprechen der Lage der Dinge und der Stimmung des Volkes. Auch hier im Parlament hat niemand die Zweckmäßigkeit dieser Maßregeln in Zweifel gezogen. Nur draußen ist das ganz vereinzelt geschehen. Deshalb betonen auch wir, daß wir es für richtig hielten, der Welt zu sagen, daß wir zu einem Frieden bereit sind, der Ehre, Frieden und Entwicklungsfähigkeit sichert. Wenn draußen die Frage nach der Schuld am Beginn des Krieges, die nach unserer tiefsten Ueberzeugung schon jetzt vor der Geschichte steht, (Sehr gut! links) — noch unklar ist, so ist es doch offensichtlich, daß die Schuld an der Fortsetzung des Krieges allein in den Händen zugeschrieben ist. (Lebhafter Zustimmung.) Auch die Wirkung auf die Völker der feindlichen Staaten kann nicht ausbleiben. Es wird die Stunde kommen, wo sie gegen ihre Regierenden die flammende Anklage klären, warum sie damals die Friedenshand zurückgestoßen haben. (Lebhafter Beifall.) Man hat getadelt, daß die

Erörterung des Friedensangebots im Reichstag

verhindert wurde. Aber die Debatte ist damals nur vertagt worden, sie wird stattfinden. Damals galt es, Mißverständnisse im Ausland zu verhindern. So wurde ihnen jede Ausflucht für die Ablehnung genommen, die nun in ihrem ganzen nachten Unrecht dasteht. (Sehr gut!) Die Ablehnungsnot ist gewiß unerschämte, wie der Präsident meinte, sie ist aber auch das Richtige und tollste diplomatische Mittelstück seit langer Zeit. Man bekannte sich darin zu Erörterungsplänen, deren Entfaltung bei uns den höchsten Jörn werden und den feindlichen Entschluß kräftigen würde, sie zu verhindern zu können, die unsere Bundesgenossen nur noch weiter an uns scheitern müssen. Jetzt muß jedes Opfer gebracht werden. Da hat uns der

Appell des Herrn v. Heydebrand an die ländliche Kreise

sehr sympathisch berührt und wir unterschreiben auch, was er den Ländlern gesagt hat. — Unser Ziel kann nur ein sein: eine glückliche Wiedergutmachung der Verletzung des Völkerrechts und eine Wahrung gegen die Wiederkehr solcher ungeheurer Geschehnisse. (Sehr gut! links.) Dazu ist erforderlich eine bessere Sicherung unserer Grenzen und Freiheit zur Entfaltung unserer gesamten Volkskraft. (Bravo!) Die Frage der Anwendung der Landstimmte unterliegt der Entscheidung der militärischen und politischen Leitung, die dafür die Verantwortung haben. Eine Verschiebung der Verantwortlichkeiten wäre nach keiner Seite rätlich. (Sehr richtig! links.) Wir haben nun einmal kein parlamentarisches System, wenn auch die Verbindung zwischen der Regierung und der Volkverbreitung enger geworden ist. Eine einzelne Partei kann in dieser Frage unmöglich eine Verantwortung übernehmen, noch weniger eine Volkversammlung. (Sehr richtig! links.) Wir vertrauen darauf, daß die führenden Männer ihre Entscheidung in vollem Bewußtsein der Tragweite fällen werden. (Bravo!) Werden dann bestimmte Entschlüsse gefaßt, dann müssen Regierung und Volk eins sein. Leider ist nicht überall die gleiche Zurückhaltung geübt worden. Die U-Bootlogik hat sich vielfach zu einem persönlichen

Kampf gegen den Kanzler

zugelassen. (Sehr wahr! links.) Noch in den letzten Tagen ist durch das ganze Reich ein Furchtgefühl verbreitet worden, das die allerhöchsten Angriffe gegen die Regierung enthält. (Zuruf! hört! links.) Wer behauptet diese Agitation? Wir sind nicht eingeschümelet auf Personen. (Zuruf rechts: Ra! Ra!) Solange der leitende Staatsmann eine Politik treibt, die uns richtig erscheint, haben wir zu ihm. (Zuruf rechts: Ist das Patriotismus?) Wir verbitten uns solche Zurufe, womit man die Bitterkeit unserer Anschauungen im Zweifel setzt. (Bravo! links.) Ein Verstoß des Reichskanzlers ist es, daß er in dieser Zeit mit der Arbeiterklasse aller Richtungen Fühlung gesucht hat. Die Mühe hat sich wahrhaftig gelohnt. (Sehr richtig! links.) Wie hätte das Disziplin

Die Regel ohne enges Zusammenwirken mit der Arbeiterschaft aller Richtungen ins Leben treten können. (Sehr auf!)

Das Gesetz über die Fideikommiss und seine Einbringung bedeutet geradezu einen Bruch des Burgfriedens und ist auch ein Schlag gegen den Reichstag, der sich auf den gegenteiligen Standpunkt gestellt hat. Herr v. Seydewitz findet innerpolitische Erwägungen jetzt nicht am Platze, abgesehen natürlich von denen über die Fideikommiss. Demgegenüber stelle ich mit Genugtuung die Neuerung des Ministers v. Preussner fest, daß diese gemaltige Zeit am Ausbau unseres Staatswesens nicht spurlos vorübergehen könne. Die Stimmung kann nur gehoben werden, wenn man den Blick auf eine bessere nationale Zukunft richtet. Der Ruf politischer Rückständigkeit

hat uns in der Vergangenheit so manche Sympathien gekostet. (Vehemente Zustimmung links.) Eine Stärkung des Parlaments ist notwendig. Die „Kriegszeitung“ hat in der Einführung der Keinen Anfragen, in der Niederlegung der verschiedenen Reichstagsausschüsse eine parlamentarische Siegesallee erschaffen. Eine Hauptbedingung ist, daß das Parlament die Stimmung des Volkes widerspiegelt. In diesem Sinne muß das preussische Wahlrecht abgeändert werden. (Sehr wahr! links.) Wir erwarten, daß die Regierung in dieser wichtigsten Sachfrage im Reichstag auch nicht vor dem äußersten zurückbleibt. Die Reform sollte zweifach vor den nächsten allgemeinen Neuwahlen erfolgen; dazu kann die Legislaturperiode des Landtags verlängert werden, damit Zeit gewonnen wird, die Reform durchzuführen. — In einem wahrhaft konstitutionellen Leben gehört auch volle Parteilichkeit bei der Besetzung der Staatsämter. Das Wort von der freien Bahn für jeden Tüchtigen muß wirklich zur Anwendung kommen, damit nicht eine Aristokratie der Geburt, sondern eine Aristokratie des Geistes das Volk führt. Zur Neuorientierung gehört auch eine andere Behandlung der Arbeiterverbände. Und als letztes: der Reichsgedanke muß gestärkt werden. Von einem preussischen Partikularismus wollen wir nichts wissen, so sehr wir gute Preußen sind. Daß dies die Früchte aus der großen Zeit sein mögen, daß ein neues Preußen, ein neues Deutschland entsteht, nach außen hin, in Innern frei, ausgerüstet mit Macht und gewillt, unter dem Schutze dieser Macht der Friedens- und Kulturarbeit sich zu widmen, das ist die Hoffnung, das ist das Ziel. Wir holen aus dem letzten entscheidenden Schlag und wir harren aus bis zum vollen Sieg. (Lebh. Beifall links.) Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr (außerdem Anträge aus dem Hause). Schluß: 4 1/2 Uhr.

Brot-, Kartoffel- und Fettversorgung.

Ueberwindung der Milch- und Butterkrise?

In der Vereinigung für hausbürgerliche Bildung und Erziehung sprach Winterhaldenreiter von Braun über „Brot-, Kartoffel- und Fettversorgung als Gegenstände der Kriegswirtschaftlichen Regelung“. Er führte u. a. aus:

Brotsorte und Kartoffelbrot werden später einmal neben den Heidentaten unseres Heeres und den Großtaten von Industrie und Landwirtschaft als die Signatur dieses Weltkrieges vorleben. Daß die Brotsorte sich so gut durchzieht, lag zunächst daran, daß Brotgetreide, Mehl und Brot der zentralen Regelung am wichtigsten Gütern der Welt sind. Der Vorrat an Brotgetreide fällt nur einmal im Jahre bei der Ernte an. Die Haltbarkeit und die Transportfähigkeit des Getreides ist im allgemeinen gut. Die Feststellung der Ernterückstände war nicht leicht. Wir haben jetzt erfahren, daß die statistischen Angaben über die Anbauflächen im Frieden nicht richtig waren. Die Zahlen sind in Wirklichkeit erheblich niedriger. Noch unzuverlässiger sind die Schätzungen im Kriege. So kann es nicht wunder nehmen, daß die Angaben über das letzte Ernterückstand um über eine Million Tonnen auseinandergehen. Es ist deshalb für den 15. Februar 1917 die neue Bestandsaufnahme angelehrt worden. Durch die Regelung der Getreidewirtschaft ist es möglich geworden, den deutschen Getreidepreis auf einen Stand zu halten, der sich nicht wesentlich von den Friedenspreisen unterscheidet und bedeutend niedriger ist als der Weltpreis. Das ist ein Erfolg, der in der Öffentlichkeit viel zu wenig beachtet wird.

Beit größere Schwierigkeiten bietet die Bewirtschaftung der Kartoffel. Schon der Verbrauch weist große Schwankungen auf und schwankt in den südlichen Kreisen zwischen 200 Gramm und 800 Gramm pro Kopf und Tag; dazu kommt die lange Erntezeit, die sich vom Juli bis Oktober erstreckt und zu keinem Zeitpunkt den ganzen Vorrat übersehen läßt. Die Schätzungen ergeben nur grobe Zahlen, die ein sehr unsicherer Anhalt dafür sind, wieviel in den Kriegen und wieviel im Frühjahr vorhanden sein wird. So kam es, daß der erste Verteilungsplan auf Grund der ersten Schätzung falsch war und im Dezember eine neue Verteilung vorgenommen werden mußte. Die Lage der Kartoffel bietet manche Schwierigkeiten. Erdmännchen für den Winter ist die Frostempfindlichkeit der Kartoffel. In diesem Winter ist deshalb Vorsorge getroffen worden, die Kartoffeln in geschützten Wagen zu transportieren. Die letzte Ernte an Kartoffeln ist die schlechteste, die wir bisher statistisch erfaßt haben. Sie beträgt kaum die Hälfte der vorherigen. Die Bewirtschaftung der Kartoffeln ist zweifellos eine besonders schwierige Aufgabe unserer Kriegswirtschaft. Die staatliche Regelung kann nur ein Notbehelf sein, kein Ersatz für den freien Handel. Zudem ist sie nötig, um eine gleichmäßige Verteilung zu gewährleisten.

In der Bewirtschaftung der Getreide liegt die Schwierigkeit bei Butter und Milch. Der Vorrat ist sehr schwer zu berechnen, da er täglich neu erzeugt wird. Im Kriege hat nun die Milchmangelkrise ganz erheblich nachgelassen, da das Kraftfutter fehlt. Der Ertrag ist derartig, daß er alle Berechnungen über den Hausen weilt. Lediglich die Zahlen der Milchlieferung an die Kolonnen geben einigen Anhalt. Was in der bäuerlichen Bewirtschaftung erzeugt wird an Butter und Milch, entzieht sich jeder genauen Berechnung. Die rumänische Einfuhr wird hoffentlich eine Besserung der Milchproduktion bringen. Jedoch muß man sich damit abfinden, daß der Friedensstandpunkt dadurch nicht erreicht werden wird. Die schlimmste Zeit aber ist jetzt übermunden. Der tägliche Milchmangel wird sich jetzt, da das Frühjahr bevorsteht, zusehends steigern. Der Vortrager schloß mit der Erklärung, daß seine Ausführungen die Arbeit an den Maßnahmen der Regierung in die richtige Bahn lenken wollen. Daß alle diese Regelungen nach Friedensbegriffen unwirtschaftlich erscheinen, soll nicht bestritten werden.

Parteiveranstaltungen.

Zentralverein für Teltow-Seeow-Storkow-Charlottenburg.

Generalversammlung am Sonntag, den 21. Januar 1917, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal I). Tagesordnung: 1. Sitzungsbericht. 2. Das Hilfsdienstgesetz. Referent: Reichstagsabgeordneter Rob. Schmidt. 3. Der „Normals“-Kontingents. Referent: Landtagsabgeordneter Otto Braun. 4. Anträge. Zutritt haben nur mit Mandat verleierte Delegierte.

Mitgliederversammlung.

Sonntag, den 21. Januar, finden folgende Spiele statt: A. Reußhöl, Platz Reußhöl, Grenz-Wee, Schiedsrichter: Wilmersdorf I. Lindenwalde I—Lindenwalde, Platz Wilmersdorf, Schiedsrichter: Lindenwalde V. B. Rade 10—Sellen I, Platz Reindenberg-Lt. Rühlitz, Rade-Lunden, Schiedsrichter: Wilmersdorf I. Lindenwalde V—Krahl, Platz Lindenwalde, Schiedsrichter: Lindenwalde I. Wilmersdorf I—Lindenwalde III, Platz Wilmersdorf, Schiedsrichter: Lindenwalde V. C. Rade 1—Reußhöl II, Platz Reindenberg, Rade-Lunden, Schiedsrichter: Wilmersdorf II—Wilmersdorf II, Platz Wilmersdorf, Schiedsrichter: Lindenwalde V.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Nachruf. Dem Mitglebern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener Max Fromberg von der Firma Hermann, Postener Straße, am 6. Januar im Alter von 41 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Bezirksverwaltung.

Verband der Kuli- und Plizwarenarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.

Ortsverwaltung Berlin. Allen Mitglebern zur Nachricht, daß der Kollege Willi Steinberg verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Bezirksverwaltung findet am Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Aufseher-Kirchhofes in Wilmersdorf, Wilmersberger Straße, aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Dem Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser Paul Barth Odenarder Str. 6, am 16. d. M. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Bezirksverwaltung findet am Freitag, den 19. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Reimerei, Halle des Lazarus-Kirchhofes in Reindenberg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 129/14 Die Ortsverwaltung.

Kaufmännische Krankenkasse und Sterbekasse von 1885.

21. J. a. G. Geschäftsstelle SO 16, Randerstr. 4. Generalversammlung am Montag, den 22. Januar 1917, abends 8 Uhr, im Restaurant Schulze, Bräunerstraße 6b. Tagesordnung: 1. Jahres- und Halbjahresbericht. 2. Bericht des Aufsichtsrats und Geschäftsbericht des Vorstandes. 3. a) Wahl des Vorstandes und der Ersatzmitglieder. b) Wahl des Aufsichtsrats und der Ersatzmitglieder. 4. Festlegung der Entschädigung für die Vorstand- und Aufsichtsratsmitglieder. 5. Antrag auf Veränderung des § 6 der Statuten. 6. Beschlüsse. August Penn, Vorsitzender, Wilhelm Voelcker, Kassierer.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein für Bau- und gewerbliche Arbeiter.

Berlin und Umgegend. Sonntag, den 21. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, findet die General-Versammlung beim Kollegen Robert Reimisch, Steinmünder Str. 51, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1916. 2. Jahresbericht. 3. Bericht der Kommission. 4. Festlegung der Entschädigung für den Vorstand. 5. Vorstandswahl. 6. Beschlüsse. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. Der Vorstand. H. A. Gadagast, Kassierer, Steinmünder Str. 75.

In Freien Stunden.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Von Heft 153. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin. Der Vorstand der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin teilt mit, daß folgende Mitglieder am 1. Januar 1917 ausgeschieden sind: 1. A. Daehne, Vorsitzender, wohnhaft Berlin, Carmen-Straße 129. 2. H. Schmidt, 1. Stellv. Vorsitzender, wohnhaft Berlin, Hügelstr. 34. 3. H. Ketzke, 2. Stellv. Vorsitzender, wohnhaft Berlin, Oberwallstr. 19. 4. R. Freund, Schriftführer, wohnhaft Berlin, Braunauerstr. 47. 5. C. Berger, stellv. Schriftführer, wohnhaft Berlin, Geroldstr. 44. 6. H. Yblicher, Arbeitgeber, wohnhaft Priesenau, Schwedter Straße 65. 7. P. O. Büttcher, Arbeitgeber, wohnhaft Berlin, Blumenstr. 62. 8. A. Vogel, Arbeitnehmer, wohnhaft Reußhöl, Reußhölstr. 6. 9. O. Renthaler, Arbeitnehmer, wohnhaft Reußhöl, Reußhölstr. 69. 10. W. Henrich, Arbeitnehmer, wohnhaft Marienburg Str. 16. 11. H. Heider, Arbeitnehmer, wohnhaft Berlin, Schillerstr. 3. 12. C. Pritzkow, Arbeitnehmer, wohnhaft Berlin, Schlemmerstr. 2. 273/17 Der Vorstand.

Göthes Werke.

3 Bände 5 Mark

Heines Werke.

3 Bände 5 Mark

Reuters Werke.

3 Bände 5 Mark

Buchhandlung Vorwärts.

Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Singer unübertroffen.

Heber die Vorteile. verlange man unsere 10 Mark Case. Singer Läden überall.

Berliner Genossenschafts-Bäckerei.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Bilanz für 30. September 1916. Aktiva. 1. Kassa 2077,48. 2. Bankkassa 19614,38. 3. Barreskonto 2584,45. 4. Guthab. d. d. 13744,95. 5. Guthab. d. d. 5744,95. 6. Guthab. d. d. 6750.—. 7. Guthab. d. d. 400.—. 8. Guthab. d. d. 40,30. 9. Guthab. d. d. 610.—. 10. Guthab. d. d. 36272,61. Passiva. 1. Guthab. d. d. 9800,70. 2. Guthab. d. d. 19200.—. 3. Guthab. d. d. 350.—. 4. Guthab. d. d. 145.—. 5. Guthab. d. d. 1400.—. 6. Guthab. d. d. 2199,95. 7. Guthab. d. d. 2276,95. 8. Guthab. d. d. 36272,61.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85. Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr. Telefon: Amt Norden 185, 1236, 1687, 9714. Sonntag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Lindengarten, Friedrichshagen, Friedrichstr. 74: Bezirks-Versammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahl der Bezirksleitung. Die Versammlung wird wegen der frühen Polizeistunde pünktlich eröffnet. Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Sonntag, den 21. Januar 1917, vormittags 10 Uhr: Versammlung aller in Zinkzundergießereien beschäftigte Gießer, Abschneider, Schmelzer, Arbeiter und sonstigen Beschäftigten im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15. Tagesordnung: 1. Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst. Referent: Kollege B. Eising. 2. Berufs- und Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen ist dringend notwendig. Sonntag, den 21. Januar 1917, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal von Niedel, Hufschmiedstr. 40: Gruppen-Versammlung der Werkzeugschleifer u. Schleiferinnen. Tagesordnung: 1. Gruppenangelegenheiten. 2. Berufsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt Pflicht. Die Werkzeugschleiferinnen sind hierzu besonders eingeladen. 129/13 Die Ortsverwaltung.

H. & P. Uder.

Berlin SO 16, Engel-Afer 5. Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel. Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen. Amt Moritzpl. 3014.

Möbelfabrik Rob. Seelisch.

Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a. empfiehlt gute preiswerte Möbel noch zu billigen Preisen. 154 Musterräume. Lagerräume: 6696 q-Meter groß. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet. Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franco! Sonntags v. 12-2 Uhr geöffnet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Dem Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser Paul Barth Odenarder Str. 6, am 16. d. M. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Bezirksverwaltung findet am Freitag, den 19. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Reimerei, Halle des Lazarus-Kirchhofes in Reindenberg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 129/14 Die Ortsverwaltung.

Möbelfabrik Rob. Seelisch.

Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a. empfiehlt gute preiswerte Möbel noch zu billigen Preisen. 154 Musterräume. Lagerräume: 6696 q-Meter groß. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet. Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franco! Sonntags v. 12-2 Uhr geöffnet.

Möbelfabrik Rob. Seelisch.

Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a. empfiehlt gute preiswerte Möbel noch zu billigen Preisen. 154 Musterräume. Lagerräume: 6696 q-Meter groß. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet. Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franco! Sonntags v. 12-2 Uhr geöffnet.

Möbelfabrik Rob. Seelisch.

Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a. empfiehlt gute preiswerte Möbel noch zu billigen Preisen. 154 Musterräume. Lagerräume: 6696 q-Meter groß. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet. Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franco! Sonntags v. 12-2 Uhr geöffnet.

Möbelfabrik Rob. Seelisch.

Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a. empfiehlt gute preiswerte Möbel noch zu billigen Preisen. 154 Musterräume. Lagerräume: 6696 q-Meter groß. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet. Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franco! Sonntags v. 12-2 Uhr geöffnet.

Möbelfabrik Rob. Seelisch.

Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a. empfiehlt gute preiswerte Möbel noch zu billigen Preisen. 154 Musterräume. Lagerräume: 6696 q-Meter groß. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet. Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franco! Sonntags v. 12-2 Uhr geöffnet.

Arbeiter-Samariterbund.

Kolonie Groß-Berlin. Lehrstunde nächste Woche, abends 8 1/2 Uhr: 1. bis 6. Klasse. Montag, den 22. Januar, Ränder Str. 63: Vortrag. Nach dem Vortrag praktische Verhandlungen. Bitte haben einmaligen freien Zutritt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten abends 8, 17, 20, 23, 26, 29, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 3 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anschlag ist ein Nachtrag und eine Zahl als Briefkasten beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenbezeichnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Billige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Entschädigungen und Vergütungen bringe man in die Sprechstunde mit.

7. 9. 45. Die Altersrente wird nur mit vollendetem 65. Lebensjahr gewährt. Es müssen, um die Altersrente bezogen zu können, 1200 Mark nachgewiesen werden. Invalidrente wird nur gewährt, wenn die Rente nicht mehr als ein Drittel erwerbsfähig ist. Antrag ist unter Vorlegung der Aufrechnungsbelegungen und der letzten Einkommenssteuer an das Versicherungsamt, Alsterstr. 65, einzureichen. — 3. 6. 18. Die gesetzlichen Versicherungsbeiträge, Gewer- und Lebensversicherung sowie Arbeitslosenversicherung können in Raten gezahlt werden. — Vierpunkt 24. 8. 1. und 2. Die Rente gegen die Ablehnung Einspruch bei der Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums, Sudauer Str. 14, einlegen. 3. Der Einspruch muß innerhalb sechs Monate nach Zustellung des ablehnenden Bescheides erhoben werden. — 3. 2. 3. Wenn das Geschäft ohne triftigen Grund gelöst wurde, können die für erst. gemachte Aufwendungen Schadenersatzanspruch stellen. — 110 3. 2. Der Bescheid des Reichstages hierzu ist bisher leider noch nicht ausgeführt. — 6. 3. 15. Sie sind als zur Arbeit Unfähige gegen Krankheit und Invalidität versicherungspflichtig und können deshalb die Beiträge nicht zurückfordern. — 4. 6. 56. Jeder Frau möge zum mindesten die staatliche Unterstützung suchen. Werden Sie sich nach dem ablehnenden Bescheid des Landrats an den Regierungspräsidenten. — Nachtbeleuchtung. Da Ihnen nach Ihren eigenen Angaben die Nachtbeleuchtung nicht vertraglich zugesichert ist, haben Sie schon deswegen keinen Anspruch darauf. Deshalb würde der Vorbehalt gegen den Hausmietvertrag nicht sein und Ihnen nur Kosten verursachen. — 2. 6. 52. Die Weitergewährung der Milch wird von der Beibringung eines ärztlichen Attestes abhängig gemacht. Bitte Sie Ihren Arzt um nochmalige Ausstellung eines solchen. — 4. 6. 100. Ihre Frau hat Anspruch auf die Unterstützung, wenn die nach dem Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit als vorliegend erachtet wird. — Lotterie 2637. Wenn im Staat keine besondere Bestimmungen vorgeschrieben sind, so hat die darauf folgende Veranlassung der neuen Vorstände zu leisten. — 7. 3. 32. Erneuer, geschiedener Verfehr. — 2. 1. 1. 1418 Quadratmeter 2 100 Quadratmeter. 3 265,83 Quadratmeter. 4. Rein. — Reußhöl 20. Kotes Arz. Markgrafstr. 40, von nachmittags 9 Uhr ab. Alles weitere erfahren Sie dort. — 6. 6. 6. Werden Sie sich an die Zentrale für private Fürsorge, Berlin W, Moritzstr. 4, von 9-4 Uhr. — C. 8. 21. Inwieweit wurde die Sache für die Annullationsarbeit. Sie teilt in der Ausführung nach dieser Seite Unternehmungen getroffen werden, können wir nicht feststellen. — 4. 6. 36. Aus Zuderrücken im Haushalt Zucker herzustellen, dürfte unmöglich sein, da nur der Großhandel über die dazu nötigen Mengen verfügt. Dagegen ist es möglich, aus dem Saft der Rübe eine Art Sirup zu gewinnen. Die rein gelassenen Zuderrücken, auch Mohrrüben, reißt man auf einen Reibstein, preßt den Saft durch ein gepulvertes Tuch und läßt ihn einige Stunden stehen. Dann rührt man ihn von dem trübren Boden ab und kocht ihn auf kleinem Feuer zu einem Sirup ein. Zuderrücken eignen sich auch zum Strecken von Narmeladen. — 7. 3. 78. Ja. — 6. 2. 1900. Durch die Befestigung des Reichs-Generalkommandos, die in den Tageszetteln vom 20. Dezember erschienen ist, ist Ihnen freigestellt, sich als Hilfsdienstpflichtiger zu einem Beruf zu melden, zu dem Sie Neigung haben. — 3. 6. 22. 1. und 2. Die von Ihnen angezogenen Paragraphen können nicht zur Anwendung: die Ansprüche auf Unterhaltsgelder sind nur insoweit veräußert, als sie für mehr als für Jahre gefordert werden. 3. Ja. — 2. 3. 47. Wir billiger Anspruch auf Urlaub besteht nicht. Sie können deshalb, wenn nicht besonders triftige Gründe vorliegen, zur Erlangung des Urlaubs für Ihren Mann nichts unternehmen. — 6. 100. Kindheit eines Auges, lösen die Sehleistung auf dem anderen Auge mehr als die Hälfte der normalen Betrag: Lungenleiden: Verlust zweier Finger an einer Hand: zeitig untauglich. — Charlottenburg 2. 1. Die Befestigung des Aufwandsabrechnungsdienstes vom 26. März 1914. 2. Regierungspräsident. 3. An die Justizbehörde — Samarkand. — 11. 3. 9. Nein.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten abends 8, 17, 20, 23, 26, 29, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 3 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anschlag ist ein Nachtrag und eine Zahl als Briefkasten beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenbezeichnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Billige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Entschädigungen und Vergütungen bringe man in die Sprechstunde mit.

Die Altersrente wird nur mit vollendetem 65. Lebensjahr gewährt. Es müssen, um die Altersrente bezogen zu können, 1200 Mark nachgewiesen werden. Invalidrente wird nur gewährt, wenn die Rente nicht mehr als ein Drittel erwerbsfähig ist. Antrag ist unter Vorlegung der Aufrechnungsbelegungen und der letzten Einkommenssteuer an das Versicherungsamt, Alsterstr. 65, einzureichen. — 3. 6. 18. Die gesetzlichen Versicherungsbeiträge, Gewer- und Lebensversicherung sowie Arbeitslosenversicherung können in Raten gezahlt werden. — Vierpunkt 24. 8. 1. und 2. Die Rente gegen die Ablehnung Einspruch bei der Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums, Sudauer Str. 14, einlegen. 3. Der Einspruch muß innerhalb sechs Monate nach Zustellung des ablehnenden Bescheides erhoben werden. — 3. 2. 3. Wenn das Geschäft ohne triftigen Grund gelöst wurde, können die für erst. gemachte Aufwendungen Schadenersatzanspruch stellen. — 110 3. 2. Der Bescheid des Reichstages hierzu ist bisher leider noch nicht ausgeführt. — 6. 3. 15. Sie sind als zur Arbeit Unfähige gegen Krankheit und Invalidität versicherungspflichtig und können deshalb die Beiträge nicht zurückfordern. — 4. 6. 56. Jeder Frau möge zum mindesten die staatliche Unterstützung suchen. Werden Sie sich nach dem ablehnenden Bescheid des Landrats an den Regierungspräsidenten. — Nachtbeleuchtung. Da Ihnen nach Ihren eigenen Angaben die Nachtbeleuchtung nicht vertraglich zugesichert ist, haben Sie schon deswegen keinen Anspruch darauf. Deshalb würde der Vorbehalt gegen den Hausmietvertrag nicht sein und Ihnen nur Kosten verursachen. — 2. 6. 52. Die Weitergewährung der Milch wird von der Beibringung eines ärztlichen Attestes abhängig gemacht. Bitte Sie Ihren Arzt um nochmalige Ausstellung eines solchen. — 4. 6. 100. Ihre Frau hat Anspruch auf die Unterstützung, wenn die nach dem Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit als vorliegend erachtet wird. — Lotterie 2637. Wenn im Staat keine besondere Bestimmungen vorgeschrieben sind, so hat die darauf folgende Veranlassung der neuen Vorstände zu leisten. — 7. 3. 32. Erneuer, geschiedener Verfehr. — 2. 1. 1. 1418 Quadratmeter 2 100 Quadratmeter. 3 265,83 Quadratmeter. 4. Rein. — Reußhöl 20. Kotes Arz. Markgrafstr. 40, von nachmittags 9 Uhr ab. Alles weitere erfahren Sie dort. — 6. 6. 6. Werden Sie sich an die Zentrale für private Fürsorge, Berlin W, Moritzstr. 4, von 9-4 Uhr. — C. 8. 21. Inwieweit wurde die Sache für die Annullationsarbeit. Sie teilt in der Ausführung nach dieser Seite Unternehmungen getroffen werden, können wir nicht feststellen. — 4. 6. 36. Aus Zuderrücken im Haushalt Zucker herzustellen, dürfte unmöglich sein, da nur der Großhandel über die dazu nötigen Mengen verfügt. Dagegen ist es möglich, aus dem Saft der Rübe eine Art Sirup zu gewinnen. Die rein gelassenen Zuderrücken, auch Mohrrüben, reißt man auf einen Reibstein, preßt den Saft durch ein gepulvertes Tuch und läßt ihn einige Stunden stehen. Dann rührt man ihn von dem trübren Boden ab und kocht ihn auf kleinem Feuer zu einem Sirup ein. Zuderrücken eignen sich auch zum Strecken von Narmeladen. — 7. 3. 78. Ja. — 6. 2. 1900. Durch die Befestigung des Reichs-Generalkommandos, die in den Tageszetteln vom 20. Dezember erschienen ist, ist Ihnen freigestellt, sich als Hilfsdienstpflichtiger zu einem Beruf zu melden, zu dem Sie Neigung haben. — 3. 6. 22. 1. und 2. Die von Ihnen angezogenen Paragraphen können nicht zur Anwendung: die Ansprüche auf Unterhaltsgelder sind nur insoweit veräußert, als sie für mehr als für Jahre gefordert werden. 3. Ja. — 2. 3. 47. Wir billiger Anspruch auf Urlaub besteht nicht. Sie können deshalb, wenn nicht besonders triftige Gründe vorliegen, zur Erlangung des Urlaubs für Ihren Mann nichts unternehmen. — 6. 100. Kindheit eines Auges, lösen die Sehleistung auf dem anderen Auge mehr als die Hälfte der normalen Betrag: Lungenleiden: Verlust zweier Finger an einer Hand: zeitig untauglich. — Charlottenburg 2. 1. Die Befestigung des Aufwandsabrechnungsdienstes vom 26. März 1914. 2. Regierungspräsident. 3. An die Justizbehörde — Samarkand. — 11. 3. 9. Nein.

Die Altersrente wird nur mit vollendetem 65. Lebensjahr gewährt. Es müssen, um die Altersrente bezogen zu können, 1200 Mark nachgewiesen werden. Invalidrente wird nur gewährt, wenn die Rente nicht mehr als ein Drittel erwerbsfähig ist. Antrag ist unter Vorlegung der Aufrechnungsbelegungen und der letzten Einkommenssteuer an das Versicherungsamt, Alsterstr. 65, einzureichen. — 3. 6. 18. Die gesetzlichen Versicherungsbeiträge, Gewer- und Lebensversicherung sowie Arbeitslosenversicherung können in Raten gezahlt werden. — Vierpunkt 24. 8. 1. und 2. Die Rente gegen die Ablehnung Einspruch bei der Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums, Sudauer Str. 14, einlegen. 3. Der Einspruch muß innerhalb sechs Monate nach Zustellung des ablehnenden Bescheides erhoben werden. — 3. 2. 3. Wenn das Geschäft ohne triftigen Grund gelöst wurde, können die für erst. gemachte Aufwendungen Schadenersatzanspruch stellen. — 110 3. 2. Der Bescheid des Reichstages hierzu ist bisher leider noch nicht ausgeführt. — 6. 3. 15. Sie sind als zur Arbeit Unfähige gegen Krankheit und Invalidität versicherungspflichtig und können deshalb die Beiträge nicht zurückfordern. — 4. 6. 56. Jeder Frau möge zum mindesten die staatliche Unterstützung suchen. Werden Sie sich nach dem ablehnenden Bescheid des Landrats an den Regierungspräsidenten. — Nachtbeleuchtung. Da Ihnen nach Ihren eigenen Angaben die Nachtbeleuchtung nicht vertraglich zugesichert ist, haben Sie schon deswegen keinen Anspruch darauf. Deshalb würde der Vorbehalt gegen den Hausmietvertrag nicht sein und Ihnen nur Kosten verursachen. — 2. 6. 52. Die Weitergewährung der Milch wird von der Beibringung eines ärztlichen Attestes abhängig gemacht. Bitte Sie Ihren Arzt um nochmalige Ausstellung eines solchen. — 4. 6. 100. Ihre Frau hat Anspruch auf die Unterstützung, wenn die nach dem Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit als vorliegend erachtet wird. — Lotterie 2637. Wenn im Staat keine besondere Bestimmungen vorgeschrieben sind, so hat die darauf folgende Veranlassung der neuen Vorstände zu leisten. — 7. 3. 32. Erneuer, geschiedener Verfehr. — 2. 1. 1. 1418 Quadratmeter 2 100 Quadratmeter. 3 265,83 Quadratmeter. 4. Rein. — Reußhöl 20. Kotes Arz. Markgrafstr. 40, von nachmittags 9 Uhr ab. Alles weitere erfahren Sie dort. — 6. 6. 6. Werden Sie sich an die Zentrale für private Fürsorge, Berlin W, Moritzstr. 4, von 9-4 Uhr. — C. 8. 21. Inwieweit wurde die Sache für die Annullationsarbeit. Sie teilt in der Ausführung nach dieser Seite Unternehmungen getroffen werden, können wir nicht feststellen. — 4. 6. 36. Aus Zuderrücken im Haushalt Zucker herzustellen, dürfte unmöglich sein, da nur der Großhandel über die dazu nötigen Mengen verfügt. Dagegen ist es möglich, aus dem Saft der Rübe eine Art Sirup zu gewinnen. Die rein gelassenen Zuderrücken, auch Mohrrüben, reißt man auf einen Reibstein, preßt den Saft durch ein gepulvertes Tuch und läßt ihn einige Stunden stehen. Dann rührt man ihn von dem trübren Boden ab und kocht ihn auf kleinem Feuer zu einem Sirup ein. Zuderrücken eignen sich auch zum Strecken von Narmeladen. — 7. 3. 78. Ja. — 6. 2. 1900. Durch die Befestigung des Reichs-Generalkommandos, die in den Tageszetteln vom 20. Dezember erschienen ist, ist Ihnen freigestellt, sich als Hilfsdienstpflichtiger zu einem Beruf zu melden, zu dem Sie Neigung haben. — 3. 6. 22. 1. und 2. Die von Ihnen angezogenen Paragraphen können nicht zur Anwendung: die Ansprüche auf Unterhaltsgelder sind nur insoweit veräußert, als sie für mehr als für Jahre gefordert werden. 3. Ja. — 2. 3. 47. Wir billiger Anspruch auf Urlaub besteht nicht. Sie können deshalb, wenn nicht besonders triftige Gründe vorliegen, zur Erlangung des Urlaubs für Ihren Mann nichts unternehmen. — 6. 100. Kindheit eines Auges, lösen die Sehleistung auf dem anderen Auge mehr als die Hälfte der normalen Betrag: Lungenleiden: Verlust zweier Finger an einer Hand: zeitig untauglich. — Charlottenburg 2. 1. Die Befestigung des Aufwandsabrechnungsdienstes vom 26. März 1914. 2. Regierungspräsident. 3. An die Justizbehörde — Samarkand. — 11. 3. 9. Nein.

Die Altersrente wird nur mit vollendetem 65. Lebensjahr gewährt. Es müssen, um die Altersrente bezogen zu können, 1200 Mark nachgewiesen werden. Invalidrente wird nur gewährt, wenn die Rente nicht mehr als ein Drittel erwerbsfähig ist. Antrag ist unter Vorlegung der Aufrechnungsbelegungen und der letzten Einkommenssteuer an das Versicherungsamt, Alsterstr. 65, einzureichen. — 3. 6. 18. Die gesetzlichen Versicherungsbeiträge, Gewer- und Lebensversicherung sowie Arbeitslosenversicherung können in Raten gezahlt werden. — Vierpunkt 24. 8. 1. und 2. Die Rente gegen die Ablehnung Einspruch bei der Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums, Sudauer Str. 14, einlegen. 3. Der Einspruch muß innerhalb sechs Monate nach Zustellung des ablehnenden Bescheides erhoben werden. — 3. 2. 3. Wenn das Geschäft ohne triftigen Grund gelöst wurde, können die für erst. gemachte Aufwendungen Schadenersatzanspruch stellen. — 110 3. 2. Der Bescheid des Reichstages hierzu ist bisher leider noch nicht ausgeführt. — 6. 3. 15. Sie sind als zur Arbeit Unfähige gegen Krankheit und Invalidität versicherungspflichtig und können deshalb die Beiträge nicht zurückfordern. — 4. 6. 56. Jeder Frau möge zum mindesten die staatliche Unterstützung suchen. Werden Sie sich nach dem ablehnenden Bescheid des Landrats an den Regierungspräsidenten. — Nachtbeleuchtung. Da Ihnen nach Ihren eigenen Angaben die Nachtbeleuchtung nicht vertraglich zugesichert ist, haben Sie schon deswegen keinen Anspruch darauf. Deshalb würde der Vorbehalt gegen den Hausmietvertrag nicht sein und Ihnen nur Kosten verursachen. — 2. 6. 52. Die Weitergewährung der Milch wird von der Beibringung eines ärztlichen Attestes abhängig gemacht. Bitte Sie Ihren Arzt um nochmalige Ausstellung eines solchen. — 4. 6. 100. Ihre Frau hat Anspruch auf die Unterstützung, wenn die nach dem Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit als vorliegend erachtet wird. — Lotterie 2637. Wenn im Staat keine besondere Bestimmungen vorgeschrieben sind, so hat die darauf folgende Veranlassung der neuen Vorstände zu leisten. — 7. 3. 32. Erneuer, geschiedener Verfehr. — 2. 1. 1. 1418 Quadratmeter 2 100 Quadratmeter. 3 265,83 Quadratmeter. 4. Rein. — Reußhöl 20. Kotes Arz. Markgrafstr. 40, von nachmittags 9 Uhr ab. Alles weitere erfahren Sie dort. — 6. 6. 6. Werden Sie sich an die Zentrale für private Fürsorge, Berlin W, Moritzstr. 4, von 9-4 Uhr. — C. 8. 21. Inwieweit wurde die Sache für die Annullationsarbeit. Sie teilt in der Ausführung nach dieser Seite Unternehmungen getroffen werden, können wir nicht feststellen. — 4. 6. 36. Aus Zuderrücken im Haushalt Zucker herzustellen, dürfte unmöglich sein, da nur der Großhandel über die dazu nötigen Mengen verfügt. Dagegen ist es möglich, aus dem Saft der Rübe eine Art Sirup zu gewinnen. Die rein gelassenen Zuderrücken, auch Mohrrüben, reißt man auf einen Reibstein, preßt den Saft durch ein gepulvertes Tuch und läßt ihn einige Stunden stehen. Dann rührt man ihn von dem trübren Boden ab und kocht ihn auf kleinem Feuer zu einem Sirup ein. Zuderrücken eignen sich auch zum Strecken von Narmeladen. — 7. 3. 78. Ja. — 6. 2. 1900. Durch die Befestigung des Reichs-Generalkommandos, die in den Tageszetteln vom 20. Dezember erschienen ist, ist Ihnen freigestellt, sich als Hilfsdienstpflichtiger zu einem Beruf zu melden, zu dem Sie Neigung haben. — 3. 6. 22. 1. und 2. Die von Ihnen angezogenen Paragraphen können nicht zur Anwendung: die Ansprüche auf Unterhaltsgelder sind nur insoweit veräußert, als sie für mehr als für Jahre gefordert werden. 3. Ja. — 2. 3. 47. Wir billiger Anspruch auf Urlaub besteht nicht. Sie können deshalb, wenn nicht besonders triftige Gründe vorliegen, zur Erlangung des Urlaubs für Ihren Mann nichts unternehmen. — 6. 100. Kindheit eines Auges, lösen die Sehleistung auf dem anderen Auge mehr als die Hälfte der normalen Betrag: Lungenleiden: Verlust zweier Finger an einer Hand: zeitig untauglich. — Charlottenburg 2. 1. Die Befestigung des Aufwandsabrechnungsdienstes vom 26. März 1914. 2. Regierungspräsident. 3. An die Justizbehörde — Samarkand. — 11. 3. 9. Nein.

Die Altersrente wird nur mit vollendetem 65. Lebensjahr gewährt. Es müssen, um die Altersrente bezogen zu können, 1200 Mark nachgewiesen werden. Invalidrente wird nur gewährt, wenn die Rente nicht mehr als ein Drittel erwerbsfähig ist. Antrag ist unter Vorlegung der Aufrechnungsbelegungen und der letzten Einkommenssteuer an das Versicherungsamt, Alsterstr. 65, einzureichen. — 3. 6. 18. Die gesetzlichen Versicherungsbeiträge, Gewer- und Lebensversicherung sowie Arbeitslosenversicherung können in Raten gezahlt werden. — Vierpunkt 24. 8. 1. und 2. Die Rente gegen die Ablehnung Einspruch bei der Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums, Sudauer Str. 14, einlegen. 3. Der Einspruch muß innerhalb sechs Monate nach Zustellung des ablehnenden Bescheides erhoben werden. — 3. 2. 3. Wenn das Geschäft ohne triftigen Grund gelöst wurde, können die für erst. gemachte Aufwendungen Schadenersatzanspruch stellen. — 110 3. 2. Der Bescheid des Reichstages hierzu ist bisher leider noch nicht ausgeführt. — 6. 3. 15. Sie sind als zur Arbeit Unfähige gegen Krankheit und Invalidität versicherungspflichtig und können deshalb die Beiträge nicht zurückfordern. — 4. 6. 56. Jeder Frau möge zum mindesten die staatliche Unterstützung suchen. Werden Sie sich nach dem ablehnenden Bescheid des Landrats an den Regierungspräsidenten. — Nachtbeleuchtung. Da Ihnen nach Ihren eigenen Angaben die Nachtbeleuchtung nicht vertraglich zugesichert ist, haben Sie schon deswegen keinen Anspruch darauf. Deshalb würde der Vorbehalt gegen den Hausmietvertrag nicht sein und Ihnen nur Kosten verursachen. — 2. 6. 52. Die Weitergewährung der Milch wird von der Beibringung eines ärztlichen Attestes abhängig gemacht. Bitte Sie Ihren Arzt um nochmalige Ausstellung eines solchen. — 4. 6. 100. Ihre Frau hat Anspruch auf die Unterstützung, wenn die nach dem Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit als vorliegend erachtet wird. — Lotterie 2637. Wenn im Staat keine besondere Bestimmungen vorgeschrieben sind, so hat die darauf folgende Veranlassung der neuen Vorstände zu leisten. — 7. 3. 32. Erneuer, geschiedener Verfehr. — 2. 1. 1. 1418 Quadratmeter 2 100 Quadratmeter. 3 265,83 Quadratmeter. 4. Rein. — Reußhöl 20. Kotes Arz. Markgrafstr. 40, von nachmittags 9 Uhr ab. Alles weitere erfahren Sie dort. — 6. 6. 6. Werden Sie sich an die Zentrale für private Fürsorge, Berlin W, Moritzstr. 4, von 9-4 Uhr. — C. 8. 21. Inwieweit wurde die Sache für die Annullationsarbeit. Sie teilt in der Ausführung nach dieser Seite Unternehmungen getroffen werden, können wir nicht feststellen. — 4. 6. 36. Aus Zuderrücken im Haushalt Zucker herzustellen, dürfte unmöglich sein, da nur der Großhandel über die dazu nötigen Mengen verfügt. Dagegen ist es möglich, aus dem Saft der Rübe eine Art Sirup zu gewinnen. Die rein gelassenen Zuderrücken, auch Mohrrüben, reißt man auf einen Reibstein, preßt den Saft durch ein gepulvertes Tuch und läßt ihn einige Stunden stehen. Dann rührt man ihn von dem trübren Boden ab und kocht ihn auf kleinem Feuer zu einem Sirup ein. Zuderrücken eignen sich auch zum Strecken von Narmeladen. — 7. 3. 78. Ja. — 6. 2. 1900. Durch die Befestigung des Reichs-Generalkommandos, die in den Tageszetteln vom 20. Dezember erschienen ist, ist Ihnen freigestellt, sich als Hilfsdienstpflichtiger zu einem Beruf zu melden, zu dem Sie Neigung haben. — 3. 6. 22. 1. und 2. Die von Ihnen angezogenen Paragraphen können nicht zur Anwendung: die Ansprüche auf Unterhaltsgelder sind nur insoweit veräußert, als sie für mehr als für Jahre gefordert werden. 3. Ja. — 2. 3. 47. Wir billiger Anspruch auf Urlaub besteht nicht. Sie können deshalb, wenn nicht besonders triftige Gründe vorliegen, zur Erlangung des Urlaubs für Ihren Mann nichts unternehmen. — 6. 100. Kindheit eines Auges, lösen die Sehleistung auf dem anderen Auge mehr als die Hälfte der normalen Betrag: Lungenleiden: Verlust zweier Finger an einer Hand: zeitig untauglich. — Charlottenburg 2. 1. Die Befestigung des Aufwandsabrechnungsdienstes vom 26. März 1914. 2. Regierungspräsident. 3. An die Justizbehörde — Samarkand. — 11. 3. 9. Nein.

Die Altersrente wird nur mit vollendetem 65. Lebensjahr gewährt. Es müssen, um die Altersrente bezogen zu können, 1200 Mark nachgewiesen werden. Invalidrente wird nur gewährt, wenn die Rente nicht mehr als ein Drittel erwerbsfähig ist. Antrag ist unter Vorlegung der Aufrechnungsbelegungen und der letzten Einkommenssteuer an das Versicherungsamt, Alsterstr. 65, einzureichen. —

Der Stickstoff als Kriegshelfer.

Man muß es dem englischen Blockadeplan lassen, daß er geschickt erdrosselt war und allem Ansehen nach hätte Erfolg haben müssen; daß er letzten Endes doch verlagert, liegt an einem Umstand, der bei seiner Anstellung übersehen wurde, weil er unweitlich ist: nämlich daran, daß es den Engländern nicht möglich war, und die Luft abzusperrten. Daß das unweitlich erscheinen sollte, wird wohl nicht leicht einleuchten; denn man wird doch denken, Luft sei die Hauptzutat zum Leben, aber doch war es damals so; denn die Luft ließen uns die Leben Vettern ruhigen Gemütes, weil sie dachten, sie hätten uns alles andere, was zur Kriegführung gehört, so gründlich genommen, daß dieses nicht schaden konnte. Vor allem dachten sie an die Lebensmittel und an den Schießbedarf, und wenn jemand ihnen damals gesagt hätte, daß die Deutschen sich heides aus der Luft holen würden, so wäre er wohl gewollig ausgelacht worden. Und doch ist dies inzwischen Tatsache geworden, und das, was damals ein kleines Loch schien, ist zu dem großen Loch geworden, das den ganzen Entente-Kriegsplan zerrückt.

Die uns umgebende Luft, die, soweit wir auch im Ballon oder Flugzeug aufgestiegen sind, immer in derselben Zusammensetzung vorhanden ist, besteht zu vier Fünfteln aus Stickstoff und zu einem Fünftel aus Sauerstoff. Wir haben alle schon in der Schule gelernt, daß der Sauerstoff die zum Leben unbedingt erforderliche Gaseart sei, während der Stickstoff gar keinen Wert habe, höchstens eine Verbesserung des allzu schweren Sauerstoffes darstelle, da die lebenden Wesen, in reinen Sauerstoff gebracht, sich schon in sehr kurzer Zeit verzehren und zu Grunde gingen. Auch die Wissenschaft stand auf diesem Standpunkte; der Stickstoff schien nahezu überflüssig zu sein, wenn nicht gar schädlich, wie ja sein Name sagt. Freilich war schon durch die wissenschaftlichen Arbeiten des großen Chemikers Justus Liebig eine Wandlung in diesen Ansichten angebahnt worden; denn Liebig hatte gezeigt, daß die Pflanzen des Feldes bei ihrem Wachstum sehr wesentlich auf den Stickstoff angewiesen seien, ja daß sie ohne ihn an Stickstoffmangel rettungslos zugrunde geben müßten. Aber diesen Stickstoff nahmen sie nicht aus der Luft, sondern im Gegenteil aus dem Boden, aus Steinen und Erdsarten, die in irgendeiner Form Stickstoff enthielten. Es schien also immer noch der Stickstoff der Luft ein überflüssiges Gebilde; denn es war auf keine Weise möglich, ihn für die Ernährung der Pflanzen auszunutzen. Um den Stickstoffgehalt der Pflanzen zu betriebligen, war man vielmehr darauf angewiesen, ihnen stickstoffhaltige Steine und Erden als künstlichen Dünger zu geben. Dadurch kamen die riesigen Salpeterlager Chiles erst zu richtiger Ausbeutung; denn Salpeter ist weiter nichts als eine Verbindung von Kalium oder Natrium mit Sauerstoff, etwas Wasserstoff und viel Stickstoff. Dadurch war für uns freilich eine Abhängigkeit vom Auslande gegeben, die stets drückend empfunden wurde. Die deutsche Chemie spannte daher alle Kräfte an, um sie zu beseitigen. Für diesen Zweck hat sich ihr ein geeignetes Erzeugnis in dem in allen deutschen Gärten und Kofferten gewonnenen Ammoniak, meistens Salmiakgeist genannt. Das ist eine Verbindung, die zum großen Teile aus Stickstoff besteht, die aber freilich in der ursprünglichen gasförmigen Gestalt nicht zu verwenden ist. Versetzt man ihn aber mit Schwefelsäure, so ergibt sich ein fester Körper, das schwefelsaure Ammoniak, das sich als ein vortreffliches Düngemittel erweist. So konnte der Düngerbedarf der deutschen Landwirtschaft zum großen Teile mit deutschen Erzeugnissen gedeckt werden.

Freilich gaben sich die Chemiker damit nicht zufrieden; nach wie vor war ihr Bestreben darauf gerichtet, den Stickstoff der Luft irgendwie nutzbar zu machen. Es ist ja klar, daß ein daraus gewonnenes Düngemittel besonders billig werden mußte, schon weil der Vorrat an dem Rohstoff völlig unbegrenzt war. Aber allen solchen Versuchen fehlte der Stickstoff einen äußerst hartnäckigen Widerstand entgegen. Er ist nämlich ein ungewöhnlich träger Körper, d. h. er hat keinerlei Neigung, sich mit anderen Körpern chemisch zu verbinden. Erst die Erfindung der Elektrotechnik und die Anbahnung besonders hoher Spannungen konnten diesen Widerstand des Stickstoffes brechen. Man machte die Beobachtung, daß sich in der elektrischen Lichtlampe immer etwas Salpetersäure, also eine Stickstoff-Sauerstoff-Verbindung bildete; offenbar vermochte die ungeheure Hitze des Lichtbogens die beiden Gase, die in der Luft nebeneinander vorhanden sind, ohne sich miteinander zu verbinden, doch zu verschmelzen. Diese Beobachtung wies den Weg, den Luftstickstoff nutzbar zu machen. Man mußte einen kräftigen Lichtstrom durch eine Vogenlampe jagen, dann konnte man sicher sein, darin immer Salpetersäure oder ähn-

liche Stickstoff-Sauerstoff-Verbindungen zu finden. Freilich war die auf diese Weise gewonnene Menge nur gering, wenn man eine gewöhnliche Vogenlampe verwendete. Je länger der Lichtbogen war, um so mehr Stickstoff wurde chemisch gebunden. Es galt also, Vogenlampen zu bauen, die einen viel längeren Lichtbogen aufwiesen als die gebräuchlichen. Mit Hilfe der hohen Spannungen vermochte das die Elektrotechnik mit Leichtigkeit. Eine solche Hochspannungsvogenlampe hat einen Lichtbogen bis zu fünf Meter Länge, der in einer Glasröhre brennt, durch die dauernd eine heftige Luftströmung geht. Zum Leuchten ist eine solche Lampe freilich nicht zu brauchen; denn der Lichtbogen flackert wie ein Licht im Sturm, aber dazu ist sie ja auch gar nicht bestimmt. Dafür gibt sie aber eine sehr reiche Ausbeute an Stickstoffverbindungen, aus denen man je nach dem, was man herstellen will, Ammoniak oder Salpetersäure macht. Die weitere Umwandlung in eines der gebräuchlichen Düngemittel, schwefelsaures Ammoniak oder salpetersaures Kali, ist dann leicht. Allein die Mühseligkeit, auf diese Weise die erforderlichen Düngemittel zu gewinnen, hat uns den englischen Aushungerungsplan zustandem machen lassen, sonst hätte unsere Landwirtschaft aus Mangel an Dünger längst nicht so viel erzeugen können, wie wir gebrauchen.

Aber die so gewonnenen Stickstoffverbindungen haben noch eine ganz andere, äußerst wichtige Bestimmung. Unsere neuzeitlichen Sprengstoffe sind durchweg Verbindungen der Salpetersäure, also Stickstoffhaltig; auch sie hätten wir ohne die Ausbeute durch den Luftstickstoff gar nicht herstellen können, wenigstens nicht in dem gewaltigen Ausmaß, wie es dieser Krieg verlangt. Doch der ganze Krieg wesentlich eine Munitionskrieg ist, hat ja kürzlich auch Gumburg gesagt, man könnte noch weiter gehen und sagen, daß er eine Stickstofffrage ist. Wer am meisten Stickstoff hat, kann es am längsten aushalten. Nun wird es klar, weshalb das Scheitern so kleine Loch im englischen Kriegsplan diesem so verhängnisvoll werden konnte und ihn schließlich ganz zerrückte.

Kleines Feuilleton.

Rgl. Schauspielhaus: „Frau Inger auf Oestrot“.

Wenn nicht etwa an einem Beispiele gezeigt werden sollte, daß man den Marktschloß dramatischen Genies in dem Fortschritt tragen könne, ohne bei den ersten Scherzversuchen auf den Brettern auch nur ein Spärchen davon zu verraten, ist es schwer, einen Grund zu finden, weshalb dies Jütische Jugendstück aus der Mitte der fünfziger Jahre noch einmal ausgegraben wurde. Kein Jug und keine Sendung, die Widerhall im Herzen weckte und zu nachsinnendem Verweilen einlud! Vor allem auch ein merkwürdiges Fehlen jedes Augenmaßes für das Bühnennützige. Der Dichter, der in seinen häßlichen Dramen mit solcher Reiterkraft die Vorgeschichte in deren dunklen Tiefen Tun und Handeln der Personen zurzeit, im Dialog als ein Moment dramatischer Entwicklung selbst lebendig werden ließ, ergreift sich hier in endlosen Verichten des Vergangenen, die, unorganisch eingefügt, ermüden und verstimmen. Statt klarer Gliederung herrscht hier ein Wirrwarr von Anschlägen, Intrigen, Abenteuer, in denen der Hörer sich nicht mehr auskennt.

Kämpfe, die Kowegen für seine Unabhängigkeit im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts mit Dänemark und Schweden zu bestehen hatte, bilden den Hintergrund. Inger, die Herrin auf Oestrot, die bisher und verflochten dem Ausbruch des Krieges entgegen harrt, empfängt den Botschafter des Dänenkönigs, den glatten Diplomaten und stumpflosen Herzogbrecher Vilde. Nachdem er ihre jüngere Tochter betört und in den Tod betriegen, erprobt er seine Verführungskünste nun an Thine, der älteren. Von einem Vauenaufstand erwartet Inger das Signal zum Vordringen und träumt: ihren unehelichen, fern von ihr aufgewachsenen Sohn die Krone auf den Haupt zu setzen. Der junge Mann, der Vater und Mutter nie gekannt, langt aus mit einem Schreiben, das über seine Abstammung Auskunft gibt, gerät indes an Vilde, der ihm der Brief abhört und nun die raffinierten Intrigen spinnt. Durch eine Fälschung wunderlicher Wirrnisse kommt es am Schluß dahin, daß der fremde Jüngling, der an der Spitze von Frau Ingers Krieger nach Schweden ziehen soll, durch Vildes Verbindungen ins Schloß zurückgetrieben, daselbst auf Ingers eigenen Befehl getötet wird. In hat erkannt sie, daß er ihr Sohn war. Was dann den Anlaß zu großen Wahnsinnsmomenten gibt.

Tilla Durieux glänzte in der Titelrolle mit Virtuosenkunst, doch ohne daß es ihr gelungen wäre, die Last des Unbedeutenden in der Figur zu tilgen. Fr. Löwig lieb den Liebesworten Elmaro

Natur und Innigkeit. Clewing war ein staatslich schöner Pöde. Die farbigen Rollen des Hofes und von Jagers alten Freunde lagen in den Händen der Herren de Vogt und Rauhneil. Die Aufnahme war, wie nicht anders zu erwarten, kühl.

Der Frauenabend in Brüssel.

Ein merkwürdiger Festabend wird am 19. Januar in Brüssel gefeiert. Es ist dies der sogenannte Frauenabend, der zwar durch die Kriegszeit eine erhebliche Einschränkung erfahren hat, der aber auch in diesem Jahre nicht vergessen bleibt. An diesem Tage läßt die Frauen allein im Hause die Herrschaft aus, die Glöden der St. Gudulafirche läuten ihnen zu Ehren, und in vielen Familien pflegt man ein kleines Festmahl abzugeben, nach dem die Frauen zum Scherz ihre Männer wegtragen müssen. Nach dem Uebertrag des Pranches berichtet eine alte Sage, ein Burggraf von Brüssel oder einer benachbarten Stadt habe durch seine Grausamkeit und Erpressungen den Haß der ganzen Gegend auf sich gezogen, sei dann in seinem Schloße belagert worden und habe sich endlich zur Uebergabe genötigt gesehen. Da die Feinde aber keine andere Bedingung zugesprochen wollten als die, der Burgfrau zu erlauben, mit ihrer solbarrten Gabe, die sie auf einmal tragen könnte, das Schloß zu verlassen, so rückte diese ihren Gemann in eine Riste und trug ihn auf ihrem Rücken zum Tor hinaus. Man begegnet also auch hier demselben Sagenstoffe, der in der von so vielen deutschen Dichtern verherrlichten Sage von den Weibern von Weinsberg vorliegt. Nach einer Erinnerung in Brüssel verbreiteten Darstellung soll dieser Abend das Gedenken an den 19. Januar 1101 darstellen, an dem unerwarteterweise die Brüsseler, die den Gefährten und Leiden des ersten Kreuzzuges entronnen waren, nach Hause zurückkehrten. Die Arcade der Frauen, die über Männer bereits als toll bewacht hatten, sei so groß gewesen, daß sie nach dem Willkommensmahl die Männer auf den Rücken genommen und bis ins Schlafgemach getragen hätten.

In Nordbrabant ist der Montag nach dem Feste der heiligen drei Könige, der in einem großen Teile der Niederlande Rosenmontag oder Fasende, lobende Montag, auf denselben Ursprung führt auch der Rosenmontag in Köln, der Fastnachtmontag, seinen Namen zurück genannt wird, der Tag, an dem die Frauen ganz und gar herrinnen im Hause sind und von ihren Männern bedient werden müssen. Es handelt sich hier wie bei dem belgischen Brautentage um Ueberreste der alten Weiberfeste, die einst allgemein in deutschen Landen begangen wurde und bei der die Frauen die alleinige Herrschaft im Hause ausübten. Spuren dieser Weiberfeste haben sich in einigen Gegenden Deutschlands bis zum heutigen Tage erhalten, so besonders in der Gifel, nur läßt sich hier die Weiberfeste an andere Tage der Festungszeit an als in anderen. Man erzählt auch hieraus wieder, daß sich viele alte deutsche Bräuche in anderen viel treuer bis zum heutigen Tage erhalten haben als in Deutschland selbst.

Deutsche Lehrer in Japan während des Krieges.

In wenigen Monaten wurde berichtet, daß die deutsche Schule in Yokohama auch während des Weltkrieges ungestört fortbesteht, ja, daß die japanische Behörde auch nach Eintritt ihres Landes in das Lager unserer Feinde weder eine Änderung des Unterrichtsplanes noch auch nur ein Beschränkungsrecht ihrerseits beantragt habe. Heute kann nun weiter nach zuverlässigen Mitteilungen berichtet werden, daß auch alle diejenigen deutschen Lehrer, die zum Teil seit Jahrzehnten, an japanischen höheren Schulen von Staatswegen angestellt waren, gleichfalls bis auf den heutigen Tag in ihren Stellungen belassen worden sind, sofern sie nicht selbst die Lösung ihres Dienstvertrages herbeigeführt haben. Ihre Aufgabe ist die Vermittlung der notwendigen Kenntnisse des Deutschen an Jünglinge höherer Lehranstalten, die sich für bestimmte Berufe, zu deren Erlangung sie der Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift unbedingt bedürfen, bereits entschlossen haben. In diesen Berufen gehören vor allem die des Arztes und des vorkämpfenden Offiziers, dann in bedingtem Umfang der des Juristen und in neuerer Zeit in fortgeschrittenen Maße der des Technikers und Ingenieurs. Daß der Japaner auch in der jetzigen Zeit die Unterweisung seiner vorkämpfenden Jugend in der deutschen Sprache und damit die Verbreitung deutscher Kultur in seinem Lande nicht nur duldet, sondern mit Staatsmitteln nach Möglichkeit weiter fördert, scheint dafür zu sprechen, daß er diese Dinge später noch sehr benötigen werde.

Es ist sehr möglich.

Von Heinrich Schäfer.

Der kürzlich verstorbene Staatsrat Stryl führte fast bei jeder Gelegenheit die ihm zur Gewohnheit gewordene Redensart im Munde: Es ist sehr möglich. Nicht selten ließ sie sogar in seine amtlichen Vorträge mit unter, die er über Verwaltungsgeschichte dem Landesherren schriftlich, oder im Kreise der übrigen Amtsgenossen und der Minister machte. Dann gab es, auch bei den allerernsthaftesten Anlässen, ein süßes Lächeln, wie ein Lächeln bei des Nachbarn Schwächen zu sein pflegt. Das konnte nicht fehlen. Gewisse Leute sehen des Nachbarn Schwächen mit stets verjüngtem Vergnügen.

Inzwischen war und blieb der Staatsrat Stryl ein angesehener, hochachtbarer Mann. Die nacheinander folgenden Landesfürsten schätzten ihn, und zogen ihn immer wieder herbor, weil er mit seinen Kenntnissen, mit seiner Gewandtheit in Geschäften wesentliche Dienste leisten konnte. Jedermann gab zu, er sei ein gelehrter Mann, ein Mann von Takt, wie man ihn wegen der ihm eigenen Menschlichkeit nannte, die er so richtig anzuwenden wußte. Ja, man hielt ihn für gelehrter, als er war, für klüger, als er war; selbst gute Köpfe hatten nicht nur Ehrfurcht und Achtung für ihn, sondern sogar eine gewisse Scheu, weil sie denen nicht recht trauen, die klüger sind als sie. Und doch war der Staatsrat Stryl ein grundredlicher, offener, gewissenhafter Mann, dem man nichts Böses nachsagen konnte. Aber eben daß man das nicht konnte, galt wieder als ein Beweis seiner Ehrlichkeit, und als triftiger Grund, sich vor dem Manne in acht zu nehmen. Der Glaube an seine Klugheit ging so weit, daß man ihn allgemein für den weisesten der Politiker, für einen wahren Propheten hielt. Und an dem allen war seine sprichwörtliche Redensart schuld: Es ist sehr möglich!

Es wird unseren Lesern nicht unangenehm sein, folgende Beiträge zur Charakteristik dieses in der Geschichte seines Vaterlandes merkwürdigen Mannes zu erhalten. Wir verdanken sie seinen nächsten Verwandten. Zum Teil gab er sie selber in einer Art Tagebuch, das er in früheren Jahren fleißig unterhielt. Das Wichtigste bleibt immer sein Sprichwort, das er überall anbrachte: Es ist sehr möglich!

Denn wenn es ihm zuweilen, ihm selbst unerwartet, entfuhr, sprach er es doch nie gedankenlos. Ist veranlaßt es

ihn, wenn es ihm einfiel, war, den Folgen davon weiter nachzuforschen, und es berichtigte oder bestimmte dann seine Urtheile der Dinge und leitete demzufolge seine Handlungsweise. Das Sprichwort übte also über seine Denkart, über sein Tun und Lassen und über den Gang seiner Schicksale einen großen, entscheidenden Einfluß. Wer sollte dies glauben? Gerade von einem Manne von Verstand und Einsicht glauben? Und doch war es sehr möglich!

Er selbst wußte dies von sich wohl. Dennoch blieb er nicht nur seinen vier Worten getreu, sondern wollte sogar in vollem Ernst, daß sich sein einziger Sohn dieselben angeeignet sollte. Der junge Mann, der, wie es junge Leute zu haben pflegen, sich einbildete, in mancherlei Dingen besser zu sehen, als der alte Herr, fand solche Zumutung etwas sonderbar.

Wenn verzeiht man die kleine Eigenheit gern, lieber Vater, jagte er, aber an mir würde man sie lächerlich finden, weil sie offenbar Nachlässigkeit und eine recht abfällige und freiwillig angenommene Redensart wäre.

Das ist sehr möglich, lieber Junge! verzeigte der Staatsrat: Aber was ist daran gelegen, wenn doch ein paar Wörter dir Ruhe, Gleichmut, Besonnenheit und Lebensglück geben? Der Gewinn ist zu groß. Und wußt du das Wort nicht laut sagen, aus Furcht vor Spöttern, so beschwöre ich dich, denke es wenigstens bei jeder Gelegenheit für dich im Stillen.

Aber, Väterchen, wozu das? Ihre Vorleser zu dieser Redensart geht doch beinahe zu weit, wie es mir vorkommt. Kind, ich habe für die Redensart nicht so viel Vorleser, als für dich; darum wünsche ich sie und mit ihr meine Seelenruhe, mein inneres Glück auf dich zu vererben. Glaube doch nicht, daß mein Sprichwort mir ganz zufällig zur Gewohnheit geworden sei. Nein, es war ursprünglich eine recht abfällige und freiwillig angenommene Redensart. Ich verdanke ihr aber alles, was ich bin und habe.

Was herzog Sie denn, diese Eigenheit anzunehmen? Das Unglück meiner Jugend und die Verzweiflung. Nur durch diese elenden Wörter richtete ich mich wieder empor und ward meiner selbst Meister. Deine Großknecht waren herrliche, gottesfürchtige Personen; großes Vermögen aber besaßen sie nicht. Was ich von ihnen ererbte, reichte zur Not hin, daß ich meine Lehrzeit auf der hohen Schule anständig zubringen konnte, und nach einige Jahre darüber hinaus zu leben hatte. Ich war ein junger, unterdorbener Mensch, hatte brav gelernt und war zu edelmütig, weil ich nur unter den Urblütern des Pöbels und Edelfen lebte. Das brachte mir viel Anheil; denn ich verkannte die Welt, und glaubte sie, je

nach Umständen, bald von lauter Engeln, bald von lauter Teufeln bevölkert.

Das begegnet mir wohl wider Willen, auch jetzt noch! sagte Fritz.

Das ist sehr möglich, antwortete der Staatsrat. Denn ein junger Mensch, der nicht in diesen Irrtum verfällt, hat entweder nie ein ganz reines oder kein warmes Herz gehabt. Man muß einmal da hindurch. — Nun weiter. Ich mußte lange menigeltlich arbeiten, ehe ich einen Titel und endlich ein Amtlein mit magerem Gehalt empfing. Das ist so der Lauf der Dinge. Ich wußte es voraus. Man durfte nicht wissen, daß ich arm sei; sonst hätte ich bei Hofen und Niedern weit weniger Achtung genossen, als ich verdiente. Ich war also beständig ungerührt und gefeiert, was man damals galant hieß, jetzt elegant. Ich wohnte in schönen Zimmern; ich erziehen in den vornehmsten Gesellschaften. Ich scheute mich sogar nicht, von Zeit zu Zeit kleine Lappereien mitzumachen, die etwas Geld kosteten. Dabei war ich ohne Schulden, und das wollte von jungen Herren meines Alters und Standes viel sagen. Ich stellte mich überall wohlhabender, als ich war. Und das alles bewirkte ich mit wenigem Gelde. Niemand wußte, daß ich das ganze Jahr hindurch magerer lebte, als ein Baugesänger. Salz und Brot und Wasser nebst Milch war meine beständige Kost. Bei allem dem war ich sehr glücklich, weil mein Herz vollen Genuß hatte, nicht nur im Bewußtsein erfüllter Pflichten oder in jugendlichen Hoffnungen von einer goldenen Zukunft, sondern auch sonst noch. Ich war überall willkommen und geliebt. Die Weiber hatten mich gern. Unter den Männern war ich wohl gelitten. Allein von allen Männern hatte ich nur einen einzigen auserwählten, geprüften Freund, einen Kavaliereu Tugendknecht. Wir waren beide ein Herz und eine Seele. Schon an der Hochschule hatte er sich in einem Duell für mich beinahe aufgeopfert. Er bewies sich in Not und Weh demüthig. — Von allen Fraujunnen galt mir nur eins über alle. Es war die Tochter des Generals von Thun. Sie hieß Philippine. Ich liebte sie jahrelang schweigend; liebte, ohne zu wissen, wie ich liebte. Es war beinahe nur trübe Abgötterei; aber mein ganzes Leben ward durch diese Liebe geheiligt. Niemand erfuhr den Zustand meines Innern: ich wagte keinen davon zu sprechen. Denn was dem Gemüt das Allerheiligste ist, wird durch den Laut des Wortes, auch des reinsten, gleichsam entweiht. Daher spricht niemand gern einem andern von seiner Liebe, und niemand gern im gesellschaftlichen Leben von seiner inneren Religion. (Fortf. folgt.)

Direktion Max Reinhardt:
Deutsches Theater.
 7 1/2 Uhr: Figaros Hochzeit.
 Sonnabend: Dantons Tod.
Kammerspiele.
 7 1/2 Uhr: Armut.
 Sonnabend: Armut.
 Volkshöhne, Theat. a. Bülowplatz.
 7 1/2 Uhr: Die Ratten.
 Sonnabend: Was ihr wollt.

Theater i. d. Königgrätzerstr.
 7 1/2 Uhr: Jan der Wunderbare
Komödienhaus
 7 1/2 Uhr: Die verlorene Tochter.
Berliner Theater
 7 1/2 Uhr: Auf Flügeln des Gesanges.
 Morgen 9 1/2 Uhr: List's Märchenreise.

Theater für Freitag, 19. Januar.
 Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
 7 Uhr: Die toten Augen.
 Friedrich-Wilhelmstadt, Theater.
 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
 Gebr. Herrfeld-Theater
 7 1/2 Uhr: Der doppelte Buchhalter.
 Posse mit Gesang und Tanz.
Kleines Theater
 8 Uhr: Am Teetisch.
Komische Oper
 7 1/2 Uhr: Der Puzta-Kavaliar.
 Sonntag 8 1/2 Uhr: Die Haubenlerche.
Lustspielhaus
 7 1/2 Uhr: Der selige Balduin
 mit Henry Bender.
Residenz-Theater
 7 1/2 Uhr: Die Warschauer Zitadelle.

Circus Busch
 Tägl. 7 1/2, 8 1/2 u. 9 1/2, u. 7 1/2, u.
 das großartige Januarprogramm.
 Die erfolgreichste, beliebteste
 Prunk-Aufführung.
 9 Uhr: Pantomime
Die Geierprinzessin.
 Sonnabend 8 1/2 Uhr: Wiederum:
 Beim Weihnachtsmann.
 Sonntag 8 1/2 Uhr: auch noch:
 Die Geierprinzessin.

APOLLO THEATER
 Friedrichstr. 218. Tel. Lützow 7341
7 Uhr 15
 Das große Varieté-Programm.
 Dazu
Neptun auf Reisen
 Ausstattungssposse
 von Arnold und Bach.
 Musik von R. Nelson.
 Der sensationelle Lacherfolg!

WINTERGARTEN
„Die grüne Flöte“
 Ballettpantomime.
 Inszenierung von
Max Reinhardt
 sowie der
 neue, abwechslungsreiche
Varieté-Spielplan.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Neu „Cabaret Feldgrün“
 Anfang 7 1/2 Uhr
 Sonntag nachmitt. 3 Uhr:
 Cabaret Feldgrün
 Ermäßigt
 Preise: 3

Volgt-Theater.
 Badstr. 55. Badstr. 58.
 Täglich: **Der Goldfuchs**
 Gollentzstr. 64, u. Anfang 7 1/2 u.
 Sonntag, den 21. 1., nachm. 3 Uhr:
 Eine Frau ohne Herz.
 Abends 7 Uhr: Der Goldfuchs.
 15. Freitag, d. 23. 1.: Der Geizige.
 Gensche für Oberleutnant Heinrich Bach.

Palast
 Anfang 7 1/2, Sonnt. 8 1/2, u. 7 1/2,
„Berliner Bilder“
Otto Reutter
 u. d. große Januar-Programm.

Lessing-Theater.
 Direktion: Victor Barnowsky.
 7 Uhr: **Gespensper.**
 Sonnabend: Zum 1. Male:
 John Bulls andere Lesel.
Deutsches Künstler-Theater.
 7 Uhr: Zum 1. Male:
Der Reisebegleiter.
 Lustspiel von Gustav Kadelburg.

URANIA
 Taubenstraße 48/49.
 4 Uhr (halbe Preise):
Im U-Boot gegen den Feind.
 8 Uhr:
Winter in der Schweiz.

Metropol-Theater
 7 Uhr: Die Csardasfürstin.
 Sonntag 7 1/2 Uhr: Die Kaiserin.
Neues Operettenhaus
 Kassentelephon: Norden 281.
 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.
Schiller-Theater O.
 7 1/2 Uhr: Novella d'Andrea.
Schiller-Th. Charlottenbg.
 7 1/2 Uhr: Freund Fritz.
Thalia-Theater.
 7 1/2 Uhr: Das Vagabundenmädcl.
Theater am Nollendorfpf.
 7 1/2 Uhr: Blaue Jungens.
Theater des Westens
 7 1/2 Uhr: Die Fahrt ins Glück
 mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater
 7 1/2 Uhr: Willis Hochzeitstag.

Zirkus A. Schumann
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Der Zirkus ist gut geheizt.
 Heute und täglich:
Die Seeräuber
 Gr. Ausstattungsspekt. in 4 Akt.
 Vorher das gr. Zirkusprogramm.
 Voranzeige! Sonntag, 21. Jan.:
 2 gr. Vorstellungen, 3 Uhr u. 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 1 angehör. Kind frei,
 jed. weit. 1/2 Preis. Wegen des
 gr. Andrangs, d. Nachm.-Vorst.
 empf. es sich, Bill. schon vorh.
 zu bes. Dies. a. schon v. Freitag
 vorm. 10 U. ab s. d. Zirkusk. a. h.

Rose-Theater.
 7 1/2 Uhr: Schpiel Faber Zerofal
 mit seinem Schützling Bauerntheater
St. Georg d. Drachentheater.

Walhalla-Theater.
 7 1/2 Uhr: Schpiel Fritzi Arco:
Das Musikantenmädcl.

Possen-Theater.
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Des Löwen Erwachen
 Ent oder weder
Hoffmann's Schmus.
Casino-Theater
 Lehnringstr. 37. Täglich 7 1/2 Uhr.
 Um 7 1/2 Uhr: Nantés Programm.
 Um 8 1/2 Uhr: Die Schlagerposse
 Einsig in Grob-Berlin
Zwei helle Berliner
 Berliner Humor — Berliner Figuren.
 Sonntag 8 1/2 Uhr: Einer vom U-Boot.

Admiralspalast.
 Schittschuhläufer - Ballett
 u. d. Oper „Der Prophet“
 und
Frau Fantasie.
 Vorzügl. K. Beha. Anfang 7 1/2.

Das Recht
während
des Krieges
 und dem Gesetz über den
Vaterländischen
u. Hilfsdienst
 Preis 40 Pf.

Ein Buch, das Auskunft
 gibt über Familienunter-
 stützung, Wöchnerinnen-
 unterstützung, Kaufver-
 träge, Miets, Abzugs-
 geschäfte, Arbeitsver-
 trag, Familienrecht, Ar-
 beiterversicherung, An-
 gestelltenversicherung,
 Zahlungsstrafen u. v. a.
 Fragen, die das Rechts-
 verhältnis betreffen
Buchhandlung
Vorwärts
 Berlin, Lindenstr. 3

Gewerkschaftshaus.
 Sonntag, den 21. Januar 1917, im großen Saal:
◆◆◆ Liebesgaben-Abend ◆◆◆
 der 1. Männerabteilung des Turnvereins „Fichte“
 zum Besten der im Felde stehenden Turngenossen.
 Konzert der Big-Band - Turnvereins und humoristische Auf-
 führungen — Mit-Orchester — Der Kapellen-Löwe.

Sonntag mittag:
 Hühneruppe 0,25
 Kartoffelsuppe mit Einlage 0,25
 Spinat mit Ei 1,50
 Rhein. Häfen mit Fästelkäs 2,00
 Rebbraten 2,50
 Bierländer Ente 2,50
 Kompott oder Salat 0,25
 Speise 0,40

Im Restaurant abends:
Konzert der humoristi-
 schen Kapelle **Borussia-Quadratus**
 Karl Wülfing: Geige — Oboe und Eukline: Laute und Mandoline —
 Tuba van Bijst: am Klavier.

Abends: Spezialität:
50 Stück junge Hamburger Gänse a Portion mit Rotkohl **3,50 M.**
Im Mahagoni-Saal erweiterter
Restaurationsbetrieb u. Konzert.

Heute und morgen:
Ein sehr billiger Schnellverkauf:
 Ein Kleinstposten Fettgänse a Hund von 5,50 — 6,50 M.
 Fettgänserümpfe a Hund 7,00 M.
 Ein Posten Gänser a Hund 3,50 — 4,00 M.
 Speckstücke am Knochen a Hund 10,00 M.

G olange der Vorrat reicht
 liefert die Buchhandlung Vorwärts, Berlin,
 SW. 68, Lindenstraße 3,
 folgende älteren Jahrgänge der reich illustrierten
 Romanzeitschrift „In Freien Stunden“ jeden
 Band statt gebunden 4 Mark für nur 2 Mark.

Band 4:
 Inhalt: „Der Ausier des Saten.“ Von Jules Verne. — „Das Ver-
 schwinden des Verborg.“ Von Otto Kuppisch. — „Am Kaiserhof.“
 Von Theodor Wiegand. — „Die der Großmutter die Großmutter nahm.“

Band 5:
 Inhalt: „Der verlorene Sohn.“ Roman von Graf Goltz. — „Der
 Hühner.“ Novelle von Kurt Hoffmann. — „Das Weibergewalt
 verurteilt.“ Briefe von Maximilian Kappeler. — „Die Karrenbahn.“
 Erzählung von Adelbert Giffner.

Band 6:
 Inhalt: „Der Teufel.“ Roman von Robert Ludendorff. — „Zwei
 Frauen.“ Roman von Madame Sigel. — „Der tote Zimmermann.“
 Novelle von Friedrich Schiller. — „Waldbühne.“ Gemälde
 von Otto Kuppisch. — „Der Weihnachtsabend.“ Eine Geistergeschichte.

Band 7:
 Inhalt: „Katholiken.“ Erzählung von G. Tschirnitz. — „Der Götter-
 von Marie Perle.“ Roman von Victor Hugo. — „St. Peters Regen-
 schirm.“ Erzählung von A. Wiegand.

Band 10:
 Inhalt: „Der Heuberg.“ Von A. Zumbare. — „Kantak.“ Von Emilie
 Zola. — „Der große Vespert.“ Von H. B. Jacobs. — „Feldstein
 Gollentz.“ Von H. G. Steinhilber. — „Habschichte Schalk.“ Von
 H. Gollentz. — „Wie Jüngel eine Frau sucht.“ Von H. Gollentz. —
 „Der Fauter von Kalkbäumen.“ Von A. Gollentz. — „Dreier
 Gollentz.“ Von H. B. Jacobs.

Band 11:
 Inhalt: „Katholiken.“ Von Walter Scott. — „Die Sommerjahre.“
 Von Jean S. H. Gollentz. — „Ermittelt.“ Gollentz von Fern.
 Gollentz. — „Erlaubt Gollentz.“ Von H. Gollentz. — „Ein
 Tag und dem Leben des Wälderers Gollentz.“ Von Walter Oden.

Band 13:
 Inhalt: „Der rote Jahn.“ Von Graf Goltz. — „Eigene Kraft.“ Von
 Zentgraf. — „Der schwarze Reiter.“ Von H. Jacobs.

Band 14:
 Inhalt: „Erlaubt.“ Von H. Gollentz. — „Katholiken.“ Von
 Gollentz. — „Der schwarze Reiter.“ Von H. Jacobs.

Band 17:
 Inhalt: „Der Jahn.“ Deutsches Gollentz-Gemälde aus der ersten Hälfte
 des fünfzehnten Jahrhunderts. Von G. Gollentz. — „Katholiken“
 von G. Gollentz. — „Der Kreuzfahrer zu Tode.“ Eine Erzählung aus
 dem vierzehnten Jahrhundert. Von G. Gollentz.

Bei Bestellungen genügt Angabe der Nummer des Bandes.
 Jeder Band ist für sich abgeschlossen.
 Band 1, 2, 3, 8, 9, 12, 15 und 16 sind ausverkauft.

Zuviel Steuern?
Lagerbier
 Ersatz ist **Metus-Gold,**
 Schaum u. Farbe wie Lagerbier.
Malzbier
 Ersatz ist **Metus-Caramel**
 vollmundig, süßig, nahrhaft und
 wohlschmeckend.
 Beide Getränke sind ges. geschützt,
 werden unter Garantie weder trübe
 noch sauer
 Cider-Trank, Apfelsaft v. Appal. at.
 Bierunterseher auf Wunsch grat.
 Versand auch nach außerhalb
 nicht unter 3 Liter.
 Man vorl. Gebrauchsanweisung!
Hermann Führer, Berlin,
 Marienstr. 21.
 Fernspr. Königsstadt 2942.

Die Steuereinsparungen
 gehen den Steuerzahlern
 in den nächsten Wochen zu.
Auskunft gibt
 über die Höhe der zu zah-
 lenden Steuern, über die
 abzugsberechtigten
 Ausgaben und alle anderen
 wissenswerten Fragen auf
 diesem Gebiet das Buchlein
Führer
 durch das preussische
 Einkommensteuergesetz
 Mit 19 Formularen für Eingaben und
 Reklamationen, sowie einem aus-
 führlichen Sachregister
 Dritte Auflage
 Preis 40 Pfg.
 Zu haben in allen
 Vorwärts-Ausgabestellen und
 in der Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstraße 3.

Spezial-Arzt
 Dr. med. Hasche,
 Friedrichstr. 90
 direkt am
 Stadtbahnhof
 Spezial. von Syphilis, Haut-,
 Harn-, Frauenleid., (spez. Fran-
 zösisch) Gicht, Gicht, Rheuma,
 Loh-, kürzeste Behandlung ohne Be-
 schneidung, Blutunterstützung, Mäh-
 1. Preis. Täglich, Sprechstunden
 10-11 u. 5-8, Sonnt. 11-1.

Berliner Konzerthaus.
 Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: Großes Konzert
der Vereinigten Spandauer Männergesangsvereine
 Chorleiter: **Hugo Creutzburg.**
 Unter Mitwirkung des **Berliner Konzerthaus-Orchesters**
 Leiter: Komposit. Frz. v. Blon.
 Eintrittspreis im Vorverkauf 40 Pf., an der Abendkasse 50 Pf.
 Anfang 8 Uhr. Alle Vergünstigungen aufgehoben! Anfang 8 Uhr.

Verkäufe
Leihhaus W. v. S. v. S. v. S.
 verkauft Schmuck, Silber, Gold, Porzellan, Kunstgegenstände, Möbel, Bücher, etc.
 in Folge des Krieges hat 40-250 jetzt
 50-125 Mark. Gelegenheitskäufe von
 Kapellmeistern im Verlag gemeiner
 Kassetten, Rod-Anzüge, Uhren, teils
 auf Seite, Serie 1 30-35, Serie 11
 35-45 Mark. Upr. Angebot in Lombard
 gemeiner Teppiche, Gardinen, Porze-
 llen, Seiten, Uhren, Brillanten,
 einem bill. Leihhaus, Reichstr. 158a.

Unterricht
 Englischen Unterrichts für An-
 fänger und Fortgeschrittene, sowie
 deutsche und französische Stunden er-
 teilt G. Ements, Charlottenburg,
 Stuttgarterplatz 9, Marienau IV.

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
 Gelehrer (sofort gesucht), Redaktionen
 im Reichsbahnbau, A. Jandori u. Co.,
 Belle-Alliancestraße 112.
 Mechaniker, auch Kriegsveterane,
 fachkundige für Schreibmaschinen-
 Reparaturen für Kriegsgeliebte,
 und Wässh. behörden Stellen sofort
 gegen gute Bezahlung und dauernde
 Beschäftigung in Schöler u. Glauh,
 Leipzigerstraße 19.

Möbel
Gelegenheitskauf! Aus erster
 Möbelwerkstätte erwarb selten apartes
 Herrenzimmer mit zwei Meter breiter
 Büchertisch und zwei Meter breiter
 Tisch, in Folge des Krieges hat 40-250
 jetzt 50-125 Mark. Upr. Angebot in Lombard
 gemeiner Teppiche, Gardinen, Porze-
 llen, Seiten, Uhren, Brillanten,
 einem bill. Leihhaus, Reichstr. 158a.

Kaufgesuche
 Silberwaren, Schmuck, etc.
 Herrenzimmer mit zwei Meter breiter
 Büchertisch und zwei Meter breiter
 Tisch, in Folge des Krieges hat 40-250
 jetzt 50-125 Mark. Upr. Angebot in Lombard
 gemeiner Teppiche, Gardinen, Porze-
 llen, Seiten, Uhren, Brillanten,
 einem bill. Leihhaus, Reichstr. 158a.

Schlosser und Schmiede
 zur Reparatur von Lokomo-
 tiven, dringende Kriegsarb.,
 sofort gesucht.
 Julius Berger, Tiefbau-A.-G.,
 Saubur, Berlin N., Mollerstr. 131/32.

Akkordmaler
 werden verlangt für Neubau Nieder-
 schneide, Berliner Str. 138.
 Bezahlung dabei beim Voller.

Werkzeugausgabe!
 Kriegsinvalide oder Nach-
 mann hierfür gesucht. Gehalt
 monatlich 200 Mark. 17655
 Sternberg, Reberstraße.

Tüchtiger Illustrations-Drucker,
 der auch mit dem
 Dug-Apparat
 Bescheid weiß, für
 durchaus andere Arbeit sofort gesucht.
 Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiterverbandes,
 Abteilung Buchdruckerei, SO 15, Jungferstr. 31.

Hochdruck-Schweißer
 bei hohem Lohn suchen
Gebr. Körting A.-G.,
 17645
 Alt-Moabit 3.

Tüchtiger Tischler oder Zimmermann
 der Sobelarbeit versteht, für dauernd zum Formbau sofort gesucht.
Berliner Kunststeinwerke Roßberg & Co.,
 Tempelhof, Straße a. d. Ringbahn, gegenüber Proviantamt.